

Erscheint täglich außer Montags, Donnerstags, Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags - Nummer mit dem „Sonntags - Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Verwaltung - Preisliste für 1902 unter Nr. 6499.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepostete Heftseite oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt G, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 27. Januar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Der Arbeiterfeiertag in Oesterreich.

Auch in diesem Jahre sind es die Arbeiter Oesterreichs, welche als die Ersten die Agitation für den Arbeiterfeiertag am 1. Mai mit allem Nachdruck aufgenommen haben. Alle die zahlreichen Gewerkschaftskongresse, die zwischen September und Neujahr stattgefunden haben, sprachen sich ausnahmslos für die Maifeier aus; sämtliche Arbeiterblätter bringen Artikel und Aufsätze, welche die Aufmerksamkeit des Volkes in diese Richtung zu lenken bestimmt sind; eine große Zahl von Versammlungen in Wien und den Provinzen dient demselben Zwecke. Es kann heute schon gesagt werden, daß der 1. Mai 1891 den Erfolg des vorigen Jahres erheblich übertroffen wird.

Will man sich über die Bedeutung der Maifeier gerade für das Proletariat Oesterreichs klar werden, so muß man die ganz besonderen Verhältnisse dieses Landes in Rechnung ziehen. Es giebt heute faktisch keinen europäischen Staat, in welchem die politische Knebelung der Arbeiter noch solche Organe feiern könnte wie in Oesterreich. Sie giebt den Stempel der Gesehgebung, sie wird in der Praxis mit jener naiven Brutalität gehandhabt, die der Landesstrenge verblüfft als jene berühmte „Gemüthlichkeit“ ansieht, von der er so viel gebört. Heute hat selbst Spanien das Wahlrecht und der belgische Arbeiter, der im Begriffe ist, es zu erkämpfen, ist im Besitze einer Rede-, Press- und Vereinsfreiheit, die ihm die Agitation auf breiter Grundlage ermöglicht. Dem Proletariat Oesterreichs jedoch fehlt jede gesetzliche Möglichkeit, sich als politischer Faktor zu betätigen. Wenn auch die Zeiten längst vorbei sind, wo ein österreichischer Minister, ohne selbst von seinen ebenso weisen Kollegen ausgelacht zu werden, sagen konnte: „Bei Bodenbach hört die soziale Frage auf“, wenn heute nicht nur die ökonomische Umwälzung Riesenschritte gemacht hat, sondern auch das Bewußtsein des Klassenkampfes in breite Schichten der Arbeiterschaft gedrungen ist, so fehlt noch immer die Möglichkeit, diesen Thatfachen einen entsprechenden Ausdruck in der Politik zu geben, fehlt der Arbeiterpartei selbst jeder Maßstab, ihre eigene Kraft abzuschätzen. Die Wahlen als Wahlapparat zu benützen ist ihr versagt; politische Vereine, welche durch die Zahl ihrer Mitglieder bedeutend sind und sich über das ganze Reich erstrecken, macht die Handhabung des Vereinsgesetzes unmöglich. Da ist es denn nicht zum Verwundern, daß von den Bourgeoispartei und ihren Organen, und insbesondere von der Regierung die Sozialdemokratie als eine quantitas negligible, als Faktor

der nicht in Betracht kommt, angesehen wurde, der man ab und zu höchstens die Ehre eines Ausnahmegesetzes oder persönlicher Drangsaltrung der Wortführer angebeihen läßt, die man aber im Uebrigen zu ignoriren berechtigt ist. Da kam das Frühjahr 1890 und die Maibewegung. Anfänglich verhöhnt und verspottet, zeigte es sich bald, daß die Aktion jener närrischen Sozialdemokraten eine Wirkung in die Tiefe der Volksmassen habe, die Alle überraschte, es zeigte sich, daß unsere Partei das Ohr der breiten Schichten der Bevölkerung besitze und daß ihr ein überraschendes Verständnis entgegengebracht werde. Während alle andern Parteien ihren Einfluß selbst überschätzen und überschätzt werden, offenbarte sich plötzlich, daß da eine Macht vorhanden sei, deren Eigenart und Größe politisch noch gar nicht zum Ausdruck, ja sich selbst kaum voll zum Bewußtsein gekommen war. Da änderte sich plötzlich das Bild. Ueberall waren die Behörden gezwungen, mit den Arbeitern, deren Organisation für sie bisher nicht existirt hatte, als mit einer Macht zu verhandeln; überall mußte anerkannt werden, daß die Organisation auch könne, was sie wolle. So wurde der 1. Mai 1890 ein Datum von politischer Bedeutung allerersten Ranges.

Ohne Zweifel war es die Forderung des Achtstundentages, welche den breiten, noch indifferenten Massen das Verständnis über die Ziele der Arbeiterbewegung eröffnete. Aber es zeigte sich sofort und zwar auch dort, wo lange in der Bewegung stehende Parteigenossen nicht am Platze waren, daß der Zusammenhang dieses einen Punktes unseres Programms mit allen anderen ein unzerreißbarer ist und überall trug die Achtstunden-Demonstration einen voll und ganz sozialdemokratischen Charakter.

Gewiß ist, daß die Verhältnisse manches Mißverständnis beförderten, daß die zahllosen Streiks hier und da von dem Irrthume beeinflusst waren, es handle sich um die augenblickliche Durchsetzung der Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber dem einzelnen Unternehmer. Daran war aber vor Allem Schuld, daß anfänglich der Aufklärung der Massen in Bezug auf den Sinn der Bewegung ein hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt wurde und daß die Bourgeoispresse in tausendfältigen Lügen und Entstellungen unermüdlich die Maifeier als „Generalfreier“ hinzustellen suchte. Andererseits darf aber nicht verkannt werden, daß jenes „Maifeier“ in hunderten von Unternehmen einigermaßen günstiger Arbeitsbedingungen schuf, die der entschlossenen und geschlossenen Arbeiterschaft fast ohne Kampf gewährt wurden, während sie ihr vorher absolut verweigert worden waren. Freilich, wo wenig disziplinierten Arbeitern, die infolge des Polizeidruckes jeder sozialdemokratischen Schulung entbehrten, eine prozige, größenwahnsinnige Unternehmerschaft und eine brutale,

kurzsichtige Bureaucratie gegenüberstand, da kam es zu Exzessen, die, so traurige Folgen für den Einzelnen sie auch hatten, für die Nachhader eine nachdrückliche Warnung und Belehrung wurden. Es sieht sich eben nicht bequem auf Bajonetten.

So hat im vorigen Jahre das Unternehmertum und die Staatsbehörden vor der Arbeiterbewegung kapitulirt und die Sozialdemokratie Oesterreichs hat rücksichtslos die Konsequenzen aus dieser Kapitulation gezogen. Die Bewegung hat seither einen Aufschwung genommen, der geradezu überraschend ist. In Oesterreich sprechen also alle möglichen Gründe dafür, an dem Arbeiterfeiertag am 1. Mai unbeirrt festzuhalten. Mag es in anderen Ländern mehr oder weniger triftige Gründe geben, zu überlegen, ob die Feier nicht etwa auf den Sonntag verlegt werden sollte, für Oesterreich giebt es keine Wahl. Die Arbeiter Oesterreichs mündigt, wie sie sind, können nur eine Form ihrer Willensäußerung wählen, die im Nothfalle auch stumm sein kann, und das ist allein die Arbeitsruhe. Verständlich nach Unten, deutlich nach Oben ist diese stumme Sprache, und durch Nichts kann sie behindert werden. Der künftige 1. Mai wird noch friedlicher, aber auch noch imposanter verlaufen, als der letzte.

Es ist eine natürliche Konsequenz des Umstandes, daß die Reichsrathswahlen im Sommer 1891*) bevorstehen, daß bei der Maifeier neben der Achtstundenforderung in zweiter Reihe auch die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrechte zum Ausdruck kommen wird und die Wahlreform-Bewegung dürfte gerade dadurch einen großen Fortschritt machen.

Noch läßt sich nicht voraussagen, welche Stellung Unternehmertum und Behörden einnehmen werden. Sicher ist, daß die Arbeiter Oesterreichs, gestützt auf ihr gutes Recht, auf die Klarheit ihrer Ziele, auf ihre geschlossene Organisation ihren Gegnern ruhig und kühl ins Auge sehen. So schwer es ist, in Oesterreich auf dem „gesetzlichen Boden“ zu bleiben, der fortwährend unter den Füßen entweicht, die Sozialdemokratie hat gelernt mit dem „Gesetz“ fertig zu werden. Hoffen wir, daß Regierung und Bourgeoisie jenes Minimum von Verstand und Rechtsinn haben werden, das man von den Herrschenden billigerweise verlangen darf. Wenn aber nicht — dann nicht. Die österreichischen Sozialdemokraten sind in dieser Beziehung nicht eben verwöhnt und werden jeder Lage gewachsen sein.

*) Wie unsere Leser ersehen, ist dieser Artikel vor Ausschreibung der Reichsrathswahlen geschrieben worden. Ueber die Bedeutung dieser Wahlen hoffen wir von unseren geschätzten Korrespondenten bald eine Korrespondenz mittheilen zu können.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

122

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Ein ungemein lieber alter Mann führte sie herum und erklärte ihnen; es sei ein alter Professor, sagte Jugeborg. Er wußte schrecklich viel und als sie fortgingen, bat er sie wiederzukommen. Sie besuchten mehrere Male die zoologische Sammlung. Und der Professor wurde immer gemüthlicher. Er ließ sie schließlich in sein eigenes Kabinet treten; da hatte er die allermerkwürdigsten Dinge und da erzählte er ihnen alles Mögliche, sowohl von der inneren Einrichtung, als von der Lebensweise der Thiere. Er war so genau, daß sie manchmal ganz verlegen wurden; aber es schien, als mache es ihm Spaß, sie in Verlegenheit zu bringen. Als er ihnen von der Paarung der Vögel sprach, war er so komisch schelmhaft, daß sie sich nicht zu helfen wußten; sie barsten fast vor Lachen und schämten sich doch so sehr, daß sie sich nicht anblicken wagten. Eines Tages, als sie die Sammlung verließen, begegneten ihnen ein paar Studenten, welche sie „Professor Borchgrevink's kleine Schächchen“ nannten; sie „Professor Borchgrevink's kleine Schächchen“ nannten; das dünkte sie lustig. Janny ging nach Hause und erzählte es. Da wurde Mama ernst. „Du gehst nicht mehr in die Sammlung“, sagte sie. — „Warum nicht?“ fragte Janny. — „Das ist nichts für junge Mädchen“, versetzte Mama. — „Dieser Professor Borchgrevink ist ein abscheulicher Kerl. Ich, beständig bist Du auch, wo Du nicht hingehörst!“

Hast Du vielleicht schon seine junge Mädchen dort gesehen?“

Das nächste Mal blieb Janny daheim. Aber das nächste Mal wurde die Lust in ihr zu stark. Sie schlich davon; Mama brauchte davon nichts zu wissen.

Diesmal war sie allein in Professor Borchgrevink's Kabinet. Weber Jugeborg noch Mama zeigten sich. Janny fühlte sich ein wenig unbehaglich. Allein, nachdem sie schon gekommen, mußte sie doch eine Weile bleiben, es würde sonderbar aussehen, wenn sie so gleich ginge, meinte sie; der Professor war freundlich und lieb wie immer.

Er zeigte ihr Bilder und erzählte ihr Geschichten; als sie endlich Miene machte zu gehen, sagte er ihr: „warte noch ein bißchen; dann bekommst Du etwas sehr Komisches zu sehen.“ Er beachte eine Figur herbei, die einer großen Puppe gleich. Dieser Figur öffnete er den Leib.

Janny wurde feuerroth; nun mußte sie gehen. O, jetzt mußte sie gehen. Allein sie ging nicht. Er legte väterlich seinen Arm um ihre Mitte und begann zu erklären. Es war entsetzlich unangenehm. Sie wollte gehen; nun wollte sie gehen; jedoch sie ging nicht. Sie hörte den größten Theil von dem, was er sagte. Die und da zog er sie näher an sich: „Du mußt schauen, Du mußt schauen!“ sprach er. Plötzlich begann er allerlei Furchterliches zu erwähnen. hui! sie riß sich los; sie war dem Weinen nah; „ich muß nach Hause, ich muß nach Hause!“ schrie sie: eilends und dennoch zögernd näherte sie sich der Thür. „Nun, gehst Du jetzt?“ fragte der Professor mit seiner freundlichen Stimme. „Also dann lebe wohl und komm bald wieder.“ Wie gesagt, wenn Du mich dort, wo ich wohne, aufsuchst, so lehre ich Dich die Vögel ausstopfen. Du mußt

durch diese Thüre hinaus; die Sammlung ist nun zugesperrt. Adieu, adieu, mein Kind; Du bist mir stets willkommen!“

Verwirrt und aufgeregt stürzte Janny fort. Eine sinnlose Angst trieb und jagte sie; sie lief und lief; auf Untwegen geriet sie in den Park; da sank sie nieder auf eine Bank; Thänen und Mattigkeit überwältigten sie. O psui, o psui! Psui, wach! ein ordinäres Mädchen sie war! Niemals wagte sie mehr einem Menschen in die Augen zu sehen. Denkt Euch, wenn Grethe wüßte . . . und wenn alle die anderen wohlherzogenen Mädchen wüßten . . . und Mama . . . und Lea, ah; psui . . . und dann er, der alles wußte; o, sie war für ewig unglücklich. O psui, wie ordinär! O psui, o psui . . . Nicht vor ihm hatte sie sich gefürchtet, nein, nicht vor ihm . . . oh, sie war schlechter als Emilie und Karoline. Denkt Euch, so etwas anzuhören und . . . es fast . . . unterhaltend zu finden, uf! Gott, o Gott, einmal kam es wohl an den Tag, wie sie war; sie hätte sich die Zunge abbeißen mögen; ach, sie wagte keinem Menschen in die Augen zu sehen, niemals wagte sie mehr Jemand in die Augen zu sehen; wie in aller Welt sollte sie da zu Mama nach Hause kommen! —

Den ganzen Nachmittag lag sie daheim auf dem Sopha und weinte. „Ich bin krank, ich bin krank.“ klagte sie.

„Was fehlt Dir denn?“ fragte Mama.

„Ich habe Kopfschmerzen . . . ich fürchte mich so schrecklich!“

„Du fürchtest Dich? Was ist Dir denn eigentlich? Ach, bist Du sonderbar, Kind! Ich weiß wahrhaftig nicht, was Dich plagt!“

„O, ich habe entsetzliche Angst, Mama!“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Januar.

Der Stat des Reichshofrathes, der heute zur Verhandlung kam, brachte dem Reichstag die unvermeidliche Besprechung einer Goldwährungsdebatte. Wenn wir sagen, daß sie von den Herren Kardorff, Bamberger und Frege geführt wurde, so haben wir genug gesagt. Und weiter ist über die ganze Sitzung nichts zu sagen. —

Der sächsische Schutzpolizist Dr. Frege schloß bekanntlich am 22. Januar 1891 seine Schweinrede mit den Worten „man wird sich an das Dichterwort erinnern: auch Achilles mußte fallen, und Therites lehrte zurück.“ Ein Freund des Herrn Dr. Frege mag diesen darauf aufmerksam gemacht haben, daß der Dichter Schiller schreibt „denn Patroklos ward begraben und Therites lehrte zurück.“ Der von Dr. Frege korrigirte stenographische Bericht giebt das Dichterwort jetzt richtig wieder. Dr. Frege irrt aber, wenn er annimmt, allein das irrige Bittren habe das im stenographischen Berichte bemerkte „lebhaft Bravo rechts und große Heiterkeit links“ veranlaßt. In diesen Gefühlsäußerungen der linken Seite hatte weit mehr der Umstand Anlaß gegeben, daß Dr. Frege die Worte „und Therites lehrte zurück“ in pathetischem Tone deklamirte, während er von der Rednertribüne zu den Reihen der Konservativen zurückkehrte. — Therites spielt im homerischen Epos die Rolle des zänkischen, neidischen, egoistischen Interesses vertretenden Hekers. Der Schutzpolizist mag sich weiterhin bemühen, durch derartige passende Zitate das Zwerchfell seiner Gegner in Bewegung zu setzen. —

Die ultramontane „Kölnische Volks-Ztg.“ ärgert sich, daß wir als Konsequenz der Sperrgeldder-Vorlage ähnliche Rückstellungen an die Sozialdemokratie fordern und sie behauptet, daß ihres Wissens niemals oder höchstens in kaum nennenswerthem Betrage sozialistische Gelder mit Beschlag belegt wurden. Mit dem Wissen der „Kölnischen Volks-Zeitung“ ist es eben nicht weit her. Welche Unmasse von Schriften und von gesammelten Geldern, dann von Vereinskassenschriften unter dem Sozialistengesetz konfiszirt wurden, kann jeder wissen, der es wissen will. Ebenso kann jeder, der es wissen will, wissen, wie viele sozialistische Geschäftsunternehmungen, private Unternehmungen und Genossenschaften durch das Sozialistengesetz vernichtet wurden, dabei wollen wir von der Unmenge Schädigungen einzelner Parteigenossen gänzlich schweigen. Also auch hier würde es nöthig sein, weit nöthiger, als bei der katholischen Kirche, Schäden wieder gut zu machen. Freilich diese Konsequenz der Sperrgeldder-Vorlage ist den Herren Ultramontanen unangenehm, was uns bei ihrem sattem bekannten Gerechtigkeitsgefühl nicht Wunder nimmt. —

Das Benehmen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und namentlich des Oberbürgermeisters von Jordanbeck in der Nothstandsfrage hat allgemein einen so peinlichen Eindruck gemacht, daß die „Vossische Zeitung“ sich genöthigt sieht, einen Rechtfertigungsversuch zu machen. Zur Charakterisirung dieses Rechtfertigungsversuchs, dem die vernichtende Kritik eines zustimmenden Abdruckes im „Leipziger Tageblatt“ zu Theil geworden ist, haben wir bloß zu bemerken, daß er darauf hinausläuft, den Kern der Frage zu eskamotiren und die Diskussion sich um einen Punkt drehen zu lassen, der eine ganz nebensächliche Bedeutung hat: nämlich die Formulirung der von den Arbeitslosenversammlungen gefaßten Beschlüsse. Wie diese Beschlüsse gefaßt waren, ob Form und Ausdruck korrekt oder nicht — das war eine untergeordnete, nebensächliche Frage — so untergeordnet und nebensächlich, daß sie, angesichts der Hauptfrage: des furchtbaren Nothstands, hervorgerufen durch die außergewöhnliche Härte und Dauer der heurigen Winterkälte für jeden Menschen von Herz vollständig in den Hintergrund trat.

Was in den weitesten Kreisen peinlich berührt hat, und jeden Menschen von Herz peinlich berühren, im Innersten empören mußte, das war die läbliche Ableugnung des außergewöhnlichen Nothstands. Und für dieses Handeln, um das die „Vossische Zeitung“ sich wohlweislich herumdrückt, giebt

es keine Entschuldigung — den Opfern des heurigen außergewöhnlichen, beispiellos harten Winters zuzurechnen: Das ist ein Winter wie jeder andere, und es ist kein Grund zu außergewöhnlichen Maßregeln vorhanden — das schlägt den greis- und fühlbarsten Thatsachen klatschend ins Gesicht, und muß von denen, an welche es gerichtet ist, als John empfunden werden.

Und gegenüber dem schwächlich-sophistischem Rechtfertigungsversuch der „Vossischen Zeitung“ halten wir unser Urtheil über das Gebahren der Berliner städtischen Behörden im Allgemeinen, und des Herrn Oberbürgermeisters von Jordanbeck im Besonderen voll und ganz aufrecht, und finden höchstens, daß wir noch zu mild gewesen sind. —

Der Tante Voss ist es recht unangenehm, daß in weniger fortschrittlich regierten Orten, so in Köln und Hamburg, das Vorhandensein eines außerordentlichen Nothstandes zugestanden werden mußte und daß man dort bereit ist, demselben abzuhelfen. Unberechtigt und übertrieben seien die Klagen über den Berliner, nicht aber über den Kölner Nothstand. Woher das doch Lantchen weiß! In Köln ist der Nothstand freilich durch eine Statistik erwiesen worden. Das Nichtaufnehmen einer Statistik beweist aber doch noch nicht das Nichtvorhandensein des Nothstandes. Freilich, wir sind unlogisch denkende Sozialdemokraten und kommen deshalb zu solchen absonderlichen Schlüssen! Da den Herren Jordanbeck, Birchow und den Redakteuren der „Vossischen Zeitung“ die Noth noch nicht auf den Fingern brennt, sie also rasche Abhilfe nicht so nöthig haben, wie die Hunderttausend oder mehr Arbeitslosen in Berlin, so sollen sie wenigstens ihr statistisches Bureau und ihr Beamtenheer zur Vornahme einer Zählung der Arbeitslosen benutzen.

Was die Noth in Köln und Hamburg betrifft, so liegen darüber folgende Meldungen vor. Oberbürgermeister Becker gab in Köln eine Erklärung, die wir unten folgen lassen, ab, mit dem sich die dortige Stadtverordneten-Versammlung einstimmig einverstanden erklärte. Er führte aus:

„Die jetzt schon seit Wochen andauernde strenge Kälte habe einen großen Theil der Arbeiter in Köln, welche auf Beschäftigung im Freien angewiesen seien, drohtlos gemacht. Er habe bereits in der vorigen Sitzung auf die Lage der Arbeiter hingewiesen und gebeten, denselben möglichst Beschäftigung zu geben. Die Stadt habe schon bezügliche Anordnungen getroffen. In den nächsten Sitzungen würden die nöthigen Kreditforderungen für Schneefuhr u. s. w. vorgelegt, die Förderung für Straßenreinigung sei besonders hoch. Die bisher getroffenen Maßregeln zur Beschäftigung der Arbeiter reichten jedoch nicht aus. Eine große Anzahl Familien sei drohtlos. Die Bau-Kommission habe sich wiederholt mit der Frage beschäftigt, wie dem Nothstand einigermaßen abzuhelfen sei. Dieselbe sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß in diesem Jahre infolge der lang anhaltenden Kälte ein Nothstand herrsche, wie ein solcher bisher noch nicht dagewesen. Man müsse daher der Arbeiterbevölkerung durch außerordentliche Maßregeln möglichst zu Hilfe kommen. Es handle sich um einen Ausnahmefall, und müsse den Arbeitern eine Beschäftigung angewiesen werden, die einen Tagelohn ergebe, welcher nicht über das unbedingt Nothwendige hinausgehe. Deshalb schlage die Bau-Kommission Folgendes vor. Von Montag den 26. d. M. ab werden die hier ortsgenährigen, mit Altersversicherungskarten versehenen beschäftigungslosen Arbeiter gegen 1,50 M. Tagelohn und Einleben der Invalidenmarken auf städtische Kosten bei einer Arbeitszeit von 8 bis 12 Uhr und 1 bis 5 Uhr mit städtischen Arbeiten beschäftigt werden. Das Handwerkszeug wird von Stadt wegen geliefert werden. Die Öffnung erfolgt täglich bei Schluß der Arbeitszeit gegen Quittungskarten, welche den Arbeitern Morgens ausgehändigt werden und welche sie, mit ihrer Namensunterschrift versehen, bei der Öffnung zurückzugeben haben. Als Beschäftigung sind die Befestigung des Gies auf Straßen und Wegen, Steinzerkleinern und Erarbeiten in Aussicht genommen. Die Zahl der Arbeitslosen, so berichtete der Vorsitzende weiter, entziehe sich allerdings vorläufig noch jeder Berechnung. In dem vorgeschlagenen Tagelohn liege die Bürgerschaft, daß von den Arbeitern von der städtischen Seite gebotenen Arbeitsgelegenheit nur so lange Gebrauch gemacht werde, als der Nothstand andauere.“

Auch der Hamburger Nothstand ist über alle Maßen groß. In Hamburg, der Stadt mit der von den Unternehmern freilich nur gerühmten besten Lebenshaltung der arbeitenden Klasse, wurde in einer Versammlung der Arbeitslosen mitgeteilt, daß einige Familien nur von Kartoffelschalen lebten. Das „Fremdenbl.“ sagt, ein dringlicher Senatsantrag auf Bewilligung einer

halben Million aus Staatsmitteln würde die sofortige Genehmigung der Bürgerschaft finden.

Es ist doch merkwürdig, daß in London, Paris, Wien, Köln, Hamburg und anderwärts der außerordentliche Nothstand offenkundig ist, nur in Berlin sollen die Arbeiter ohne Ursache klagen! Wahrscheinlich geht es hier den Arbeitern so gut, daß sie einen Tag die Arbeit aussetzen können, nur um Arbeitslosen-Versammlungen arrangiren und die ehrensamten Stadtväter mit unhöflichen Petitionen ärgern zu können. —

Das Eis ist gebrochen, die Flüsse steigen und neue, noch größere Noth bricht herein. War es in den letzten Wochen die Arbeitslosigkeit, welche neben der ökonomischen Krise außerordentliche Noth breiter Volksschichten verursachte, so wird nunmehr diese Noth durch direkte Verluste bei den Ueberschwemmungen noch gewaltig erhöht werden. Und dies Elend wird herausbeschworen durch die mangelhafte Erfüllung der Kulturpflichten des Staates. Statt Jahraus, Jahren gegen den äußeren Feind zu kämpfen, sollte man endlich die inneren Feinde, die verwüstenden Flüsse, die Wälder zerstörenden Kapitalisten und all' die anderen das Glück und die Zufriedenheit der Menschen störenden Kräfte bezwingen. Dies wäre nützlicher, billiger, kulturfördernder! —

Unser Genosse Schmidt hat durch seine neuliche Jungferrede gegen die Fleischvertheurer einen Menschen glücklich gemacht — und nach dem Worte des alten Weltweisen soll ja die Menschenbeglückung die allerhöchste Tugend sein, so daß unser Genosse jedenfalls ein sehr tugendhafter Mann ist und am Ende gar Anwartschaft auf die Zudenrose hat. Der glücklich Gemachte ist der fossile Leipziger Exkommunist Professor Wiedermann. Schmidt erwähnte in seiner Rede den braven Wiedermann nur so nebenbei, aber er erwähnte ihn doch, und das hat den alten eiteln — fust gar nicht so ähnen Marx — in so verengte Stimmung verkehrt, daß er im „Leipziger Tageblatt“ eine Spalte voll von sich selbst schreibt. Ja, mich greifen diese bösen Sozialdemokraten an; mich, den großen Wiedermann, aber ich will's ihnen zeigen, und ich will's meinen Parteigenossen zeigen, wie man's den bösen Sozialdemokraten zeigen muß! Und so zeigt er's ihnen denn, und das Vergnügen, überhaupt nur erwähnt worden zu sein, bricht aus dieser verzerrten Anstandsblase (wie sie schon 1848 im Frankfurter Parlament getauft wurde) so weit durch, daß wir sie wirklich — laufen lassen wollen.

Das ist ihr beiläufig das Unangenehme — sie erinnert uns recht lebhaft an ein köstliches Bild von Savarni: zwei alte Schachteln darstellend, die es den jungen Mädchen zeigen wollen, wie man die unverehelichten jungen Herren abfahren läßt. Ach, wie froh sie wären, wenn so ein Unverschämter doch käme.

Nein — Herr Wiedermann, wir kommen Ihnen nicht. Vorstehendes war schon in das Blatt gegeben, als uns eine Verichtigung des Professor Wiedermann zukam. Wir lassen dieselbe folgen. So bald werden wir dem Herrn die Freude nicht wieder erweisen, ihn nochmals zu nennen.

Herr Wiedermann schreibt:

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird hierdurch auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes veranlaßt, folgende Verichtigung in Ihrer nächsten Nummer aufzunehmen.

Der „Vorwärts“ hat in seiner Nummer 19 (vom 23. Januar) sich eine von dem Reichstags-Abgeordneten Schmidt in der Reichstags-Sitzung vom 22. Januar in Bezug auf meine Person gethane Äußerung angeeignet, indem er sagt:

„Und da wagte noch ein gewisser Professor Wiedermann in einer national-liberalen Versammlung die Behauptung aufzustellen, ‚der Arbeiter esse mehr Fleisch als die Beamten.‘“

Es ist dies eine völlig unrichtige, entstellende Wieder-gabe der Worte, welche ich in der Generalversammlung des national-liberalen Vereins für das Königreich Sachsen am 22. Juni 1890 gesprochen habe, und welche nach dem über diese Versammlung erschienenen gedruckten Bericht vielmehr so lauteten:

„Es muß in die Waagschale gelegt werden, daß ein Theil der Vertheuerung der Lebensmittel, namentlich der Fleischpreise, auf Rechnung der Unbemittelten kommt, weil die Arbeiter viel mehr Fleisch verzehren. Es ist durch die konnte unmöglich errathen, was ihr bei der nächsten Ecke begegnen würde. Der Uranienborgwald war eine Entsetzensstätte. Dort hatten Menschen sich erhängt und Thalen der Finsterniß wurden dort am hellen Tage verübt. . . . Damal kam der lange Moor, wo ihr befändig dünnte, man verfolgte sie. . . . endlich befand sie sich in den wunderlichen Winkelgassen der westlichen Vorstadt. Das waren keine Wege. Enge, schmutzige Steige waren es, die sich zwischen vernachlässigten Gärten und schlafenden Häusern vorwärts schlängelten; sie hüpfte von Kothspüße zu Kothspüße; aus jeder Krümmung dunkelten Schatten hervor, die auch Menschen sein konnten. . . . abscheuliche, schledte Menschen. . . . oder es war vielleicht er mit den aufgesperrten leichten Augen — hu! nicht daran denken, nicht daran denken. . . . Sie vermochte nicht mehr und lief dennoch weiter; sie hörte Schritte, Stimmen, ferne Rufe, Gelächter vor ihren Ohren; das Herz hämmerte ihr bis in den Hals hinauf; sie weinte vor Angst und war ihrer selbst nicht mächtig. Endlich war sie daheim; nun wieder die Treppe; sie konnte nicht länger gehen, sie stolperte, Aletterte, kroch; der Garten war voll von Schatten und Gestalten; sie rührten sich, kamen heran, griffen nach ihren Beinen. . . . Gott bewahre mich, wie kommst Du daher?“ schalt Mama; „bist Du verrückt?“ — Ah, war es eine Wohlthat, Mama zanken zu hören!

Alein am nächsten Abend ging sie wieder ins Theater. —

— Eines Tages gegen Weihnachten erhielt Mama einen Brief, der sie froh machte. „Gott sei Dank“, seufzte sie, „Gott sei Dank. . . . O Gott sei Dank, Krausköpfchen. Denke Dir nur, Deine Schwester Lea hat sich verlobt; kannst Du Dir das vorstellen?“

„So, — doch hoffentlich mit einem feinen Herrn?“ fragte Fanny.

„Ja freilich, fein genug; und dann hat er Geld. . . . Es ist ein sehr braver Mensch. Er ist Baumeister und besitzt eine Menge Häuser; er kann von der Miete leben die er einnimmt. . . .“

(Fortsetzung folgt.)

„Ja, aber kannst Du mir nicht sagen, was los ist?“ — Mama war fast verdrießlich.

„Oh, — oh, —“ weinte Fanny, — oh, — oh, Mama; — ach, ich fürchte mich so!“

„Bist Du etwas? Ist Dir etwas geschehen?“

„Nein, nein. . . . nein, es ist nichts geschehen. . . . Oh, aber Du bist böse auf mich, Mama!“

„Ach, schon wieder diese Geschichte!“

„Ja, Du bist böse auf mich, Mama. . . . alle werden mit mir böse sein; Niemand will von mir etwas wissen, nicht Du, und nicht Lea, und nicht Gretche, und gar Niemand.“

„Schau, Kind, da ist Naphta; trink davon, dann wirst Du einschlafen und dann wirst besser, hörst Du? So! Und nun liege nicht da und quäle Dich mit solchem Unsinn; sei ein braves Mädchen, kleiner Krauskopf; kein Mensch ist auf Dich böse, wie Du Dir denken kannst!“

Jedoch Fanny blieb einige Tage lang wunderlich.

— Endlich wurde das Theater wieder eröffnet; Fanny meldete sich sogleich zum Dienste.

Es machte keine Schwierigkeiten; sie durfte sich nun als Statistin betrachten. Gottlob, daß sie die Bühne hatte. Hier war ihre Heimath und ihre Welt, hier war ihre Hoffnung und ihr Trost. Keine Macht der Erde sollte sie vom Theater vertreiben. Das Schicksal selbst hatte ihr den Weg hierher gewiesen, und diesen Weg wollte sie getreulich verfolgen. Wenn sie nur endlich konfirmirt wäre! Alle Plage und alle Noth hätte da ein Ende; wenn sie nur schon einmal konfirmirt wäre! —

Direktor Josephson war ungemein gut; er lobte sie und gab ihr Rollen. Sie war ein Page in Don Juan und der kleine Knabe in „Coriolan“; in diesem letzten Stück hatte sie sogar etwas zu sagen —: „wenn ich groß bin, so will ich auch kämpfen!“ — Sie lebte auf dem Theater wie in einem Märchen. Da war strahlendes Licht, strahlendes Kostüm, Musik, Unterhaltung, Leben; die Künstler waren so wie Menschen sein sollten, immer froh und lustig, frei und kühn in jeder Lage; so war sie selbst auch und so wollte sie bleiben. Und dann alle diese spazigen Treppen und Gänge und dunklen Räume, und die Maschinen mit

ihren vielen Theilen, und das Foyer, wo Könige und Königinnen und Gespenster und Spahmacher in vollem Kostüm herumwanderten und besprachen, was sie zu Nacht essen wollten. . . . Da kam Hammer, der soeben getödtet worden, in Unterhaltung mit seinem Weiber Klousen; Gundersen und Reimers, die auf der Szene Feinde waren, tranken hier miteinander ein Glas; Frau Gundersen und Frau Juell saßen freundlich Seite an Seite, obgleich sie im Stille aufeinander eifersüchtig waren; sie liebten nämlich beide Herrn Gundersen. Und der schwedische Opernsänger Alberg ging mit seinen Don-Juan-Augen und seinem schwarzen Bart herum und konversirte mit den Damen. Alle kleinen Mädchen waren verliebt in ihn, jedoch besonders Emilie; sie war ganz toll vor Liebe zu dem stolzen Sänger. Auf der Szene lärmten Maschinisten und banten Schloffer, Gefängnisse, Bergpässe; hierauf begann die Musik; dann läutete man mit einer Glocke; Könige, Königinnen, Gespenster und Spahmacher fuhren jeder nach seiner Seite ab; nun galt es; nun ging der Vorhang hinauf; — arme Teufel, die Lampenstaber hatten!

Wenn Fanny auf der Bühne nichts zu thun hatte, saß sie in der Statistenloge; im Theater mußte sie auf jeden Fall sein. Doch nun fingen die Herbstmächte an. Wenn das Stück zu Ende war und das Gas ausgelöscht wurde, war es schrecklich zu wissen, daß man ganz oben auf Haegdehungen wohnte.

William hatte versprochen, sie nach Hause zu begleiten; allein seine Mutter erlaubte ihm nicht, so spät hinauszu-gehen. So mußte sich Fanny denn selbst helfen. In wilder Verzweiflung schloß sie durch die Finsterniß der Nacht, all' die iden Strahlen entlang, den Park entlang, in welchem die Bäume dastanden und im Halblicht der Laternen zitterten und ihre Blätter verloren, den Uranienborgweg entlang, wo die Einsamkeit begann. . . . Die Finsterniß wurde dichter und dichter, die Lampen wurden seltener und seltener; zuletzt glühten sie nur hier und da, vereinzelt und in der Ferne, wie Feuerthürme durch die Nacht. Sie lief und sie lief; über ihre Wangen rollte tropfenweise kalter Schweiß und die Angst jagte ihr eisige Schauer bis in die Haarwurzeln. Der Weg war hoffnungslos lang und wurde immer trauriger; man

fächliche Statistik konstatirt, daß der Verbrauch von Fleisch von 14 Kilo auf den Kopf gestiegen ist auf 37 Kilo im Jahre 1888. Das zeugt doch nicht von Nothstand, und das führt andererseits das Resultat herbei, daß die Arbeiter selbst sich das Fleisch vertheuern, weil sie eben — Gott sei Dank! — in der Lage sind, mehr Fleisch essen zu können.“

Daß das „mehr“ sich nicht auf „die Bemittelten“ sondern auf „früher“ bezieht und bedeutet „mehr“ als früher, ist selbstverständlich.

Leipzig, den 23. Januar 1891.

Professor Wiedemann. —

Die Stellung der Regierung in der Debatte des Deutschen Reichstags über das amerikanische Schwein hat zu einer scharfen Entgegnung des amerikanischen Viehprüfungs-Bureaus geführt. —

Wie aus Washington gemeldet wird, hat Dr. Salmon, der als Direktor des Vieh-Prüfungsbureaus und vieljähriges Mitglied der Kommission für Trichinosis, den Ruf eines Sachverständigen genießt, einem Berichterstatter gegenüber die Wichtigkeit der Mittheilung des Staatssekretärs von Vötkcher im Deutschen Reichstage, daß sieben Prozent der amerikanischen Schweine trichinös seien, entschieden bestritten. Dr. Salmon erklärte nachdrücklich, seit 1883 wäre unter den amerikanischen Schweinen kein einziger Fall von Trichinose konstatiert worden. Derselbe fügte hinzu, die Unterhaltungen mit Frankreich wegen der Einfuhr amerikanischer Schweine dürften sehr bald und zwar in einem für Nordamerika günstigen Sinne abgeschlossen werden.

Apropos, wenn der Franzose Recht hat, welcher sagte: die Heuchelei ist ein Tribut, welchen das Laster der Tugend zollt, dann hat in den jüngsten Reichstags-Debatten über künstliche Brot- und Fleischvertheuerung die Tugend einen großen Triumph gefeiert. Keiner der Herren Junker hatte den Muth, offen und ehrlich zu sagen: unser jetziges Einkommen genügt uns nicht, wir brauchen, um so gut leben zu können, wie es unseren Lebensgenossen entspricht, neben den höheren Brotpreisen auch höhere Fleischpreise! Das wäre keine sehr ritterliche Sprache gewesen, aber doch offen und ehrlich; und schließlich haben die Herren Junker dasselbe Recht, vom Reichstag die Verbesserung ihrer Lage zu verlangen, wie andere Leute auch. Allein, so hat keiner der Fleischvertheurer gesprochen. Keiner hatte an seinen persönlichen Vortheil gedacht, bei Reibe nicht! Nur aus Järllichkeit für das deutsche Volk, das nicht verfeucht worden dürfe, hatten sie das amerikanische Schwein aus Deutschland verbannt und wollten es verbannt halten. Herr Frege, der sächsische Junker und Musiker, war von seiner eigenen Güte und von der christlichen Nächstenliebe, die der Fleischvertheuerung zu Grunde liegt, sogar so fest überzeugt, daß er eine solbungsvolle Predigt hielt und etliche Tugend Thränen vergossen haben soll.

„Wen will man da eigentlich täuschen?“ fragen wir hier mit dem Aufspieldichter. Glauben die Herren Junker, und wenn sie noch so patriotisch ihre Uneigennützigkeit betheuern, daß es auf der ganzen weiten Welt einen einzigen Menschen giebt, der es ihnen glaubt? Wozu also das Komödientenspiel?

Wie freilich sind durchaus nicht unzufrieden mit demselben. Denn erstens distinkt es die Sache der Fleisch- und Brotvertheurer noch mehr, als dies schon ohnehin der Fall ist, — und zweitens beweist es, daß die Herren Fleisch- und Brotvertheurer selbst ihre Sache für so schlecht halten, daß sie ihr ein falsches Mäntelchen umhängen, und sie unter fremde Flagge zu stellen für nöthig erachten. Das Geständniß, welches hierin enthalten ist, nehmen wir zu den Akten. —

Ein arger Parlaments-Standal wird in Abgeordnetenkreisen viel besprochen. Am 22. d. Mts. mußte die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags das Mandat des konservativen Abgeordneten Müller (Marienwerder) für erloschen erklären, weil genannter Herr seit seiner Wahl zum Geh. Finanzrath und zum Mitglied des Reichsbank-Direktoriums ernannt worden ist — eine Anstellung oder Rangserhöhung, welche, laut Wahlgesetz, das Erlöschen des Mandats nach sich zieht. Um nicht in den Verdacht der Parteilichkeit zu kommen, lassen wir folgen, was die national-liberale „Magdeburger Zeitung“ über den Fall sagt:

„Damit — d. h. mit dem Beschluß, daß das Mandat erloschen sei — ist die Kommission der Anshawung beigetreten, welche wir von Anfang an verfolgt haben.“

Herr Müller war bis zum vorigen Sommer Oberbürgermeister von Posen und wurde dann zum Mitgliede des Reichsbank-Direktoriums ernannt. Obwohl diese Ernennung auf Vorschlag des Bundesraths durch den Kaiser erfolgt ist und die Stelle, in welche Herr Müller berufen wurde, im Gegensatz zu den mittleren und unteren Stellen in der Verwaltung der Reichsbank eine solche ist, welche in dem vom Reichstage festgesetzten Reichsbankgesetz, C. 11, ausdrücklich aufgeführt ist, das mit ihr verbundene Gehalt daher ohne Zustimmung des Reichstages auch nicht erhöht oder sonst abgeändert werden kann, hat Herr Müller geglaubt, daß er lediglich in den Dienst der Gesellschaft getreten sei, welche aus den Anstaltseignern besteht, und demzufolge kein Reichsamt angenommen habe, also auch nicht verpflichtet sei, sein Mandat niederzulegen. Diese Auffassung ist von dem konservativen Abg. Hahn in der Kommission verteidigt worden, und Herr Müller ist Mitglied des preussischen Ober-Verwaltungsgerichts. Sehr bedauerlich ist, daß die Geschäftsordnungs-Kommission, der die Angelegenheit gleich nach Wiedereröffnung der Sitzungen des Reichstages Anfangs Dezember übergeben worden ist, erst jetzt zu ihrer Verhandlung gelangt ist. Die Fragen, welche der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen werden, sind in der Regel so dringlicher Natur (und die Frage, ob ein Abgeordneter verfassungsmäßig das ihm übertragenen Mandat nach seiner Ansicht aufgeben darf, gehört ohne Zweifel zu den dringlichsten und wichtigsten), daß die Kommission, wenn irgend möglich, zur sofortigen Beratung schreiten möchte, zumal, wenn wie im vorliegenden Falle, Ausnahm von antiken Stellen nicht eingeholt zu werden braucht. Die Wähler von Marienwerder-Stamm werden namentlich bei den bevorstehenden wichtigen Verhandlungen voraussichtlich nicht verabschiedet sein, während, wenn Herr Müller die Konsequenz seines Eintritts in den Reichsdienst gezogen und im September sein Mandat niedergelegt hätte, die Erziehung nach während der Vertagung hätte stattfinden können. Kommt die Angelegenheit jetzt im Reichstage nicht bald zur Erledigung, so kann die Erziehung vor dem 20. Februar nicht mehr stattfinden, und es müssen neue Wählerlisten angelegt werden.“

So liegt der Fall; und es ist auch nicht dem leisesten Zweifel unterworfen, daß das Mandat des Herrn Müller auch von dem Plenum des Reichstags für erloschen wird erklärt werden. In solchen Fällen ist es nun die Regel —

nicht der Geschäftsordnung, aber des Anstands und der guten Sitte —, daß ein Abgeordneter, nachdem die Geschäftsordnungs-Kommission — evnt. die Wahlprüfungs-Kommission — einen derartigen Beschluß gefaßt hat, sein Mandat entweder niederlegt, oder zum mindesten es nicht mehr bei Abstimmungen ausübt.

Herr Müller (Marienwerder) hat keins von beiden gethan. Er hat am vorigen Freitag, also dem Tag nach dem Beschluß der Geschäftsordnungs-Kommission, bei der namentlichen Abstimmung über den Antrag Barth sein Votum in die Waagschale der Fleischvertheurer gelegt.

Der Vorgang dürfte in den Annalen des Reichstags vereinzelt dastehen.

Und die Herren Konservativen rühmen sich, wie man weiß, einer besonderen „Ehre“. Den 183 Fleischvertheuern aber gratuliren wir zu der Stimme des Herrn Müller. —

Die furchtbare Bergwerk-Katastrophe — wir sagen absichtlich nicht Bergwerk-Unglück, denn wo aller Wahrscheinlichkeit nach, ja ohne jeglichen Zweifel menschliches Verschulden vorliegt, kann von einem Unglück nicht die Rede sein — die furchtbare Katastrophe von Gelsenkirchen erinnert uns wieder an eine lange verabsäumte Pflicht. Seit Jahrzehnten, ja seit Menschengedenken wird die Menschheit periodisch, in kürzeren oder längeren Zwischenräumen, aber trotzdem mit einer unheimlichen, die Annahme des Zufalls für jeden Denkfähigen ausschließenden Regelmäßigkeit durch derartige Katastrophen erschreckt.

Und nichts ist noch geschehen zur Abwendung. Die Folge ist jedesmal: Die öffentliche Meinung regt sich auf, man entschließt sich etwas zu thun — nach einigen Wochen ist die Sache jedoch vergessen und man wartet bis zur nächsten Katastrophe.

Soll das so weiter gehen? Die französische Kammer hat soeben beschlossen, eine Kommission niederzusetzen, welche die Ursachen der häufigen Kohlenbergwerk-Katastrophen zu untersuchen hat.

Ferner ist die Gastpflicht der Grubenbesitzer in Frankreich ausgedehnt worden.

Es wäre gut, wenn wir das Beispiel der „wilden“ Franzosen in diesem Punkt einmal nachahmten.

Nicht so empfehlenswerth ist freilich der Plan, den Bergwerks-Berbeitern verlrachte Gruben zur genossenschaftlichen Arbeiterschaft zu übergeben — was der Vorkämpfer Laur seit Jahren betreibt. —

Die Diskussion über den Zonentarif und der mit demselben in Ungarn geglückte Versuch scheint doch zu einer allgemeinen Ermäßigung der Zonentarife zu führen. So wurden in Oesterreich die Tarife bedeutend herabgemindert, dasselbe scheint, wenn auch kaum in ausreichendem Maße, bei uns bevorzustehen und aus Paris trifft heute auch eine entsprechende Meldung ein. Es wird nämlich aus Paris telegraphirt:

„Gemäß Vereinbarung der Eisenbahn-Gesellschaften mit dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten betriebs der Eisenbahnen ist der Fahrpreis für Reisende dritter Klasse von 6,07 Centimes auf 4,00 per Kilometer herabgesetzt worden.“

In Oesterreich sind aber heute schon die Tarife um die Hälfte niedriger wie in Frankreich nach der Reform. Und in Ungarn sind die Tarife noch niedriger wie in Oesterreich, und bringen dabei großen Nutzen, d. h. mit anderen Worten, sie könnten noch mehr reduziert werden. In dem modernsten Theile der Staatsverwaltung, im Eisenbahnwesen, herrscht schon überall ein ebenso verbolhrter Bureaualtrismus wie in allen anderen Verwaltungszweigen. Der Pops müßte auch dort einmal energisch abgeschnitten werden. —

Das politische Ereigniß des Sonntag war die Auflösung des österreichischen Abgeordnetenhauses. Zu einer Zeit, wo der Etat für das laufende Jahr noch nicht bewilligt ist, wo alle Parteien den Termin für die Neuwahlen erst für den Sommer voraussehen, wo die Einberufung des alten Reichstags für den 18. Februar zur Budgetberatung ins Ausland telegraphirt wird, in diesem Momente löst die österreichische Regierung das Parlament auf, überrascht damit alle Parteien und so finden sich die politischen Kreise einem jedenfalls gut vorbereiteten Regierungswahlapparate gegenüber in vollständiger Verwirrung. Gerade die letzten Monate haben in den bürgerlichen Parteien Oesterreichs eine Verwirrung ohne Gleichen vorbereitet. Die herrschende alttschechische Partei ist in vollständiger Auflösung begriffen, die national-radikalen Jungtschechen haben alle Aussicht, den größten Theil der tschechischen Wahlkreise zu erobern, was trotz der demokratischen Äußerungen dieser Partei wegen ihrer russenfreundlichen, dem Bändnisse mit dem Deutschen Reiche feindlichen Haltung sehr zu beklagen ist. In Galizien liebte die Regierung in der letzten Zeit mit den nicht minder russenfreundlichen Ruthenen, so daß die bisherigen Hauptstützen der Regierung, die Alttschechen und die Polen, jedenfalls nur mit großen Verlusten aus dem Wahlkampfe herausgehen werden. Aber ebenso sicher sind die Verluste der deutschen Liberalen aller Schattirungen. Diese Verluste drohen ihnen von Seiten der Kleinbürgerlichen, zum Ultramontanismus hinneigenden Antisemiten. So wird das österreichische Parlament unzweifelhaft eine durchaus neue Gestalt annehmen und zwar eine, in der sich kaum eine parlamentarische Majorität finden wird; was die Aufgabe des bisherigen beschränkten Zensus-Wahlsystems und vielleicht den Uebergang zum allgemeinen Wahlrecht zur Folge haben muß. Was nun unsere Bruderpartei in Oesterreich anlangt, so hatte sie die Absicht, diebmal zum ersten Male seit ihrem Bestande in den Wahlkampf einzutreten und vor allem die Demonstration vom 1. Mai zur Wahlagitacion anzuschließen. Die Schwierigkeiten sind für unsere Genossen ungeheuer groß, da die breite Masse der österreichischen Arbeiter vom Wahlrechte ausgeschlossen ist. Trotzdem sind Erfolge nicht ausgeschlossen, besonders wenn die internationale Solidarität ihnen kräftig zur Seite steht und man die bereitwillige Unterstützung unserer österreichischen Genossen bei allen Kämpfen der ausländischen Arbeiterparteien erwidert. Unvorbereitet trifft die österreichische Bruderpartei die Ausschreibung der Neuwahlen nicht, wenn sie auch ihre Vorbereitungen noch nicht zum Abschluß bringen konnte. Uebrigens hoffen wir bald einen Bericht unseres österreichischen Korrespondenten über die Reichstags-Wahlen veröffentlichen zu können. Zwei unserer Partei nicht direkt angehörigen Kronarbeiter und Bernerforster, dürften die Unterstützung der österreichischen Genossen finden. So wenig beide

Sozialisten sind, so entschieden haben sie stets alle Brutalitäten der Polizei, alle Geschwürigkeiten, unter denen unsere österreichischen Genossen zu leiden hatten, mit aller Entschiedenheit an den Pranger gestellt und bekämpft, so daß ihre Reden werthvolles Agitationsmaterial für unsere Genossen wurden. Leider sind die Aussichten für Kronarbeiter nicht die besten. Die Antisemiten beehren ihn mit ganz besonderer Haffe und sie werden alle Hebel in Bewegung setzen, den einzigen Vertreter der ehrlichen und radikalen bürgerlichen Demokratie in Oesterreich zu Fall zu bringen. Desto entschiedener müssen die österreichischen Sozialdemokraten streben, einige Stiche zu erobern. Der Sympathie der deutschen Sozialdemokratie bei diesem Kampfe können unsere österreichischen Genossen gewiß sein. —

In einer in Zürich stattgehabten Konferenz der schweizerischen Arbeiterverbände wurde beschlossen, den 1. Mai als Arbeiter-Feiertag zu betrachten und auf den zehnstündigen Normal-Arbeitstag hinzuwirken. —

Die französischen Eisenbahn-Arbeiter werden am 1. Mai in Tours zu einem Kongress zusammenzutreten, auf welchem die Frage der Pensionirten verhandelt, und die Forderung einer täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden bei einem freien Tage in der Woche gestellt werden soll. Auf dem Programm steht noch eine Forderung, die uns weniger gefällt: daß in Frankreich bloß Franzosen als Eisenbahnarbeiter angestellt werden sollen.

Es richtet sich dies zwar nicht gegen die Deutschen — Deutsche sind an französischen Bahnen nicht beschäftigt —, sondern nur gegen die Belgier und Italiener, die ein großes Kontingent zu den französischen Eisenbahn-Arbeitern stellen — allein trotzdem zeugt die Forderung von chauvinistischer Engherzigkeit. Berechtigt — auch vom internationalen Standpunkt aus — ist in Bezug auf die Konkurrenz der ausländischen Arbeiter nur die Forderung, daß kein Ausländer zu niedrigeren als den orts- und landesüblichen Löhnen angestellt werden soll.

Immerhin begrüßen wir den Kongress — wobei wir den Gedanken nicht unterdrücken können, daß Ähnliches in Deutschland unmöglich wäre. Denn jeder Eisenbahn-Arbeiter, der an einem solchen Kongress Theil nähme und der überhaupt nur für ihn thätig wäre, würde sofort entlassen, sowohl von Privat- als von Staatsbahnen. Zu der Höhe der Weltanschauung, daß ein Arbeiter auch staatsbürgerliche Rechte besitzt und nicht ein Bürger zweiter Klasse ist, hat man sich in Deutschland noch nicht emporgeschwungen. —

Der Gouverneur von Algier hat einen Kredit von 400 000 Francs für die Opfer des unlängst stattgehabten Erdbebens verlangt. Von dieser Summe sollen 100 000 Francs ausschließlich für die Eingeborenen verwandt werden. —

General Booth von der englischen Heilsarmee — in jeder Art ein Genie und durchaus kein Mucker- und Pfaffenknecht, auch kein unterhängiger Diener des Kapitals — verlangte 100 000 Pfd. Sterl., d. h. zwei Millionen Mark, um das Elend in London abzuschaffen. Um diesen abenteuerlichen Plan gab es eine tüchtige Debatte, und Booth bekam schlimme Dinge zu hören, allein die hunderttausend Pfund Sterlung bekam er richtig zusammen — und das Elend in London ist genau, was es vorher war. Und wenn Herr Booth das Heilsfache fordert und auch bekommt — so wird das auf den Ocean vo Elend genau so viel Einfluß haben, als wenn Jemand bei einer Ueberschwemmung mit einem Theelöffel Wasser wegschöpfen wollte. Es giebt nur ein einziges Mittel, diesen Ocean zu trocknen und das ist, daß all die Millionen Minnale, Bäche, Flüsse und Ströme, die ihn jetzt speisen, durch ein vernünftiges Gesellschaftssystem abgelenkt und beigestalt regulirt werden, daß sie Reichthum und Wohlbestanden verbreiten, statt Armuth und Noth. —

Als Zeichen friedlicher Dispositionen wird aus der österreichischen Grenzstadt Brody gemeldet: Der Bau der in Wolhynien (Rußland) projektierten Kasernen soll im Frühjahr nicht begonnen und die Vollendung der Grenzfestungen Dubno und Rowno nicht mehr ausgenommen werden. —

Genosse Fitzgerald konnte leider nicht lange in unserer Mitte weilen. Eine Depesche rief ihn zurück nach England, von wo er im Laufe dieser Woche die Rückfahrt nach Australien antreten wird. Der Huel der Reise unseres Genossen war, die Arbeiterverhältnisse und die Arbeiterbewegung in den europäischen Staaten kennen zu lernen und Beziehungen zwischen den australischen Arbeitern und den Arbeitern der europäischen Länder enger zu knüpfen. Daß die australischen Arbeiter von Gefühlen der Solidarität erfüllt sind und an die internationale Gemeinschaft der Arbeiterinteressen glauben, das haben sie bei dem großen Londoner Doderstreiks des Jahres 1889 bewiesen, zu denen sie in wahrhaft großartiger Weise beitrugen. Wie Mr. Fitzgerald uns mittheilt, ist er nebst der Mehrzahl der organisirten Arbeiter Australiens zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch Streiks eine dauernde Besserung der Arbeiterlage oder gar die Emanzipation der Arbeiterklasse sich nicht herbeiführen läßt, daß es nothwendig ist, durch Organisation und Agitation, namentlich durch parlamentarische Wirken, wie die deutschen Sozialdemokraten es thun, sich Einfluß auf die Gesetzgebung und politische Macht zu erkämpfen. Mit anderen Worten, die australischen Arbeiter haben sich von dem sog. Trades-Unionismus „losgehabt, und ohne die Bedeutung der Gewerkschafts-Organisation zu verkennen, sich entschlossen, den Hauptnachdruck auf die politische Thätigkeit zu legen und in die internationale Arbeiterbewegung einzutreten. —

Die Berliner Arbeiterschule hat bereits nahezu 4000 Mitglieder. —

Briefkasten der Redaktion.
Alle Schlußanträge 35. Außer dem Eisenbahnregiment London. Der kommunistische Arbeiterbildungs-Verein, Lollenhamstr. 40.
D. Birnbaum, 6,55 M. erhalten Die Expedition.

Theater.

Dienstag, den 27. Januar.
Spernhaus. Vorstellung.
Schauspielhaus. Colberg.
Festung-Theater. Der Kauf.
Berliner Theater. Minna von Barnhelm.
Deutsches Theater. Romeo und Julia.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Die Gondoliere.
Wallner-Theater. Monik.
Residenz-Theater. Der selbige Loup.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sellenalliance-Theater. Die Nachbarn.
Offend-Theater. Ein berühmter Mann.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Thomus-Theater. Drei Paar Schuhe.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress,** Alexanderstraße 27c.
Clara Conrad, Bieder- und Walzergängerin.
Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
Max Menzel, Gesangsdomitor.
Mr. Koberstein, Malabarist.
Mc. Lean Brothers, Amerikan. Neger-Excentric.
Gebr. Willmo, musikalische Clowns.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabljement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Concert.
 Direktion **A. Hödmann.**
 Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
 Wochentags 10 Pf.
 Entrée Sonn- und Festtags 25 Pf.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 **F. Möller.**

Gratweiliche Bierhallen Kommandantenstr. 77-79.

Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor **H. Sanftleben.**
 Wochentags: **Frei-Concert.**
 Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 **F. Sadtke.**

Castan's Panopticum.

Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
Amazonen-Truppe
 Weihnachts-Ausstellung.
 Damen-Boyelle.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 u. 9 Uhr Morg. bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum. 100 neue Gruppen und Figuren. Spezialitäten-Vorstellung.

Entree 50 Pfennig
 Geöffnet v. 10 Uhr
 Vorm. b. 11 U. Ab.

Kaiser-Panorama.

Passage 1 Er., v. 9 M. bis 10 Ab.
 Diese Woche: 1. Reise auf der Insel Rügen. 1. Reise durch Oesterreich, Prag, Salzburg u. 1. Cuel. Baden, Heidelberg, Konstanz u. 1. Reise um die Erde. 1. Cuel. Pariser Weltausstellung. Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf., Abonn. 1 M.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) 1,50 Mk.

Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, n. d. Oranienplatz.

Mittwoch, den 4. Februar:
 Letzte Vorstellung in dieser Saison.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Heute, Dienstag, den 27. Januar, Abends 7 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung

zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers unter persönlicher Mitwirkung des Direktors **E. Renz.**
 4 arabische Schimmelhengste, zusammen dressiert und vorgeführt vom Direktor **E. Renz.** Eine Quadrille aus der Zeit Friedrichs des Großen, geritten von 8 Damen und 8 Herren.
Great Stoopla Chass von 6 engl. Vollblut-Springpferden, dressiert und vorgeführt von Herrn **Franz Renz.**
 Auftreten der Künstler-Spezialitäten **Mr. J. F. Clarke** und **Hodgers.**
Schulpsied Coriolan, geritten von **Hell. Oceana Renz** (Enkelin). Auftreten der Reittänzerinnen **Frls. Katalie, Zephora** und **Miss Billie Meers** und der Reittänzer **Mr. J. Hillis** und **William**, sowie komische Entrees von sämtlichen Klowns.
 Zum Schluss der Vorstellung: **Gr. Feuerspiel** mit Evolutionen, Waffenspiele und Gruppierungen, arrangiert v. Direktor **E. Renz,** ausgeführt vom gesamten Herrenpersonal und den Damen des Corps de Ballet.
 Morgen: Touristen.
 Sonnabend, den 31. d. M.: Benefiz für Herrn **Franz Renz.**
E. Renz, Direktor.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Str.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung

zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des deutschen Kaisers. Besonders hervorzuheben: **Amazonen-Quadrille,** geritten von 16 Damen. **Schulpsied Troubadour,** geritten von **Frl. Wilma.** **Mr. Royal** als engl. Jockey. **Postillon, Dreifacher Rapphengst,** in der hohen Schule geritten von Herrn **Ernst Schumann.** **Familie Braun** auf Reisen, komisches Intermezzo von mehreren Herren der Gesellschaft. **Russische Entrees** der Gebrüder **Bermann.**
 Zum Schluss der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Eine ländl. Hochzeit.
Sensationelle Wasserpantomime.
 Spezialität: 4 Wassernymphen.
 Morgen große Vorstellung mit neuem Programm.
Eine ländliche Hochzeit.

Matthie's

elegante Masken-Garderobe, Prinzenstraße 15, 2 Tr., empfiehlt seine eleg. sowie komischen Kostüme zu soliden Preisen. Zu Aufführungen für Vereine Kostüme zu billigen Preisen.

F. Stenzel's

Elegante Masken-Garderobe, 118 Dresdener-Strasse 118, empfiehlt sich den Besessenen des "Vorwärts" zu billigen Preisen. 111

F. Pietsch, Tanz-Institut, Dresdenerstr. 10.

Ein neuer Lehrkursus f. Damen u. Herren beg. Sonntag, 1. u. 8. Febr., Nachmitt. 4 Uhr. Melb. Adalbertstr. 93 und bei Beginn des Unterrichts. 246 J

Buss' Ballsalon und Garten, Gr. Frankfurterstr. 85.

Balmsonntag an Vereine unentgeltlich zu vergeben. Gleichzeitig empfehle meine Säle zu Versammlungen und nach Ostern an Sonnabenden zu Festlichkeiten. **M. Buss.** [288 J

Rohtabak A. Goldschmidt,

Spanbauerbrücke 6, am hiesigen Plage befanntlich **Größte Auswahl. Garantiert scharf brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spanbauerbr. 6, am Fiedrichen Markt. [746

Platinabfall zu den höchst. Preisen.

verbrauchte Altklamp, alte Seel pro 100 St. 16 Mark! Kauf **Robert Linke,** Re. 25, Berlin.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener **Gr. Lager,** bill. Preise. **Fabrik. Emil Heyn,** Brunnenstraße 28, Hof varierte. Zweifelhafte nach Uebereinkunft.

Sindervagen. Das gr. Lager Berlin's

Andreasstr. 23, 5. P.

Fachverein der Tischler.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Hugo Rusch** am 25. d. Mis. im Alter von 37 Jahren an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Neuen Jerusalemer Kirchhof, Brügel Chaussee, statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Dankagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Theilnahme bei der Bestattung unseres theueren unvergesslichen Bruders und Schwagers, des **Glases Eduard Neumann,** jagten wir allen unsern Freunden sowie seinen Herren Kollegen und den Mitgliedern der Glaser-Gesellschaft, insbesondere dem Herrn **Vorhagen** für seine herzlichen Worte am Grabe unsern innigsten Dank. **E. Schälze, Anna Schälze, geb. Neumann, Albert Neumann.** 243 J

Für die Theilnahme bei dem Begräbnis meines geliebten Mannes sage

hiermit allen Genossen, Freunden, Verwandten, sowie seinen Vereinskollegen und Kolleginnen den herzlichsten Dank. Die trauernde Wittwe **Therese Kühno.**

Berein z. Wahr. der Interessen der Berliner Anopfarbeiter.

General-Versammlung am Mittwoch, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Solmann, Andreasstraße 26.**

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Neue Mitglieder werden vorher aufgenommen. 191 **Der Vorstand.**

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen.

Robert Meyer, Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.

NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, erkläre ich meinen Freunden

und Genossen, daß ich mit **J. Meyer,** Wienerstr. 1, in keiner geschäftlichen oder verwandtschaftlichen Beziehung stehe.

Vom Strand-Theater bis zur nächsten Pferdebahn-Haltestelle ist Sonntag

Abend eine silb. Damenuhr mit kleinem gold. Ketten ver. word. Geg. Belohn. abzug. Bayreutherstr. 5. Hartleben.

Die dem Hrn. O. Kräger zugef. Beleid. nehme ich hierd. zurück. H. Möller. [240 J

Sophabezüge!

Beste in Alp, Damast, Granit, Plüsch und bunten Stoffen spottbillig. **Emil Lefèvre, Granitenstr. 158. Proben franko!** [84 J

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. 171 **Pollak,** Jehl Georgenkirchstr. 24, II. Auch Sonn- u. Feiertags geöffnet.

Meyer's Lexicon, wissensch.

Bücher, **Brehm,** Weltgeschichte **kauff A. Hannemann,** Kochstraße 56. Fernsprecher I 4027. 110

Kanarien-Vogel eigener Zucht,

prämirt Ausstellung Hannover 1891 m. erstem Preis, große silberne Medaille. 193 J **Joachim,** Lothringenstr. 61.

Roh-Tabak sämtlicher Sorten.

Größte Auswahl, billigste Preise. **G. Elkhuyzen, Münstr. 10.**

Kautsch-Stempel, Monogr. u. Sign.

Schablonen, Inskripten. 83 **G. Guttman,** Brunnenstr. 9.

Zwei Vereinszimmer mit Pianinos

von 20-30 Personen sind zu vergeben. **J. Jozierski,** Zimmerstr. 87.

Ein Vereinszimmer ist für Montag,

Mittwoch, Donnerstag u. Freitag Abend zu verg. **Mariannenstr. 46.** [141 J

Herren, welche geneigt sind, einem zu

gründenden Bitherverein beizutreten, erfahren Näheres im Restaurant **Hohn,** Stosch-Platz 11. Perfektes Spielen nicht erforderlich. Sitzung jeden Donnerstags 9 Uhr. 247 J

Echtiger Gesanglehrer, Partei-

genosse, sucht noch einige Vereine zu leiten. Gehalt mäßig. Gest. Adr. mit **Ausschrift G. H.** sind in der Exped. dieses Blattes abzugeben. [245 J

Frdl. Schlafst. Petristr. 82, 12. u. 6. Müller.

Frdl. Schlafst. Petristr. 82, 12. u. 6. Müller.

Arbeitslose.

Zwei große öffentliche Versammlungen der Arbeitslosen sämtlicher Berufe Berlins
 finden am **Mittwoch, den 28. Januar, Vormittags 10 Uhr, statt.**
1) Brauerei Friedrichshain (fr. Lipp) vor dem Königsberg.
 Tages-Ordnung:
 Die Resolution der vorigen Arbeitslosen-Versammlung in der Brauerei und ihre Beantwortung durch die Stadtverwaltung. Referent **Otto Heindorf.**
2) Berliner Sod-Brauerei (Tempelhofer Berg).
 Tagesordnung wie oben. Referent **Fritz Zubeil.**
 Um zahlreiches Erscheinen bitten **Die Einberufer.** 109

Achtung!

Delegirten der Berliner Streit-Kontroll-Kommission!
Grosse öffentliche Versammlung am **Mittwoch, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20 (Gartenfaal).**
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Revisionskommission.
 2. Der Vergolderstreit. Referent: **P. Lindt.**
 3. Fernere Gestaltung der Berliner Streit-Kontrollkommission.
 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.** 251

Fachverein der Tischler.

Donnerstag, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in **Orschel's Salon** Sebastaianstraße 39:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht des Vorstandes; Bericht des Vorstandes, der Beschäftigten, der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers.
 2. Wahl des Arbeitsvermittlers.
 3. Erwählung der Werkstatt-Kontrollkommission.
 4. Unterstufungsanträge, Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimirt. **Der Vorstand.** 312

Gr. öffentl. Metallarbeiter-Versammlung

Mittwoch, den 28. Januar 1891, Abends 8 1/2 Uhr, in der **Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße No. 58.**

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Delegirten vom Metallarbeitertag der Provinz Brandenburg und Pommern.
 2. Diskussion.
 3. Die diesjährigen Lohnreduktionen in unserer Branche.
 4. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten Zelleksamlung. Zahlreiches Erscheinen notwendig. **Der Einberufer.**

Achtung!

Karton-Arbeiterinnen und -Arbeiter!

Große öffentliche Versammlung am **Mittwoch, den 28. Januar, Abends 8 Uhr, in Jodl's Salon, Andreasstraße 21 (oberer Saal).**

Tages-Ordnung:
 1. Der Werth der Organisation. Referent: **Stadtvorordneter F. Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.** 245 J

Mitglieder-Versammlung

des **Fachvereins sämtlicher in den Glacé- und Karton-Papierfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen** Berlins und Umgegend
 am **Mittwoch, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstraße 10.**

Tages-Ordnung:
 1. Rechenschaftsbericht des Kassiers. 2. Vortrag des Herrn **Meyer** über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse und das Wohlwohlen unserer Stadtverwaltung. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes und Fragelosen. 158
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Die Arbeiterin.

Zeitschrift für die Interessen für Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes.
 Erscheint wöchentlich einmal (Sonnabend früh). Preis pro Quartal 1 Mk. frei in's Haus.
 Bestellungen nehmen alle Zeitungspediteure, sowie unsere Expedition entgegen.
 Ausgabe für Berlin: Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt, SW., Deuthstr. 3.

Spotbillig! Schweinefleisch!

Pfund nur 55 Pfg. **Madeistraße 12 (Schleisscher Bahnhof.)** 250 J

Eine Restauration mit Garten und zwei Kegelbahnen ist zu verkaufen

237 J **Brunnenstraße 88.**

Eine gestr. Dogge zu verkaufen b.

Kröger, Lindowstr. 20. 72 L

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt.

Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Gesucht eine Schlafst. mit Arbeits-

platz für einen Schuhmacher m. Preisangabe, möglichst Friedrichstadt. Off. unter **H. 88** Postamt 88 Taubenstraße.

Frdl. Schlafst. für 2 Gen. Meher-

straße 18, Hof 3 Tr. bei **Chrlsch.**

Freundl. Schlafst. f. Herren Reichens-

bergerstr. 114, Quergeb. 3 Tr. r. [285 J

E. Schiffs v. Staltheimerstr. 107, III. Steffan.

E. Schiffs v. Staltheimerstr. 107, III. Steffan.

Empfehle den Genossen meine

Masken-Garderobe

für Herren und Damen. Elegante Kostüme, solide Preise. **C. Trolle,** Grünbergweg 18, zwischen Kraut- und Markthaus.

Arbeitsmarkt.

Lodierstr. außerh. a. Metall-Fabrik Treidenstr. 28.

Mantelarbeiterin auf gute Sachen

verlangt **Müller, Zimmerstr. 53, 3 Tr.**

Hartgummi-Dreher-Gesund.

Wohltätige Hartgummi-Dreher, welche in allen vorerwähnten chirurgischen Arbeiten vollkommen selbstständig sind, finden in einer größeren Stadt in Deutschland lohnende und dauernde Arbeit. Reise wird vergütet. Gef. Off. unt. **P. 6183a** an **Haasens old & Vogler, A.-G. Karlsruhe** zu richten. 163 J

Dierzu zwei Verlagen.

Dierzu zwei Verlagen.

An die Parteigenossen!

Ein hervorragender Jurist — Nicht-Parteigenosse — trägt sich mit der Absicht, eine Sammlung der auf Grund des großen Unfugparagrafen in den letzten Jahren gefällten richterlichen Urtheile zu veröffentlichen.

Da unsere Parteigenossen unter der wunderbaren Auslegung und Anwendung, welche der § 360 Ziff. 11 in den letzten Jahren gefunden hat, speziell zu leiden hatten und noch haben, so werden Alle, welche dieserhalb bestraft sind und deren Berufswahlungen Rechtskraft erlangt haben, ersucht, die betreffenden Urtheile im Wortlaut an die Adresse von

J. Auer,

Berlin SW., Rahbachstr. 9,

einzuweisen.

Die betreffenden Akten werden nach Einsichtnahme den Einsendern wieder zugefandt.

Die Parteiorgane werden um Abdruck dieser Aufforderung ersucht.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Berlin, 25. Januar 1890.

J. Auer. Rich. Fischer.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

52. Sitzung vom 26. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Malahn, von Stephan, Reichsbank-Präsident Dr. Koch. Die Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1891-92 wird fortgesetzt beim Spezialetat des Reichschahamts.

Dazu liegt der Antrag Richter vor:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die den Reichsbeamten bei dienstlicher Beschäftigung außerhalb ihres Wohnorts zustehenden 5/10 Proz. derart zu regeln, daß für Dienstreisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden, an Stelle der Kilometergelder die für die Fahrkarten tatsächlich verausgabten Beträge vergütet werden.

Abg. Richter: Die jetzigen Vergütungssätze, welche den Preussischen nachgebildet sind, beruhen auf einer Normierung von 1848, wo das Eisenbahnwesen noch ganz unentwickelt war. Dazu kommt, daß seit 1848 die Preise der Fahrkarten ganz erheblich ermäßigt sind. Der damals normirte Satz von zehn Silbergrößen für die Meile ist seitdem beibehalten worden, nur daß jetzt 13 Pf. für den Kilometer bezahlt werden. Diese Vergütung übersteigt ganz außerordentlich den wirklich für die Fahrt erlegten Betrag. Gegenüber einer Vergütung von 13 Pf. für die zweite Klasse ist eine Ersparnis von 4 Pf. vorhanden, ganz abgesehen von Rundreisen und sonstigen ermäßigten Billets. Es ist dies keine Fennigfrage, sondern durch alle Etats zusammen gerechnet und mit den Konsequenzen für den Militäretat summirt sich diese Mehrausgaben zu Millionen. Erst 1875 sind die Zusage der erhöhten, und auch die Entschädigung für Ab- und Zugänge ist sehr reichlich bemessen. Wenn die Zusage der geringeren Entschädigung in einzelnen Fällen, würde es leicht sein durch Verminderung der Zusage der höheren Klassen einen Ausgleich zu schaffen. Ueberdies werden die Zusage der ohne Rücksicht darauf bezahlt, ob Nachtquartier genommen wurde oder nicht. Die jetzige Art der Entschädigung prämiirt die Zahl der Dienstreisen und die Art ihrer Vertheilung auf das Etatsjahr bei den einzelnen Beamten. Der Antrag wird nicht verhindern, daß die Beamten sich im Lande umsehen. Der Umfang der Dienstreisen steht im Allgemeinen sehr mit Ausnahme der Zentralbehörden. Das Ansehen der Beamten in den Augen der Unterbeamten wird durch das gegenwärtige Tarifsystem nicht gerade gefördert. Die Unterbeamten wissen sehr genau zu beurtheilen, ob eine Dienstreise zweckmäßig ist und in welcher Zeit sie zurückgelegt werden kann; sie haben ein scharfes Auge dafür, ob ihre Vorgesetzten etwa darauf ausgehen, einen Vortheil aus der bisherigen Einrichtung zu ziehen. Demnach soll doch wiederum eine erhebliche Herabsetzung der Personentarie der Eisenbahnen stattfinden; um so notwendiger ist also die Inbetrachtungnahme meines Antrags.

Abg. Hahn: Die Deutschkonservativen stimmen der Tendenz des Antrags bei, möchten ihn aber in Bezug auf seine Fassung erst der Verhandlung in der Budgetkommission unterwerfen. Auch wir meinen, daß aus den Dienstreisen keine Einnahmequelle für die Beamten gemacht werden darf. Seit der Verminderung der Kosten des Reisens auf der Eisenbahn ist eine Herabsetzung der Entschädigung durchaus angezeigt, nicht bloß im Interesse der Reichs- und Staatskasse, sondern auch in Rücksicht auf manche Privatpersonen, welche in die Lage kommen, derartige Kosten erlegen zu müssen; so beim Auseinandergehensverfahren. Dagegen sind wir zweifelhaft, ob es richtig ist, bloß die Frage der Kilometerentfernung auf Eisenbahnen und Dampfschiffen in Betracht zu ziehen; auch die Zusage der vielleicht einer Neuprüfung bedürftig, ob sie noch überall auf ihrer richtigen Höhe stehen. Man wird doch den reisenden Beamten auch nicht schlechter stellen wollen, als seine tatsächlichen Ausgaben es bedingen; wir wollen auch nicht, daß sachlich gebotene Dienstreisen aus irgend einer Rücksicht auf die unzulängliche Entschädigung unterbleiben.

Staatssekretär v. Malahn: Die Auffassung des Antragstellers, daß Reisediäten nicht eine Einnahmequelle für den Beamten bilden sollen, wird auch von uns getheilt. Andererseits aber sollen die Entschädigungen einen vollen, ja reichlichen Ersatz der aufgewandten Ausgaben darstellen. Von einer Neigung, möglichst viel Dienstreisen zu machen, haben wir bisher nichts gemerkt; im Gegentheil wirkt besonders bei vorgeschrittenem Lebensalter die Beschränkung mit, die Dienstreisen möglichst einzuschränken. Sollte der Reichstag eine Resolution fassen, welche das gegenwärtige System als der Neuordnung bedürftig erklärt, so würde die Regierung diese in Erwägung zu nehmen haben; ob die Entscheidung im Sinne des Antragstellers ausfallen wird, weiß ich nicht. Mißstände haben sich weder in Preußen noch in den übrigen Provinzen bemerkbar gemacht; es schweben daher auch angeblich Erwägungen in dieser Richtung nicht. Veränderungen, die hier vorgenommen würden, würden auch in Preußen durchzuführen sein. Der Antrag, wie er vorliegt, ist unvollständig; die Entschädigung soll nicht bloß die Kosten für die Bekleidung der Personen, sondern auch des Gepäcks decken und auch darüber noch hinausgehen, als häufiges Reisen auch indirekte Ausgaben durch den Verschleiß der Reise- Utensilien u. s. w. mit sich bringt. Ob die Entschädigung dann im Ganzen billiger sein wird, ist mir sehr zweifelhaft. Von Seiten der Regierungen wird bereits jetzt über das Unzureichende der jetzigen Diäten gellagt.

Abg. v. Strombeck: Mir scheint der Antrag keineswegs eine Schmälerung der Bezüge der Beamten; er bezweckt wohl

bloß, dem vorzubeugen, daß die Beamten hier und da aus den Reisen einen Erwerb machen. Dem kann ich nur vollständig beitreten. Auch besteht im Publikum hier und da der Verdacht, als ob solche Reisen zuweilen unnütz unternommen werden. Diefem Verdacht muß entgegengetreten werden.

Abg. Richter: Ich kann nicht zugeben, daß die Beamten allgemein keine Neigung hätten, mehr Dienstreisen zu machen, als ihnen pflichtgemäß obliegt. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde einmal eine neue Stelle für einen Ober-Landesgerichtsrath abgelehnt, weil man allgemein meinte, die Stelle könne entbehrlich werden, wenn der Präsident des Gerichts nicht so viel reisen würde. In jedem Bezirk kennt man Personen, deren häufige Reisen gar nicht zu erklären wären, wenn sie nicht des pekuniären Nebeninteresses wegen unternommen würden. Das man in der Verwaltung keine Neigung zu Aenderungen hat, ist sehr begreiflich; es wäre das erste Mal, daß eine Herabsetzung von da aus angeregt würde. Auch die Offiziere haben die Notwendigkeit nicht begriffen, die Rationen abzuschaffen für Pferde, die nicht gehalten werden; ähnlich liegt die Sache hier. Das Gesetz spielt heute keine große Rolle mehr. Die Strecken der Postreisen sind heute nur noch ganz minimal. Der Verschleiß der Kleidung und so weiter kann hier nicht herangezogen werden.

Abg. v. Kardorff: Ich bin in der Tendenz auch mit dem Antrag einverstanden, halte aber eine Vorprüfung in der Budgetkommission für unentbehrlich. Ich möchte auf die Währungs- und Bankensfrage zurückkommen, die uns hier gar nicht oft genug beschäftigen kann. Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, daß unser Geldvorrath nicht groß genug ist. Die Interpellation Laur in dem französischen Abgeordnetenhaus hat die Frage wieder aktuell gemacht. Der Finanzminister Rouvier gab dabei eine genaue Antwort über den Geldvorrath der französischen Banken; nach der Nachzahlung der Bank von England vorgezogenen 75 Millionen wird dieser etwa 1200 Millionen Franken gleich 990 Millionen Mark betragen. Wir haben einschließlich der Geldvorräthe der kleineren Banken höchstens 650 Millionen Mark. In Frankreich kommt zu der genannten Summe noch hinzu die fünfjährige Quantität des Silbers, die wir besitzen. Die französische Bank kann nun ungedeckte Noten nach Belieben ausgeben. Die Konstruktion unserer Bank ist in dieser Beziehung eine fehlerhafte. Inzwischen sind Ereignisse vorgekommen, welche zur Prüfung der Frage von Neuem auffordern. Wir haben eine 8 v. H. Anleihe gemacht und Frankreich kurz darauf auch Frankreich ist fünf oder sechs Mal so hoch verschuldet wie wir, aber der Kredit Frankreichs ist doch leichter und besser als der unsrige. Die heutige französische 8 v. H. Rente steht ganz erheblich höher als unsere. Die englische Bank sieht deshalb jetzt auf einem Pulverfaße. Eine solche Situation ist auch für Deutschland eine furchtbar ernste. Wie soll es unter diesen Umständen im Kriegsfall werden? Ein solcher Bankrott der Weltwährung ist noch niemals dagewesen. (Achtung links.) Ja, Herr Bamberger lacht, damit wird aber die Sache nicht besser. Ich habe das protektionistische System liegen sehen, für das ich so lange kämpfte; ich werde auch die Doppelwährung liegen sehen, für die ich nun seit 14 Jahren kämpfe. Wollte nur die Regierung sich einmal ordentlich mit dieser Frage, die gar nicht so schwierig ist, gründlich beschäftigen! Die große Bewegung zu Gunsten des Silbers in Amerika ist nicht von Mineralbesitzern hervorgerufen worden (Achtung links), sondern weil der Preisstand des Getreides mit dem Preis der russischen u. s. w. Valuta in genauestem Zusammenhang steht. Ich würde den Fürsten Bismarck gewiß zu meinen Ansichten bekehrt haben, wenn er nur genügend Zeit für diese Frage übrig behalten und wenn er sie für so wichtig gehalten hätte, wie sie ist. Der Kulturschritt auf diesem Wege halte ich für viel bedeutender, als unsere gesammte sozialpolitische Gesetzgebung und wenn man die agrarischen Zölle beseitigen oder ermäßigen will (Achtung links), dann muß man die Goldwährung aufheben. (Beifall rechts.)

Abg. Bamberger (Dr.): Das Beispiel der französischen Bank hat der Redner zu Anrecht angeführt; die französische Bank ist ebenfalls eine Privatbank, und sie hat nicht mehr das Recht der unbeschränkten Notenemission. Der Goldvorrath der französischen Bank kann doch nur beurteilt werden nach dem Notenumlauf. Bei 900 Millionen Gold laufen 3-4 Milliarden Noten um, bei uns 900 Millionen Noten gegen 500-600 Millionen Goldvorrath. An Stelle des Herrn von Kardorff würde ich die Münzfrage nicht angeregt haben und wenn jetzt darüber debattirt wird, so habe ich keine Schuld daran, sondern Herr von Kardorff, der uns alle Schreden der Zukunft vorgeführt hat. Wir empfinden in Bezug auf die Währungsfrage gar keine Beunruhigung, wir nehmen an, daß die verbündeten Regierungen nicht im entferntesten daran denken, auf diesem Gebiete eine Aenderung eintreten zu lassen. Herr von Kardorff kann schon auf eine gewisse Originalität Anspruch machen, daß er seinen Standpunkt immer noch so eifrig vertritt. (Heiterkeit.) Seit 15 Jahren soll schon die Katastrophe über die Welt hereinbrechen; wir erwarten sie aber vergeblich. Wie würde es uns ergangen sein, wenn wir dem Beispiele Amerikas gefolgt wären? Uebrigens läßt es tief blicken, daß Herr von Kardorff uns bald das französische, bald das amerikanische Beispiel vorhält. (Heiterkeit.) Amerika hat so gewirtschaftet, daß die Silberpreise 20 v. H. gesunken haben! Das Vorgehen Amerikas bezeichnete Herr von Frege als einen Silberwindel eines Ringes, welcher nur möglich sei in einem republikanischen Staate. In Amerika handelt es sich gar nicht darum, richtiges, gutes Geld zu schaffen, sondern die Silberbergwerke besser zu verkaufen, welche nur möglich ist in einem republikanischen Staate. Für Bismarck hat einmal erklärt, daß die Sifirung der Silberverläufe nicht daher rühre, daß er in Bezug auf die Währung umkehren wolle; Herr von Kardorff ist ja bei ihm auch nicht mit seinen Ansichten durchgedrungen, ebensowenig wie ihm dies an anderer Stelle geglückt ist. (Achtung links.) Der Sturz eines großen Hauses in London, welcher unter anderen Verhältnissen die ganze Geschäftswelt berührt hätte, ging vorüber insofern der leicht beweglichen Geldverhältnisse, infolge der Goldwährung. 200 Millionen Mark sind für das Haus Baring als Garantiefonds aufgebracht worden; die Rückzahlung dieses Geldes wird schon vorbereitet und der Zinsfuß steht in London offiziell auf 3/4, in Wirklichkeit auf 1/2 v. H. Der beschränkte Vorrath an Gold mahat bei allen, das Maß der Spekulationen überreichend zu Vorsicht und dann brechen die Spekulant in Schrecken aus; sie möchten so einen Beutel haben, der immerfort Geld hergibt. Durch die Goldwährung haben wir ein gutes Werk geschaffen und daran mitgerührt zu haben wird stets ein erhebendes Gefühl für mich sein. (Beifall.)

Staatssekretär v. Malahn: Der Sturz des Hauses Baring ist nicht wegen der Zurückziehung des russischen Goldguthabens erfolgt, sondern wegen der Verwickelungen in Argentinien. Die Wirkung der russischen Goldguthabens ist auch bei uns schon fühlbar geworden, aber eine Erschütterung unseres Bankwesens ist daraus nicht erfolgt. Der gegenwärtige Zustand unseres Bankwesens ist allerdings ein unvollkommener; die Goldwährung ist nicht vollständig durchgeführt, die Silberverläufe sind nicht worden, als der Londoner Silberpreis auf 50 fiel, während er jetzt 47 steht. Aber die Unvollkommenheit der Münzverhältnisse wirkt nicht in dem Maße schädigend, daß jetzt eine Aenderung derselben angezweigt werden müßte. Seitens der verbündeten

Regierungen besteht nicht die Absicht, irgend eine Aenderung einzutreten zu lassen.

Reichsbank-Präsident Koch: Die Befürchtungen, welche sich an die indirekte Kontingentierung der Notenausgabe geknüpft haben, haben sich als nicht begründet erwiesen. Die Bedeutung des Metallgeldes darf nicht überschätzt werden; denn das Bestreben der Reichsbank ist dahin gegangen, das Zahlungswesen umzugestalten durch die Einführung des Giroverkehrs, welcher im letzten Jahre 79 Milliarden umfaßt hat. Die französischen Noten sind zu 90 pCt., unsere Noten zu 83 pCt. durch Metall gedeckt. Der Goldvorrath ist immer geschätzt worden durch die Diskontopolitik; es brauchte Niemandem Gold verweigert werden, wie dies an der Naal von Frankreich geschähe, welche jede Herbeibringung nach Gold prüft und auch nicht-vollwertige Münzen ausgiebt. Das dürfte bei uns kaum Nachahmung finden. Die Verhältnisse wegen der russischen Guthabens, die sich sehr geändert haben in ihrer Höhe, haben sich erheblich vermindert. Weder der Gold- noch der Silbervorrath bietet irgendwelche Veranlassung unsere Währungsverhältnisse zu ändern. (Beifall.)

Abg. v. Frege (Dr.): Wir wünschen eine erneute internationale Konferenz über die Währungsfrage und eine andere Stellungnahme Deutschlands auf derselben als das letzte Mal in Paris. Es wäre bedenklich, wenn noch andere Staaten zur Goldwährung übergehen würden; dann würde die Goldbede sehr bald zu kurz werden. Die Herren, welche Herr Bamberger vertritt, mögen ja sich über die jetzigen Verhältnisse freuen, aber es giebt große Volkstheile, denen es nicht gleichgültig ist, ob 50 Millionen mehr oder weniger im Volksvermögen vorhanden sind. Ein Punkt ist noch nicht berührt worden, das nämlich das Reich zur Schuldentilgung übergehen soll. Wie kann die Schuldentilgung durchgeführt werden ohne Einführung der Doppelwährung? Denn unsere Banknoten sind doch zum großen Theil durch Silber gedeckt. Für die freie Silberausprägung bin ich nie eingetreten; diese würde allerdings nur der hantto financo zu Gute kommen. Darauf wird der Titel „Staatssekretär“ genehmigt; der Antrag Richter wird der Budgetkommission überwiesen.

Zu Kapitel „Allgemeine Fonds“ befindet sich der Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen aller Art in Höhe von 3 Millionen Mark.

Abg. Buhl: Es verlaudet, daß dieser Fonds nicht mehr ausreicht, um denjenigen Militärinvaliden eine ausreichende Unterstützung zu gewähren, die einen Rechtsanspruch nicht haben. Namentlich aber fehlt es an Mitteln zur Unterstützung von Hinterbliebenen von ehemaligen Militärs der Unterlassen. Da die Unfallversicherung auch den Wittwen und Waisen zu Gute kommt, muß auch die Versorgung der Wittwen und Waisen der Militärpersonen der Unterlassen in Aussicht genommen werden. Bis dies geschehen, muß aus dem Dispositionsfonds Abhilfe geschaffen werden.

Staatssekretär v. Malahn: Die Frage unterliegt schon der Erwägung; an Hinterbliebenen wird aus dem Dispositionsfonds nur in einzelnen Fällen eine Unterstützung gewährt.

Abg. Richter: Ich halte eine dauernde Erhöhung des Fonds aus diesem Grunde nicht für notwendig.

Nachdem Abg. Buhl nochmals für seinen Wunsch eingetreten ist, erklärt

Staatssekretär v. Malahn, daß aus Mangel an Geld noch niemals Unterstützungsgesuche zurückgewiesen worden seien. (Achtung links.)

Abg. Buhl behauptet, daß Gesuche um Erhöhung der Unterstützungen bei erhöhter Erwerbsunfähigkeit zurückgewiesen seien.

Staatssekretär von Malahn: Dann widersprechen die Gesuche wohl den von Seiten der Militärverwaltung dafür aufgestellten Grundfäden.

Generalmajor Epin theilt mit, daß die Zahl der Gesuche eine so große gewesen sei, daß die Militärverwaltung ihre früheren Bedingungen habe verschärfen müssen.

Der Dispositionsfonds wird bewilligt; ebenso die übrigen Ausgaben des Reichschahamts, soweit sie nicht der Budgetkommission überwiesen sind.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Stat.)

Sprecherhaus.

4. Sitzung vom 26. Januar, 12 Uhr.

Am Ministertische: Herrfurth, von Maybach, von Schelling und Kommissare.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Herrn von Borsich: „Ob und welche Maßregeln die königliche Staatsregierung gegen das drohende, ganz außerordentliche Hochwasser mit einem wohl noch nicht dagewesenen Eißgang angeordnet hat.“

Nach kurzer Begründung dieser Interpellation durch den Interpellanten Herr v. Borsich erklärt Minister v. Maybach: Die Staatsregierung hat die Eisküren und Hochwasserfahrten mobil gemacht. Es ist eine Organisation ins Leben gerufen, nach welcher den Oberpräsidenten die einheitliche Leitung der zur Bekämpfung der Gefahren zu ergreifenden Maßregeln übertragen ist nach der Ueberzeugung, daß in diesen Fällen eine einheitliche Leitung eine absolute Nothwendigkeit ist. Der Minister verliest die für die beihelligen Beamten und Behörden erlassene Instruktion und knüpft daran die Mittheilung, daß er am 10. d. M. eine Verfügung erlassen habe, worin er die Behörden aufgefordert habe, mit den erforderlichen Anträgen rechtzeitig an die Staatsregierung heranzutreten. Die eingereichten Gesuchen sind bei allen Strömen bereits in Aktivität und zwar unter Unterstützung durch Militär. Es ist auch auf diplomatischem Wege mit der niederländischen Regierung unterhandelt, dafür zu sorgen, daß die Mündungen der Flüsse freigehalten werden, und es ist von dort eine zusage Antwort gekommen. Nach den der Regierung bisher zugegangenen Nachrichten ist noch keine Ursache, besondere Besorgnisse zu hegen. Es ist zu erwarten, daß die Beamten an Ort und Stelle ihre volle Schuldigkeit thun, die Telegraphenämter haben Tag und Nacht Dienst, um die erforderlichen Nachrichten in jedem Augenblick befördern zu können. Die Regierung hofft, daß der Eißgang verhältnismäßig günstig verlaufen wird, bei dem Rhein, der Weser, Elbe und Oder ist dies mit Sicherheit anzunehmen, bei der Weichsel sind alle Vorkehrungen getroffen. (Beifall.)

Eine Besprechung der Interpellation findet nicht statt. Der Gesuchentwurf, betreffend die Veranziehung der Fabriken mit Wasserkraften für den Wegebau in der Provinz Posen, paßt nach den Vorschlägen der Kommission.

Das Gesetz über die Vereinigung der Insel Helgoland mit der preussischen Monarchie wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß 2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 26. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Gopler, v. Schelling und Kommissare.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Be-

rathung der Novelle zur Kirchgemeinde- und Synodal-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen.

Der Gesetzentwurf wird ohne Diskussion angenommen, ebenso der Gesetzentwurf, betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Kitz.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Emeritierungs-Ordnung für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein.

Es wird zweite Berathung im Plenum beschloffen.

Bei dem folgenden Gegenstande der Tagesordnung, erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des § 79 des Ausführungs-Gesetzes vom 24. April 1878 zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz beantragt Abg. Brandenburg (R.) die Abhebung von der heutigen Tagesordnung. Es liege dem Hause nicht der Entwurf der Regierung vor, sondern der Beschluß des Herrenhauses, der weit über den Entwurf der Regierung hinausgehe und dem Wesen der Amtsgerichte entgegenstehe. Das Haus lehne die Motive des Herrenhaus-Beschlusses nicht.

Der Antrag des Abg. Brandenburg wird vom Hause angenommen.

Der Bericht über die Ausführung von Bestimmungen der Eisenbahn-Verstaatlichungsgesetze wird durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt und ist die Tagesordnung damit erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. Interpellation Motz, betreffend das Auswanderungswesen, Initiativanträge und kleinere Vorlagen. Antrag Korfch, betreffend den Handel mit Lotterielosfen etc.)

Schluß 11¼ Uhr.

Communales.

Der Nothstand in Berlin und der Freisinn.

Der freisinnige Ober-Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Berlin, von Jordan-Red, Freund von Ausnahmefällen, Brunnendeputationen u. s. w., hat in der Nothstandsdebatte, wie schon hervorgehoben, einen verblüffenden Mangel an Kenntniss der tatsächlichen Verhältnisse durch Ignoranz jeder Zahl und jeder Angabe darüber, wie viel tausende Arbeiter in Berlin arbeitslos sind, um Arbeit bitten, hungern und frieren, dargelegt. Aber auch das dürftige Material über Obdachlosigkeit, mit dem allein er dienen konnte, um im Chor mit seinen freisinnigen Genossen Dr. Virchow, Dr. Langerhans, Alexander Meyer, Görwig, der bekanntlich niemals fehlt, wenn es gilt reaktionären Wünschen den Streichhölzer zu halten — ob die Stadtverordneten und Reichstags-Abgeordneten Dornes, Barth und Altshaus an jeder Sitzung sich auch betheiligen, können wir erst nach Erscheinen des stenographischen Berichtes konstatiren — den „Sieg“ über die Bitte von 60 000 Arbeitern um Arbeit zu erröthen, ist so warm-süßlich, daß die Freisinnigen sich allerdings bemühen mußten durch Schluß der Debatte der Minorität, von der Singer und Jubeil sich zum Wort gemeldet hatten, das Wort abzuschneiden. Die Darlegungen bezüglich des städtischen Asyls für Obdachlose durch die freisinnige Majorität zeigen, daß auch auf diesem Gebiete eine Selbstbewunderungslust und bodenlose Heuchelei üppig wuchert. Das städtische Asyl für Obdachlose ist geschaffen, um der gesetzlichen Pflicht der Stadtgemeinde, Obdachlose aufzunehmen, zu genügen. Es ist im Herbst 1882 gebaut, genügt aber seit geraumer Zeit dem Bedürfnisse nicht mehr. Die Zeitschrift, die die Gemeindebehörden Berlins im Jahre 1890 jenseit internationalen medizinischen Kongress überreichten, der mit einem Praktikum über die schädlichen Wirkungen des Alkohols auch auf „gebildete“ Stadt- und Staatswäiter schloß, betitelt sich: „Die öffentliche Gesundheits- und Krankenpflege der Stadt Berlin“. Um zu zeigen, wie sanitär „vortrefflich“ die Stadt für die unglücklichen Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung sorge, die nicht einmal eine Lagerstatt für ihre ermatteten Glieder besitzen, schildert der Bericht auch dies Asyl. Von den Räumlichkeiten, die zur Beherbergung obdachloser Männer bestimmt sind, entwirft der Bericht folgende anmuthende Schilderung: „ein heller, luftiger Korridor durchzieht der Länge nach das Gebäude. Auf diesen Korridor münden zu beiden Seiten je zehn Schlaffäle. Jeder Schlaffaal faßt 60 bis 70 Personen und ist mit ebensoviele hölzernen Lagerprühen ausgestattet. Die Ventilation der Schlaffäle ist eine vorzügliche.“ Diese Schilderung ist — fast vorzüglich im allgemeinen hinreichend gefügt — im Ganzen zutreffend, wenn als Maximalzahl der Aufzunehmenden 1400, d. i. die Zahl, die nach den amtlichen Berichten als Maximalzahl angenommen werden sollte und für die allein bei Errichtung der Lagerprühen Rücksicht genommen ist, verbleibt. Mit Ausnahme der Sonnabende findet im Asyl täglich die „humane“ polizeiliche Kontrolle aller Ankommenden statt. Mit infolge dieses Umstandes suchen am Sonnabend weit mehr als an anderen Tagen Aufnahme nach. Bereits im Etatsjahre 1888/1890 schwankte deshalb die tägliche Frequenzzahl zwischen 250 und 1400.

Seit dem Dezember 1890 überschreitet die Durchschnittsfrequenz an den Sonnabenden weit diese Maximalzahl; sie steigt, wie der Oberbürgermeister selbst verläßt, auf über 2000, während die Frequenzzahl auch an den übrigen Tagen zwischen 1800 und 1500 beträgt! Wie finden diese Menschenmassen in einem Gebäude Raum, das zur Aufnahme von nicht mehr als 1400 männlichen Einzelasylanten erbaut ist? Ganz einfach: Die für 60—70 Personen berechneten Schlaffäle mit der „vorzüglichen Ventilation“ müssen voller gepreßt und die „hellen luftigen Korridore“ mit Strohlager und Menschen belegt werden. Warum hat der hohe Magistrat von diesem ingenieurmäßigem Aufnahmestittel dem internationalen medizinischen Kongress keine Kenntniss gegeben? Warum haben die Dr. Virchow und Langerhans diese Zusammenpferchung unglücklicher Opfer der erbärmlichen Gesellschaftsordnung auf dem Kongress nicht als sanitär vorzüglich anerkannt, die sie durch Einbringung ihres Antrages auf Uebertragung zur Tagesordnung wegen der Ausführungen ihres freisinnigen Kollegen gebilligt haben? Warum die Scham auf dem Kongress, wenn sie nur bis zum damaligen Abschiedstrahl anhält. Aber nicht genug damit. Selbst bei dieser entsetzlichen Zusammenpferchung von Menschen, die mit denselben Menschenrechten geboren, wie die Herren Freisinnigen, ist es unmöglich gewesen, den Strom, der trotz der „humanen“ Polizeikontrolle nach dem Asyl für Obdachlose Eilenden aufzunehmen! An einem einzigen Tage haben hunderte (im Januar 1891) vor den Räumlichkeiten des Asyls Redirt machen müssen, weil der Raummangel im Asyl nicht gestattete, mehr aufzunehmen. Die Armenobstetion hat daraufhin den Magistrat um schnelle Abhilfe ersucht, damit diese Unglücklichen nicht erfrieren müssen. Dies war dem Magistrat vor der Nothstands-Debatte erklärt. Und dennoch erklärte der Herr Ober-Bürgermeister nach Anführung, daß über 2000 Menschen an einem Tage aufgenommen waren: so viel thun wir und sind bereit und im Stande noch mehr zu thun. Wie verträgt sich diese amtliche Erklärung des Herrn freisinnigen Reichstags-Abgeordneten und Ober-Bürgermeisters mit der Wahrheit? Gebt Aufklärung Herr Ober-Bürgermeister. Ist es Ihr Recht als Ober-Bürgermeister, Ihr Recht als Mensch, Hunderte in die Halle und das Gend jagen zu lassen? Mit Ihren freisinnigen Kollegen schlagen Sie rührend in die Seiten zu der alten freisinnigen Melodie: Laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind! Ist es wirklich den Freisinnigen, die bei der Reichstagswahl für das Wohlergehen

des armen Mannes — laßt ihn betteln, wenn er hungert, laßt ihn erfrieren, wenn ihn friert — so lebhaft gestikuliren, unmöglich zu fühlen, wie dem Hungernden, wie dem Frierenden zu Muth ist? Sind die Freisinnigen nicht nur mit ihren Thaten in der Stadtverordneten-Versammlung, sondern auch in ihrem Innern so gefühllos, daß sie nicht zu begreifen vermögen, daß es einen eminenten Fortschritt bedeutet, daß jene 60 000 Arbeitslosen nicht betteln, sondern um Arbeit bitten?

Soviel leisten wir und können noch weit mehr“, deklariren die Herren Freisinnigen. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die Nettokosten für den einzelnen Insassen des Asyls noch nicht einen Groschen betragen. Im Etatsjahre 1888/89 wurden nach dem amtlichen Bericht pro Kopf netto 0,085 M. gezahlt.

Die vorstehenden, amtlichen Berichten entnommenen Zahlen beweisen, daß die Gemeindebehörde Berlins nicht einmal ihrer gesetzlichen und moralischen Pflicht genügt, den eines Obdachlos Entbehrenden für eine Nacht Unterkunft zu gewähren. Und doch, obwohl außer in dem städtischen Asyl noch verschiedene der Privat-Wohltätigkeit ihre Entfalten verdankende Anstalten Tausenden Obdach gewähren müssen; wir erwähnen, daß allein der humane Berliner Asylverein für Obdachlose jährlich über 120 000 Personen nächtliches Obdach und warmes Frühstück unentgeltlich verabreicht.

Also selbst das dürftige Material, das der Herr Oberbürgermeister zur Darlegung des Umstandes anführte, daß die Stadt bereits für Arme Sorge, ist falsch, grundfalsch: die Stadt ist nicht einmal Willens, der gesetzlich ihr obliegenden Armenpflege nachzukommen.

Aber daß die Freisinnigen die Frage: „liegt ein Nothstand vor?“ durch die Frage: „reichen unsere Anstalten zur Aufnahme der Obdachlosen aus?“ ersetzen wollten, zeigt klarer als vieles die Unzulänglichkeit des Willens der Freisinnigen, zu helfen, zeigt klar den Willen der Freisinnigen, Arbeitslosen nicht eher zu helfen, bis sie auch obdachlos geworden und nicht nach Hunderten sondern nach Tausenden auch Nachts frierend und hungernd unter freiem Himmel zubringen müssen. Es wollen die Liberalen der Gemeindeverwaltung den furchtbaren Nothstand nicht anerkennen, der infolge der großen Arbeitslosigkeit hier herrscht. Sie wollen ihn nicht anerkennen, weil sie keinen Anlaß auf ihre herrliche Verwaltung, in der an allen Ecken und Enden die Zeichen völliger Unzulänglichkeit hervorgucken, geworfen sehen wollen. Deshalb auch das angestrichelte gemeinlichliche Verbot, von Schäden, die Gemeindefunktionen zu Ohren gekommen sind, (wie der Stadtschulrath Vertram geschmackvoll unter Beifall der in einer Selbstverwaltung sitzenden freisinnigen Stadtverordneten sagte) „aus der Schule zu plündern“. Nun — wer zwei Tage nach der Nothstandsdebatte die Straßen Berlins zu passieren hat, sah und spürte auch ohne Ausplündern selbst in den am besten gepflegten Straßen Berge von Schnee und Dreck und Meter lange und breite Schmutz-Wasserpfützen, die die Passage fast unmöglich machten. Ob gerade deshalb an diesem Tage Herr von Jordan-Red, Herr Dr. Virchow und Herr Dr. Langerhans das Reichstags-Gebäude nicht betreten? Das doch der Wornurff seitens der übrigen Reichstags-Voten so nahe: warum laßt Ihr den Schnee und Dreck nicht fort schaffen, wie wohl sechzigtausend Arbeitslose ihre Arbeitskraft Euch angeboten haben?

Die Liberalen der Gemeindeverwaltung wollen den herrschenden Nothstand nicht anerkennen, weil sie in der statt einer Bettelei vorgebrachten Ansprache um Arbeit ein Zeichen dessen erblicken, daß die Arbeiter von der liberalen moralischen Rückgratbeugung nicht ergriffen sind, die ergebnislos Bauchrücken vor Mächtigeren und hochmüthiges Jertreten der Schwächeren mit der Menschenwürde notwendig verknüpft erachtet. Es lassen die Herren Liberalen die Ansprache nach Arbeit. Arbeit zu fordern zeigt zu wenig Ariebelei: Laßt sie betteln gehen, laßt sie den Weg der Bettelei beschreiten — fordern die Freisinnigen — die eine „berechtigte Forderung“ des Klassenstaats ist. Wie sagte Stadtschulrath Vertram neulich unter frenetischem Jubel der Liberalen? Der Unterschied zwischen Arm und Reich darf nicht vermischt werden.

Die Liberalen der Gemeindeverwaltung wollen den Nothstand nicht anerkennen, weil sie mit Furcht und Schrecken sehen, daß auch die Arbeitslosen noch Männer und daß die Arbeitslosen wissen, daß ihre Arbeitslosigkeit die natürliche Folge der heutigen kapitalistischen Produktionsweise ist. Dohren, die Ihr glaubt, durch brutale Abweihung der Forderung um Arbeit das Wesenst verschleichen zu können, das Euch täglich und nächtlich vergißt, das Gespenst des rothen Sozialismus. Daß der Sozialismus kein Gespenst, sondern eine sehr reelle fräftige Macht ist, deren Ziele der Gang der ökonomischen Entwicklung zur Verwirklichung bringen wird, wird auch Euch zugleich mit der Erkenntnis klar gemacht werden, daß weder der Polizeibüffel noch der Gemeindefunktions-Ideen zu tödten vermag. Kennt Ihr jenen alten Vers:

Die Weltgeschichte in ihrem Lauf
Fällt weder Ede noch Esel auf.

Tokales!

„Volkshelme“ betitelt sich die neueste Errungenschaft, welche die moderne Volkserziehungswissenschaft gezeitigt hat. Im „Volkshelme“ befindet sich darüber folgendes:

„In neuester Zeit machen gewisse gemeinnützige Unternehmungen, die ganz besonders den ärmeren Ständen zu Gute kommen, viel von sich reden und werden allgemein zur Nachahmung empfohlen. Es sind die sogenannten Volkshelme. Sie sind ein sprechender Beweis für die freundliche Gesinnung und das Gefühl der Verpflichtung unserer Gebildeten und Besitzenden gegenüber den breiteren Schichten des Volks.“

Der harmlose Leser wird sich unter „Volkshelme“ gewiß ein Institut vorstellen, das dem arbeitenden, obdachlosen, darbdenden Volk alles das bietet, was unsere modernen sozialen Verhältnisse ihm grausam verweigert haben. Für Diejenigen, welchen der Begriff der „Volkshelme“, wie sie von den Vereinen für Volkshelme in Dresden, Halle und Leipzig (in letzterem für 340 000 M.) errichtet worden sind, noch etwas nebelhaft erscheinen sollte, bemerken wir, daß diese sogenannten Wohlthätigkeits-Asyle monumentale Baumwerke sind, in denen der entbehrliche Arbeiter Alles das vorfindet, was er nicht brauchen kann und Alles das nicht vorfindet, was er durch die Ungunst der Zeitverhältnisse leider ohnehin entbehren muß.

Bildstube, Lesezimmer und auch freie Vorträge sollen dazu dienen, dem Proletariat nicht etwa Milch, Butter und Fleisch, wohl aber die Milch der frommen Denkart zugänglich zu machen. Inm, um gerecht zu sein, billige Speisen“ sind dort wohl erhältlich. Die Schwierigkeit ist nur, daß der Arbeiter unter den künftigen Dänen keinen Mangel übrig hat, um sich in einem Restaurationsaal Fleischspeisen zu leisten. Die stad ihm bei der Protektionwirtschaft der letzten Jahre selbst am eigenen Herd schon unerschwinglich. Bleibt also außer der geistigen Nahrung nur übrig die wahrhaft grandiose Einrichtung der Billardtische und Kegelbahnen. Sie sind mit weißer Vorhaut ausgefüllt, damit der Lesender die nicht genossenen Speisen und Getränke durch zwanglose Bewegung geschickig verdauen kann. Kurz, die freundliche Gesinnung der Besitzenden hat sich in der Errichtung der Volkshelme in großartiger Weise betätigt. Betrachten wir noch ein wenig die Einrichtung der Unterrichtsstuden und der inhaltreichen Bibliotheken, so finden wir, daß in ersterem ein Geist waltet, der mit dem der Aufklärung soviel gemein hat, wie die Sonne mit dem Reich der Finsternis. In den Bibliotheken und Lesesälen sollen Werke von Marx und Lassalle noch nicht gefunden worden sein, aber die Erbauungs-

traktäthen der sozialmonarchischen Partei und neuerdings die Bewerkliteratur.

Natürlich sind die Volkshelme gerade für die Kerne der rechten Entertien haben und einen lichten Schimmer über der entbehrlichen Menschheit verbreiten. Daher ist für alle diese Wohlthätigkeiten der Preis der vierteljährigen Mitgliedschaft auf 50 Pf. festgesetzt.

Wie sagt doch Juvenal: „Difficile est, satiram non scribere“ (Es ist schwer, eine Satire zu schreiben).

Wir brauchen wohl im Ernst nicht auszuführen, daß das stützende Volkshelme nicht im Geringsten den Volkshelme-fahrts-Einrichtungen, wie sie uns als Ideal vorschweben, entspricht, freuen uns aber, daß dieses unser Ideal durch die Einrichtung der „Volkshelme“ als Bedürfnis anerkannt ist. In Wahrheit ist das Institut, auf das die bürgerliche Wohlthätigkeit mit prahlendem Stolz hinweist, ein modernes Klauhaus für spezialbürgerliche Christen. Denn hauptsächlich dienen solche Institute hauptsächlich der antisozialistischen Agitation, und begreifen wir daher leicht, daß die Verbreitung dieser Einrichtungen zur Nachahmung wärmstens empfohlen und von renommierten Wohlthätigkeitskreisen durch freiwillige Schenkungen begünstigt wird. Als nächster arbeitshelmebedürftiger Ort ist Hamburg anzuersuchen worden. Beneidenswerthe Proletarier der Elbestadt!

Kassenärzte. In der ersten Beilage des „Vorwärts“ vom 18. Januar d. J. wird ein „unbeheuerliches Vorkommniß“ berichtet, welches an folgende Publikation der „Deutschen Volkszeitung“ — Welfenblatt — vom 19. Januar 1888 erinnert:

(Zur Steuer der Wahrheit.) In einem hiesigen Blatte (Hannover) war gestern zu lesen: „Der im städtischen Asylhause am Dohmeyerwege untergebrachte Arbeiter Carl Nedemann dessen Ehefrau sich gegenwärtig in der Entbindungskasse befindet verließ am Sonntag Morgen seine Wohnung und wurde am Nachmittag fast erfroren in der Buchholzer Feldmark aufgefunden. Der dem Tode Nahe, ein ausgesprochener Liebhaber der Schnapsflasche, wurde zunächst nach Dr. Buchholz und von dort nach dem städtischen Krankenhaus transportirt.“

Mit Bezug hierauf wird uns geschrieben: „Mangel oder Ueberfluß an Ärzten? Die Gefährdung eines Menschenlebens verdient zur Warnung eine öffentliche Marierung. Der Arbeiter Carl Nedemann (in der Obermann'schen Fabrik), seit einiger Zeit wegen Obdachlosigkeit im Asylhause bei Knefelde untergebracht, dessen Frau gegenwärtig sich in der Entbindungskasse befindet, war seit acht Tagen erkrankt. In den letzten Tagen hatten sich die Krankheitserscheinungen, besonders das Fieber, zu beachtlicher Höhe gesteigert und als wiederholte Aufforderungen den Kassen- oder Armenarzt nicht vernommt hatten, sich persönlich von dem Zustand des Kranken zu überzeugen, requirirt ein Freund des Nedemann am Freitag Abend einen anderen Arzt, der dann eine schwere Entzündung feststellte und dem erkrankten Hauswirthler des Asyls empfehlen ließ, den Kranken ständig zu überwachen oder in ein Krankenhaus zu überführen. Am anderen Morgen (Sonntag) stellte sich heraus, daß Nedemann in seinem Fieberdelirium in der Nacht entwichen war. Sonnabend Mittag wurde der nur mit einem Hemde bekleidete Kranke in vollkommen bewußtlosem und erstarrtem Zustande bei Groß-Buchholz zufällig gefunden, wo dann leider der verfehlte Versuch gemacht wurde, den erfrorenen Menschen am Ofen „anzubauen“. In diesem Zustande endlich gelangte er zur Aufnahme in das städtische Krankenhaus und ist bald darauf verstorben. Nach der Publikation erschien der Kassenarzt in großer Aufregung und fragte nach dem Namen des Einsenders. Die Redaktion verweigerte die Antwort auf diese Frage und bat stat dessen um eine Berichtigung, die nicht ein-gerichtet wurde.“

Die „goldene Jugend“, der in Chauvinismus, Wohl-patriotismus und Strebertum erzogene Nachwuchs unserer Volksgelie, die zukünftigen Stützen vom Allen, was heilig ist — der Proletariat natürlich — feierte vor einigen Tagen seine Orgien in der genugsam bekannten Weise. Beehrt wurden die deutschen, patriotischen Jünglinge und Männer von einer Anzahl von Vätern, unter denen wir als hervorragende Leuchten erwähnen den Ex-Golprediger und ferner den muthigen Träger preussischer militärischer Zivilisation nach dem dunklen Erdtheil, den schneidigen Dr. Carl Peters. Spasthaft ist es nun, zu welchen Tränen die deutschen Jünglinge und Männer sich in einem Begrüßungs-telegramm an den „Nationalheros“ verfliegen haben. Tasselt laute:

„Die heute zur Feier des 20 jährigen Bestehens des Deutschen Reiches und des 10 jährigen Bestehens des Vereins deutscher Studenten in der „Philharmonie“ versammelten deutschen Jünglinge und Männer können diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne dem deutschen Hero, welcher unser zersplittertes Vaterland durch seine unergleichen Staatskunst zu einigen und auszubauen verstand, in Liebe und Dankbarkeit ihre ehrfurchtvolle Huldigung darzubringen. Wir gedenken der Zeit vor zehn Jahren, da Ev. Durchlaucht den Flügelschlag neuen nationalen Geistes in der akademischen Jugend mit seiner Sympathie begrüßte, und geloben in dieser Stunde auf's Neue unablässig aufopfernde Arbeit im Dienste des nationalen Gedankens getreu dem Vorbild, daß durch Ev. Durchlaucht gegeben ist. Gott schütze unser Vaterland.“

In einer zweiten Telegrammadresse an den Grafen Molke gaben die nationalen Jünglinge und Männer ihren unerschütterlichen patriotischen Gesühlen Ausdruck, indem sie „den Lenker unserer Schlachten in drei glorreichen Feldzügen, dem getreuen Poladin ebenfalls die „ehrerbietigsten Grüße und Huldigungen darbrachten. Ganz aller idealen Bestrebungen, im Speicheldien und Schweifwedeln ihr Element findend, das charakteristischer unserer akademischen Jugend und wirkt gleichzeitig ein Schlaglicht auf die Weitesarmuth der Gesellschaftsklassen, aus welchen dieselbe hervorgegangen ist. Man vergegenwärtige sich dagegen einmal den frischen Jug, der durch das Evidentium wehte in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts bis zum Jahre 1848, als das Bürgerthum eben noch selbst Ideale hatte.“

Das Projekt der Verbreiterung der Gertraudenstraße, der Straße „Am Spittelmarkt“ und eines Theiles der Breiten- und Scharrenstraße wird die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer nächsten Sitzung beschließen. Nach dem von der städtischen Bau-Deputation aufgestellten und von dem Magistrat genehmigten Entwurfe soll die Bauachselinie auf der Nordseite der Gertraudenstraße, zwischen Breitenstraße und Gertraudenbrücke und die Bauachselinie auf der Nord- und Südseite der Straße „Am Spittelmarkt“ so abgeändert werden, daß eine Straßbreite von 22 m erzielt wird. In Verbindung hiermit soll die östliche Bauachse der Breitenstraße für die Grundstücke 22 und 21 und die südliche Bauachse der Scharrenstraße für das Grundstück 23 soweit zurückgelegt werden, daß erstere Straße eine Breite von ebenfalls 22 m und letztere eine solche von 11 m an der betreffenden Stelle erhält. Durch Abänderung der Gße Breiten- und Gertraudenstraße würde dort eine Breite von 24 m entstehen. Bezüglich der Ausführung dieser Verbreiterung bleiben spätere Beschlüsse der städtischen Behörden vorbehalten, für jetzt kommt es nur darauf an, die neuen Bauachsenlinien auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege zur Feststellung zu bringen.

Ein Streik der Schuhmacherschaft ist soeben noch etwa achtwöchiger Dauer beendet worden; derselbe richtete sich freilich nicht gegen die „hohe Obrigkeit“, sondern gegen die Direktion der Großen Pferdebahn-Gesellschaft und fand seinen Abschluß mit dem Siege der Streikenden. Ueber die Ursache und den Verlauf dieser Bewegung theilt eine hiesige Lokal-Korrespondenz Folgendes mit: Die hiesigen Schuhleute hatten nämlich bisher bei der Pferdebahn-Gesellschaft die Vergünstigung, für monatlich

3 R. Abonnementsgeld drei verschiedene Pferdebahnen nach Wahl benutzen zu können. Vor zwei Monaten nun forderte die Pferdebahn-Gesellschaft, daß diese Abonnenten sich verpflichten sollten, falls der Innenwagen besetzt, auf den Perron Platz zu nehmen, eventuell sich auf den „Deck“ zu begeben. Sei auch hier kein Platz, so müßten die Benutzten gegen andere Passagiere zurücktreten und auf den nächsten Wagen warten. Die Polizeibeamten gingen auf diese Forderungen nicht ein, und die Vor-geleiteten riefen ihnen Untergebenen, Pferdebahnfahrten nach Möglichkeit unter diesen Umständen zu vermeiden. Nachdem seit acht Wochen die Tramways von unserer Polizei fast gänzlich gemieden worden waren, hat sich nunmehr vor wenigen Tagen die Direktion der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft bereit erklärt, den fraglichen Passus zu streichen und Schulpfente wieder als „vollberechtigte“ Passagiere aufzunehmen.

Wie sich die Herstellung und die Verbreitung des Koch'schen Mittels in der Zukunft gestalten werde, ist jüngst im Einzelnen in der „Apoth. Ztg.“ erörtert worden. Es hieß dort u. A.:

„Was die Herstellung des Mittels anbetrifft, so würde die künftige gepulverte Erzeugung desselben voranschreitend keine künftige Monopolisirung einschließen, wohl aber wird eine exakte künftige Kontrolle etwaiger privater Erzeugungsanstalten einzuführen sein.“

Kugenscheinlich ist danach in den Kreisen der Apotheker die Anschauung verbreitet, als ob demnächst neben dem Laboratorium von Dr. Libbert noch andere entstehen werden, die sich mit der Herstellung der Koch'schen Lymphe beschäftigen werden. Diese Annahme ist aber irrig; zum wenigsten liegt es nicht in der Absicht der preussischen Staatsregierung und der Betheiligten, in der jetzt bestehenden Einrichtung der Fabrikation und des Betriebes eine Veränderung eintreten zu lassen. In diesem Sinne sind neuerdings, wie die „Münchener Allg. Zeitung“ mittheilt, die bayerischen Interessenten beschieden worden, als sie in Berlin um Auskunft darüber ersuchten. Das bayerische Staatsministerium hat nämlich alsbald, nachdem Prof. Koch sein Mittel dem Kaiser zugänglich gemacht hatte, mit dem preussischen Staatsministerium ein Abkommen getroffen, wonach bestimmte Mengen der Koch'schen Lymphe in bestimmten Zwischenräumen an die Universitätskliniken und die drei größten Stadtkrankenhäuser in Bayern abgegeben werden. Man wird bei genauer Erwägung der einschlägigen Verhältnisse auch zugeben müssen, daß vorerst nicht auf die jetzt bestehenden Einrichtungen geändert werden können. Das Koch'sche Mittel gehört zu denjenigen, welche mit der heftigsten Wirkung auf den Organismus ausüben; dabei fehlt es hier jetzt noch ganz an einer Methode zur Prüfung, ob es den notwendigen Anforderungen entspricht, während in der Pharmakologie von jedem einzelnen Arzneimittel bestimmt ist, welche Eigenschaften es haben muß, wenn es als Medikament abgegeben wird. Die einzige Gewähr, welche man jetzt für die Brauchbarkeit der Koch'schen Substanz hat, ist eben die Kontrolle, welche Professor Koch von sachkundigen Vertrauensmännern üben läßt. Aus diesen Gründen werden sich die Kurgäste und Heilanstalten vorerst überhaupt nicht dazu bereit finden, das Mittel anderswoher als aus dem Libbert'schen Laboratorium zu entnehmen. Wenn die „Apoth. Ztg.“ weiterhin in Aussicht stellt, daß das Koch'sche Mittel demnächst den Apotheken in Vertrieb gegeben werden soll, so drückt sie damit wohl eher einen Wunsch der Apothekerkreise aus, als daß sie die einschlägigen Thatsachen in Rechnung zieht. Ueberhaupt ist es sehr zweifelhaft, ob das Koch'sche Mittel unter den jetzt bestehenden Bedingungen, besonders so lange es an ungenügenden Prüfungsmethoden fehlt, in die Apotheken eingetragener werden kann. Wider den Vertrieb durch die Apotheken spricht auch der Umstand, daß das Mittel, zumal verdünnt, nicht lange Zeit brauchbar bleibt. Schließlich kommt in Betracht, daß der Zwischenhandel das Heilmittel vertheuern würde. So lange in dem Vertriebe des Koch'schen Mittels, wie feststeht, nichts geändert wird, ist auch vorläufig nicht zu erwarten, daß dasselbe an die Apotheken abgegeben werden wird.

Ein veranantlicher Wirbelschmerz erholte sich vorgestern Abend bald nach 6 Uhr und brauchte mit unwiderstehlicher Gewalt über Berlin hinweg, zahlreiche Veränderungen während der Nacht anrichtend. Gleich einer der ersten Windstöße erfasste Schilber, Transparents und andere, an Häusern angebrachte Gegenstände und zertrümmerte dieselben. In der Jägerstraße wurde das große Transparent an einem Vermietungsgelotz aus seinen Angeln gehoben und auf Trottoir und Damm geschleudert, daß es zerplitterte. Ebenso erging es einem großen profitorischen Hotelschild an der Ecke der Kronen- und Friedrichstraße. Glücklicherweise wurden Passanten nicht gefährdet. Dachziegel, Dachrinnen und Anderes wurden auf die Straßen geschleudert — es war ein Unwetter, wie es in Berlin seit langer Zeit nicht erlebt. Im Thiergarten, namentlich in der Umgebung der Felten, wüthete der Sturmwind in den Baumanlagen derartig, daß gestern früh zahlreiche armdicke Äste überall verstreut lagen; gleich stark wurden die städtischen und privaten Baumanlagen vom Sturm mitgenommen. Wie immer bei elementaren Zwischenfällen hat das über Berlin verbreitete Telephonnetz stark gelitten. Viele Drähte sind zerissen, andere derartig gebogen worden, daß die Leitungen zum Theil gestört und der Betrieb beeinträchtigt ist. Personen scheinen während des schweren Wetters glücklicher Weise nicht zu Schaden gekommen zu sein.

Die Wasser sind mit überraschender Geschwindigkeit gekommen, wie denn überhaupt alle bedeutenden Ereignisse den Menschen in der Regel unvorhergesehen zu überfallen pflegen. Aus dieser Beobachtung mag das „Rästel“ der Orientalen entstanden sein. Die Natur liebt wie eine junge Dame die Veränderung — von ihrem ewigen Wechsel ist schon so viel und so oft gesprochen worden, daß sich ein abermaliges Eingehen auf diese Dämon kaum verlohnt. Genug, auf den Schnee und Frost ist urplötzlich milde Witterung mit Tauwetter gefolgt, daß Berlin nur so schwimmt. Gewankt werden lebendig an jene Zeit, da Koch in seiner berühmten Kirche auf den Wassern schwamm, oder an jene Zeit, da die norddeutsche Tiefsee noch ein großes Meer war, in welchem sich Händer und Hering sehr behaglich tummelten: der Boden hob sich, das Wasser aber stieß zur Höhe ab — nun, man merkt in diesen Tagen des Thauens, in welchen selbst der verschlossene Mensch vor lauter Bewunderung über all die Wässer aufstaut, von jenem Wasserabfluß ungemein wenig. Sehe man doch nur die angelegten Straßen Berlins an — es sind die reinen Kanäle, oder die Kläse — es sind die reinen oder vielmehr unreinen Seen. Ein trockenes Kläse sucht man vergebens. Wir haben eine Kanalisation mit einem weit verzweigten System von großen und engen Röhren, aber wie die Kläsefelder endlich übersättigt werden und den Dienst versagen, so sind auch jene im Hundsmüden so voll geworden, daß das Wasser oben bleibt und den Gedanken an die unfruchtbare Zeit oder das norddeutsche Meer weckt. Die Passage von einem Bürgersteig zum andern ist etwas schwierig geworden, und eigentlich müßte sofort eine Anzahl hervorragender Beckenhauer in Dienst gestellt werden, um der nothleidenden Menschheit zu Hilfe zu kommen. Aber wer weiß, wenn diese Stellen gelesen werden, daß die Natur der Natur wieder frost absendet und all das Kläse in ein starres Eis verandelt worden. Nicht unerwähnt dürfte eine solche Metamorphose erscheinen, denn das Wasser durch Kanäle, Tümpel und Seen, und das Drogen des Oberkörpers durch die von Sächern und Trausen herabstürzenden Wassermassen gehört zu jenen Unannehmlichkeiten im menschlichen Leben, welche die festesten Basillen des Nervenorgans nützen. Eine gewisse Trockenheit ist nun einmal erforderlich, wenn der Humor nicht ausgehen soll.

Siehe Blätter melden, daß ein Komiker P. kürzlich durch den Reiter eines Wirthshauses herausgerufen wurde, da ihn ein Herr zu sprechen wüchse. Draußen sei er dann durch einen

Polizeibeamten verhaftet und der Kriminalpolizei vorgeführt worden. Dasselbe ist er gefragt worden, wo er sich in den Monaten Juni und Juli v. J. aufgehalten habe, und schließlich bis zum nächsten Tage in dem Polizeigewahrsam festgehalten worden, ohne daß ihm auf sein Verlangen mitgetheilt worden sei, um was es sich handle. Erst am nächsten Morgen um 10 Uhr habe der dem P. persönlich bekannte Polizeirath der Kriminal-Abtheilung ihm mitgetheilt, daß er unter dem Verdacht gefangen habe, die Frau Wende ermordet zu haben, aber nunmehr als unschuldig erkannt worden sei.

In der letzten Nacht ist in der Behrenstraße ein Einbruch verübt worden, bei welchem den Dieben mehrere Tausendmark Scheine in die Hände gefallen sind.

Polizeibericht. Am 24. d. M. Morgens versuchte eine Frau in ihrer Wohnung in der Urbanstraße sich mittelst aufgelösten Phosphors zu vergiften. Sie zog sich jedoch nur leichte innere Verletzungen zu und wurde auf Anordnung des herbeigerufenen Arztes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Am demselben Tage Nachmittags wurde an der Bellealliancestraße die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche eines Mannes aus dem Wasser gezogen und nach dem Schanzenkauf geschickt. — Zu derselben Zeit wurde ein Mann von unbekannter Person wegen seines ungebührlichen Benehmens aus einem Schanklokal in der Großen Frankfurterstraße gewaltsam entfernt und erlitt dabei eine schwere Verletzung des linken Fußes, so daß er mittelst Drohkete nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Abends fiel ein Mädchen vor dem Hause Oranienstraße 97 auf dem behufs Regung von Wasserrohren aufgerissenen Bürgersteig zu Boden und brach ein Bein. Es wurde nach Anlegung eines Nothverbandes nach der Charite gebracht. — Am 25. d. M. wurde ein Dienstmann an der Ecke der Rheinstraße und Ewinemünderstraße schwer erkrankt aufgefunden und nach der Charite gebracht. — Mittags fiel ein sechsjähriger Knabe beim Spielen am Nordufer nahe der Ueberführung der Stadtbahn in den Spandauer Schiffsahrtskanal. Er wurde bewußlos aus dem Wasser gezogen und nach der Wohnung seiner Eltern gebracht, wo der Arzt den bereits eingetretenen Tod des Kindes feststellte. — Am 24. und 25. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden acht Brände statt. Außerdem wurde die Feuerwehre am 25. d. M. Vormittags gerufen, um den infolge des Thaumeters bedeutend überschwemmten nördlichen Fahrdamm der Straße Unter den Linden vor dem Hause Nr. 72/73, wo die Kanalisationsröhren eingefroren waren, vom Wasser zu befreien.

Theater.

Wallner-Theater. Wer die Feder in die Hand nimmt, um für die Öffentlichkeit zu schreiben, der müßte doch, sollte man meinen, den Leuten auch wirklich etwas zu sagen haben; sei es, daß er irgend eine Idee vor dem Publikum entwickeln will, sei es, daß er seinen Hörern nur einen Scherz erzählen will. Und wer für die Bühne „dichtet“, wer ein „Küßspiel“ schreiben will, der wird doch sogar mehrere Ideen, mehrere Scherze in Bereitschaft haben müssen — sollte man eben meinen. Weit gefehlt, sprechen die Küßspielmacher von der Qualität des Herrn Adalbert Stöckel, dessen „Adonis“ am Sonntag Abend zum ersten Male im Wallner-Theater aufgeführt wurde. — weit gefehlt! Wasu braucht man Ideen oder dergleichen? Das Rezept ist viel einfacher: Man nimmt, damit die Personen dem Publikum keine Wechenschaft zu geben brauchen, warum sie auf der Bühne erscheinen und warum sie davon weg und wie die Kämmer durcheinander laufen, einen möglichst neutralen Schauplatz, also einen „Baldort“ oder noch besser ein Hotel in solchem Orte, oder am allerbesten: den Platz vor dem Hotel des Baldortes. Da können die Personen kommen und gehen, wie sie wollen, können thun und lassen, was ihnen gefällt. Nun nimmt man zwei bis drei Liebespaare, giebt die dazu gehörigen Eltern bei, sorgt dafür, daß die jungen und die alten Leute auf der Bühne sich fortwährend misshandeln, so daß sie erst im letzten Akte erfahren, was der Zuschauer schon im ersten bald nach dem Aufgange des Vorhanges weiß, und — das „Drama“, das „Küßspiel“ ist „gemacht“; was etwa sonst noch dabei geredet wird, ist ja gleichgültig. — Das ist es in diesem Falle in der That, und gleichgültig ist dem Publikum vom ersten Akte an Alles, was da oben auf den Brettern vorgeht. In derselben Zeit, in welcher außerhalb des Theaters alle Welt sich mit den ernsthaftesten Fragen beschäftigt, ladet man die Leute für drei Stunden in den Zuschauerraum, um ihnen in dieser langen Zeit verständlich zu machen, daß man ihnen — nichts zu sagen hat; und man entläßt sie, ohne sie auch nur wenigstens ein bißchen erheitert zu haben. — In solchem Falle hat der Kritiker auch nicht mehr die Pflicht, etwas zu sagen; er kann höchstens sein Bedauern ausdrücken, daß die vorortlichen Künstler des Wallner-Theaters, besonders die Herren Gimig, Alexander, Reihner und Theodor Müller sich mit derartigen Nichtigkeiten haben abgeben müssen. Das Publikum hat sich am Schluß des dritten Aktes, nachdem hinter den Kulissen ein Lied gesungen worden war. Statt des Sängers erschien der Verfasser des „Adonis“, um sich für den Applaus zu bedanken.

Gerichts-Beitrag.

Vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich der Drechsler Hildebrandt wegen Veranlassung des Berliner Polizeipräsidiums zu verantworten. Derselbe soll in einer öffentlichen, am 21. Juli 1890 abgehaltenen Drechslerversammlung, in welcher Herr Nautenberg über unsere Stellung zur Rohabewegung referirte, in der Diskussion sich dahin geäußert haben, daß sich die Polizei in den Dienst der Unternehmer und Innungen gestellt habe und daß sogar ungesetzliche Verhaftungen und andere Uebertretungen seitens der Polizei vorgekommen seien, nur um dem Unternehmertum schiefgefällig zu zeigen. Der als Zeuge vorgeladene Polizeileutnant behauptet, daß der Angeklagte die betreffenden Worte gebraucht habe und er selbst auch von den Worten des Angeklagten den Eindruck empfangen habe, daß er der Polizei direkt den Zwang, sich den Unternehmern gefällig zu ergeben, untergeschoben habe. Ein zweiter Zeuge bekundet, daß ihm und zwei Genossen der Zutritt zum Leichter Bahnhof verweigert worden sei, und zwar ohne jeden rechtmäßigen Grund, lediglich zu verhindern, daß ihm (den Zeugen) und seinen Genossen die Möglichkeit geboten werde, ihre nach Hamburg gelockten Kollegen über den wahren Sachverhalt in Bezug des Damburger-Rauverzeihs aufzuklären. Ein zweiter Zeuge, welcher bekundet, daß er, trotzdem er mit einem Bilet versehen war, auf Veranlassung des Maurermeisters Vöhring aus Die königliche Staatsanwaltschaft erhält trotzdem die Anzeige dem Kommissar herausgeholt sei, und zwar aus demselben Grunde wie beim ersten Zeugen angegeben ist, nicht erschienen. Herr Rechtsanwalt Feine, beantragt die Verurteilung der Sache sowie Ladung von noch zwei Zeugen, welchen Antrag, trotz der Erklärung der Staatsanwaltschaft, daß diese Beweis- aufnahme für die Sache durchaus nicht von Belang sei (!) angenommen wird.

Zwei jugendliche Räuber, deren Verwegenheit weit über das Maß des Gewöhnlichen hinausgeht und an die Kühnheit italienischer Briganten erinnert, fanden gestern in den Personen des 15-jährigen Otto Jedihli und Arthur Kufschihli vor

dem Schwurgericht des Landgerichts I. Die gegen sie erhobene Anklage lautet auf räuberischen Ueberfall und gemeinshaftlichen schweren Diebstahl, und zwar handelt es sich um jenes nächtliche Raubattentat gegen die beiden Dienstmädchen des Restaurateurs Schwarze in der Mauerstraße, welches wegen der fabelhaften Dreistigkeit der dabei betheiligten Verbrecher im Dezember v. J. allgemeines Aufsehen erregte. Die Kriminalpolizei war zunächst geneigt, die ganze Geschichte von diesem Raubattentat für ein Phantasiegebilde der beiden Dienstmädchen zu halten, sie hat sich aber bald überzeugt, daß sie auf Wahrheit beruht. Die beiden Angeklagten, welche wegen Diebstahls eine dreimonatliche Gefängnisstrafe in Stummelsburg verbüßt hatten, waren mit 7 M. in der Tasche am 1. Dezember v. J. entlassen worden. Schon am 2. Dezember hatte Jedihli, welcher früher in dem Schwarze'schen Weichbier-Lokal, Mauerstr. 76, als Hausdiener thätig war, versucht, einen Bekannten zum Raubzug zu überreden, dieser lehnte die Betheiligung ab, dagegen erklärte sich Kufschihli sofort dazu bereit. Das Weichbier-Lokal des Herrn Schwarze liegt im Quergebäude des Hauses Mauerstraße 76. Der erste Angeklagte wußte, daß man vom Hofe aus leicht in den Keller und von hier aus auf einer kleinen Treppe in das Lokal gelangen kann. Ihm war auch bekannt, daß die Mädchen in einer kleinen Kammer schliefen, die neben der im Keller belegenen Restaurationstische lag. Am Abend des 4. Dezember vor 10 Uhr schliefen sich die beiden Angeklagten in das dem Schwarze'schen Lokal benachbarte Haus, hielten sich dort in einer Laube verborgen und beobachteten dort noch die letzten Gänge ihres Raubplanes. Sie hatten die Absicht, die Ladenkasse im Lokal zu erobern, wenn sie aber nichts fanden, die beiden Dienstmädchen heimzusuchen. Um dieselben event. am Schreien zu verhindern, hatten sie sich Taschenmesser mitgenommen, aus welchen sie die Haken herausgetrennt hatten und welche sie den Mädchen schlammigen Falls in den Mund stopfen wollten. Um 1 Uhr Nachts stiegen die beiden Verbrecher über den Gartenzaun in das Schwarze'sche Haus und fanden bald den Weg in das Billardzimmer. Die Kasse war verschlossen, es wurde aus dem Keller eine Art geholt und als man die Kasse erbrochen hatte, fanden die Spitzhaken nur eine Uhr vor, welche sie an sich nahmen. Da ihre Hoffnungen hier gänzlich vereitelt waren, ging es an den zweiten Akt: den Besuch der beiden Dienstmädchen. Mit der Art begaben sie sich in den Keller, nachdem sie eine Lampe angezündet und dieselbe so mit Papier umwickelt hatten, daß dieselbe, nach Art der Blendlaternen, das Licht nur nach einer Seite warfen. In dem Keller fanden sie Windfäden, aus welchem sie eine Schlinge drehten, um die Mädchen eventuell zu erwürgen. Die Art wurde an die Mädchenhülle gesteckt. Als sich die Mädchen an dem Koffer der Mädchen zu schaffen machten, erwachte das ältere Mädchen, die 43-jährige Wilhelmine Schieler und sah nun zu ihrem Entsetzen zwei fremde Kerle, die den Hut tief in das Gesicht gezogen hatten, in der Kammer. Sie rief in ihrer Angst den Namen des anderen Mädchens, worauf der eine Angeklagte mit dem Ruf: „Geld her!“ auf dasselbe loskam, es bei der Gurgel packte und aus Welt niederbrückte. Als das Mädchen dann noch einmal zu schreien versuchte, wurde ihr der Mund zugestopft, sie hörte die Drohung: „A. . . ich mache dich kalt!“ und merkte, daß ihr die Schlinge um den Hals geworfen wurde. Es gelang ihr noch, die Hand zwischen die Schlinge zu bringen und nochmals das andere Mädchen, die 29-jährige Auguste Berom, zu rufen, welches denn auch erwachte. Man zwang Jedihli auf sie zu und schlug sie mit der Faust auf den Kopf, sodas sie in die Kissen zurückfiel. Als sie wieder zu sich kam, sah sie, daß der eine der Verbrecher an ihrem Bett stand und ihr mit erhobener Art drohte, sie tödt zu schlagen, falls sie sich nicht ganz ruhig verhalte. Sie fragte nun ängstlich, was sie denn eigentlich wollten, und erhielt die Antwort: „Wir sind Schlosser und brauchen Geld, weil wir unsere Schlafstelle bezahlen müssen! Wo Geld her!“ Kufschihli packte die Berom alsdann bei der Hand und nöthigte sie durch fortwährendes Bedrohen mit Todtschlagen, anzukommen und ihre gesammte Baarschaft in Höhe von 10 M. 50 Pf. herzugeben. Auch die Schieler wurde durch die Todesangst bewogen, ihre Portemonnaie aus der Kleidertrappe zu holen und den Inhalt in Höhe von 1,50 M. den Eindringlingen auszuhandigen. Diese sorgten dann noch nach etwa vorhandenen Spartassenbüchern und als der Besitz solcher verneint wurde, wandten sie sich zum Gehen. Den Angeklagten Kufschihli überlam dabei ein menschliches Rähren; er reichte dem jüngeren, wie Spinnenlaub zitternden Mädchen die Hand und meinte ganz treuherrig: „Na, adieu Kleine! Entschuldigen Sie mir die Belästigung, aber es ging nicht anders. Wenn ich was verdienen, sollen Sie Ihr Geld wieder haben!“ Die beiden Mädchen, die sich immer so stellten, daß die Mädchen ihnen nicht ins Gesicht sehen konnten, erkundigten sich dann noch in aller Gemüthsruhe, ob die Mädchen nicht einen Hausschlüssel besäßen, und als dies verneint wurde, verschwanden sie schleunigst. Sie haben dann den Weg ins Freie dadurch wieder gefunden, daß sie den einen Kiegel der Hausthür zurückgeschoben und das Schloß durch gewaltsames Anziehen beider Flügel nach innen aufsprengten. — Wenige Tage darauf waren die beiden Verbrecher in der Gewalt der Kriminalpolizei. — Die Angeklagten, welche von den Rechtsanwälten Dr. Halle und Landberg verteidigt wurden, waren im Allgemeinen geständig, doch bestritten sie die Absicht gehabt zu haben, die Mädchen schlammigen Falls zu erwürgen oder zu erschlagen. Bezüglich des Geburtsjahres des ersten Angeklagten, welcher behauptete, zur Zeit der That noch nicht 18 Jahre alt gewesen zu sein, ergaben sich Bedenken, welche noch weitere Nachforschungen nöthig machten.

Bei der Beweisaufnahme in der Verhandlung schilderten die beiden überfallenen Mädchen recht anschaulich die entsetzliche Situation, in welcher sie sich befanden, als sie beim Erwachen sich plötzlich den beiden fremden Kerlen gegenüber saßen. Das ältere Mädchen hat noch etwa 14 Tage lang den Schmerz an der Stelle gefühlt, welche der Angeklagte Jedihli zugedrückt versetzt hatte. Weiteren Schaden an ihrer Gesundheit haben die Mädchen nicht genommen. Die Jüngere derselben ist die Wittibgewesene gewesen; sie hat, nachdem sie den augenblicklichen Schreck überwunden hatte, wenigstens versucht, die beiden Mardgesellen darüber auszuforschen, auf welche Weise sie ins Haus und in die Mädchenkammer gekommen sind, sie hat sich auch bemüht, die Gesichter der Eindringlinge zu sehen, was ihr aber doch nicht gelungen ist. Sie erzählt ganz treuherrig, wie sie aus purer Angst dem Angeklagten Kufschihli zum Abschiede die Hand gegeben, als dieser ihr sein Beileid ausgedrückt, da er ja wisse, wie schwer sich arme Dienstmädchen ihre Sparsamkeit verdienen müssen. Der Hauptschuldige scheint der erste Angeklagte gewesen zu sein. Der Restaurateur Schwarze erklärte, daß er denselben seiner Zeit wegen Faulheit und ausgesetzten Hanges zum Schlandrian habe entlassen müssen. Wie zur gerichtlichen Anzeige gelangte, ist dieser viel versprechende Bursche auch noch in Untersuchung wegen eines in der Mittelstraße und wegen des beim Restaurateur Großkopf in der Bellealliancestraße ausgeführten Einbruchdiebstahls. — Da Jedihli, der vielleicht in der Untersuchungsausschussbefragung darüber bezeugt sein mag, daß bei einem Verdreher unter 18 Jahren die Strafe milder ausfällt, dabei blieb, daß er nicht im Jahre 1872, wie es in den Akten heißt, sondern erst im Jahre 1873 geboren sei, so wurde Kriminalkommissarius Dam in damit beauftragt, sofort weitere Nachforschungen nach dieser Richtung hin anzustellen. Derselbe konnte nur feststellen, daß in allen polizeilichen Akten das Jahr 1872 als Geburtsjahr bezeichnet war. Unter diesen Umständen blieb dem Gerichtshof nichts weiter übrig, als die Fortsetzung der Verhandlung auf Donnerstag zu verlagern und inzwischen auf telegraphischem Wege den Geburtschein des Angeklagten einzufordern.

Das Hochwasser.

Hamburg, 20. Januar. Auf der Elbe ist noch schmerzliches Treiben, welches durch die Springfluth von den Ufern losgerissen ist. Der Barometer ist wieder im Steigen. Für die Schiffe ist die größte Vorsicht geboten.

Holzminden, 20. Januar. Die Weser ist bereits weit über die Ufer gestiegen und führt große Mengen Eis mit sich. Bei dem starken Westwinde ist ein weiteres Steigen zu erwarten.

Bochum, 20. Januar. Aus dem Ruhrgebiet werden große Ueberschwemmungen gemeldet, besonders aus Witten, Hattingen, Steele, Ruhrort und Duisburg. Alles in der Nähe der Ruhr ist überschwemmt.

Bochum, 20. Januar. Das Hochwasser überschwemmt das Ruhrthal. Hattingen ist gefährdet. Das Eis beginnt sich in Bewegung zu setzen.

Köln, 20. Januar. Bei fortwährendem frischen Winde hält das Thauwetter an; der Regen hat aufgehört, zeitweise bricht die Sonne durch. Das Bürgermeisters-Amt macht auf bevorstehendes Hochwasser aufmerksam, das den hiesigen Werften drohe, und verbietet, daselbst Wagen aufzustellen.

Köln, 20. Januar. An den Werften werden alle Gaslaternen entfernt und Eisbrecher sowie Eisabweiser zum Schutze der Lagerhallen errichtet. Am rechten Rheinufer treibt das Eis aus der Sieg, sonst ist der Rhein hier frei von Eis. Heute Mittag zeigte der Pegel 1,40 Meter Rheinhöhe, ein Anwachsen um 0,77 Meter seit gestern Abend. — Bei Koblenz trieb das Bahn-Eis vorbei. Trier meldet starken Eisgang. Trier meldet starken Eisgang. Bei Bacharach steht das Eis noch, das Wasser wächst. Bei Bingen stehen Rhein- und Bahn-Eis noch fest. — Bei Duisburg hat sich heute Morgen das Eis in Bewegung gesetzt, darauf aber wieder gestillt.

Köln, 20. Januar. Durch den Eisgang sind die Eisenbahnstrecken Homberg-Ruhrort, Beuel-Vonn und Lindern-Heinsberg unterbrochen. Das Eis der Nahe ist heute Vormittag aufgegangen; ebenso hat sich das Uhr-Eis und bei Saarlouis das Saar-Eis in Bewegung gesetzt.

Köln, 20. Januar. Der Rhein ist bei Köln um einen Meter gestiegen. — Das Eis der Ruhr hat sich gestern in Bewegung gesetzt; das Hochwasser scheint schlimmer als im November werden zu wollen. Pioniercommandos wurden nach Herbingen, Düsseldorf, Duisburg, Hochfeld und Hamm berufen, um überall Eisprengungen vorzunehmen. Obgleich der Rhein 5 Meter steigen kann, ehe er aus dem Bett tritt, so wird doch allgemein Hochwasser befürchtet, so daß fast in sämtlichen rheinischen Städten die Uferbewohner zur Vorsicht gemahnt werden.

Köln, 20. Januar. Das Eisgebiet zwischen Telgte und Rheine ist überschwemmt. Der Einbruch der Provinzialbrücke bei Telgte wird befürchtet. Lippe und die Steveriederung in der Gegend von Haltern sind überschwemmt. Im Münsterlande wiederholen sich allenthalben die November-Katastrophen. Brücken werden fortgeschwemmt und Bahndämme durchbrochen. Heute tritt die Flut bedeutend zurück. Das Eis des Niederrheins von Wesel bis nach Holland ist ohne Unfall abgetrieben. Um 9 Uhr morgens hat sich das Eis des Rheins bei Emmerich wieder gestellt.

Köln, 20. Januar. Auf Mosel, Saar, Sauer, Nahe, Ruhr, Wupper, Berre, Lippe, Ems und Aa hat der Eisgang begonnen. In Elberfeld, Münster in Westfalen und Gelsenkirchen sind die Straßen überschwemmt. Das Rheineis hat sich nach kurzer Bewegung bei Ruhrort wieder gestellt. Der Rhein und seine Nebenflüsse sind in starkem Steigen begriffen. Die Bahnstrecke Lindern-Heinsberg ist durch Hochwasser gesperrt.

Köln, 20. Januar. Der Rhein ist seit gestern um 1,25 Meter gestiegen. Die Mosel steht seit 6 Uhr Morgens. In Trier beträgt der Wasserstand, nach der „Köln. Ztg.“, 3,32. Starker Eisgang, das Wasser fällt. Wupper und Sieg haben bei der gestrigen Ueberschwemmung große Verheerungen auf dem ganzen Flußgebiet angerichtet. Das seit gestern Abend eingetretene leichte, klare Frohweiser wirkt hemmend auf ein allzu starkes Anwachsen des Rheinstromes. Aus Weh meldet man der „Köln. Ztg.“ In die Saar- und Moselgegend bis Trier wurden 16 Pionierabtheilungen der Meher Garnison berufen.

Mainz, 20. Januar. Das Rheineis und Main-Eis setzt sich soeben in Bewegung. Das Wasser steigt rapid. Gefahr wird jedoch nur für den Niederrhein befürchtet.

Weh, 20. Januar. Aus der hiesigen Garnison sind sechs-zehn Pionier-Bataillone in die von Hochwasser bedrohten Saar- und Moselgegenden abgegangen.

Speyer, 20. Januar. Der Oberrhein ist vollständig eisfrei. Das Wasser fällt langsam. Nachmittags 1 1/2 Uhr wurde die Eisenbahn-Schiffbrücke wieder eingefahren.

Brüssel, 20. Januar. Berichte aus den Provinzen melden, daß die Ueberschwemmungen überall arge Verwüstungen anrichten. Auch in mehreren Vorstädten von Brüssel ist der Sennelack ausgebrochen. Das Wasser ist noch im Steigen begriffen. Den durch das Wasser abgesperrten Bewohnern werden mittelst Nachen Lebensmittel zugeführt.

Paris, 20. Januar. Seit zwei Tagen treiben auf der Seine gewaltige Eisklößen. Gestern wurde ein Waschhaus auf der Seine vom Treibeise ergriffen. Kaum hatten sich die zwanzig darin beschäftigten Waschfrauen und die Familie des Wäschereibesizers gerettet, als das Haus versank.

Gooslar, 20. Januar. Die Schneemassen des Harzes, plötzlich schmelzend, schufen eine Ueberschwemmung der Niederungen. Die Chaussees sind meilenweit überfluthet. Der Verkehr ist aufs Neue in empfindlichster Weise gestört.

Soziale Uebersicht.

An alle Bauhandwerker und Bauarbeiter Berlins!

An die Anschläger, Wapphalter, Bauarbeiter, Brunnennmacher, Bautischler, Penalarbeiter und Gießer, Dachdecker, Einsteher, Gas- und Wasserrohrlager, Glaser, Klempner, Maler, Maurer, Parkettbodenleger, Puffer, Schlosser, Schmiede, Schornsteinfeger, Steinmetze, Steinträger, Studenreiter, Tapezierer, Telegraphen- und Telefonarbeiter, Töpfer, Zimmerer und Ziegler, und alle noch und oben aufgeführten Arbeiter der Baugewerbe richte ich folgenden Aufruf! Die heutige Zeit macht einen engeren Zusammenschluß aller der Arbeiter notwendig, die durch gleiche Verhältnisse mit gleicher Noth bedrückt werden. Die besonderen Verhältnisse Berlins, die mit denen in keiner anderen Stadt zu vergleichen sind, verlangen außerdem noch ganz besonders, daß die hiesigen Arbeiter sich unter einander verständigen und vereinigen.

Die Bauhandwerker Berlins sind eine der wichtigsten Körperschaften in der Arbeiterbewegung, und haben viele gemeinsame Interessen.

Da aber nun wohl bald ein allgemeiner gewerkschaftlicher Kongress berufen werden wird, ist es nöthig, daß auf diesem die Berliner Bauhandwerker als ein Ganzes auftreten, um sachgemäß ihre Interessen zu wahren, damit diese nicht, wie schon häufig, mißachtet und verkehrt werden, woraus dann Uneinigkeit und Spaltungen entstehen.

Auch das Vorgehen der Bau-Unternehmer und Meister der Baugewerbe, die vor einigen Tagen einen gemeinsamen Verein gegründet haben, der sich sehr leicht, wie alle Unternehmervereine, gegen die Arbeiter richten kann und wird, mahnt uns, mit einander Fühlung zu nehmen.

Ich lade also alle Bauhandwerker Berlins und der nächsten Vororte zu einer Delegirtenkonferenz am Sonntag, den 15. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, ein. Das Lokal wird noch bekannt gemacht werden.

Ich ersuche alle zum Bauhandwerke zu zählenden Arbeiter je nach ihren Branchen zu diesem Delegirtenstage der

Berliner Bauhandwerker je nach der Größe des Gewerbes einen bis höchstens drei Delegirte in öffentlichen Versammlungen schleunigst ohne Verhinderung der Fachvereine, Verbände oder Zahlstellen der Verbände zu wählen. Der Delegirtenstag wird seine Tagesordnung und seine Geschäftsordnung selbst festsetzen; auch, wenn die Angelegenheiten am 15. Februar in der einen Versammlung nicht erledigt werden sollten, über weitere Versammlungen der Delegirten beschließen lassen.

Nach geschäpener Wahl der Delegirten zeige man dem Unterzeichneten das Ergebnis bald an, damit demnach die Größe des erforderlichen Lokals bestimmt werden kann.

Auf, Bauhandwerker Berlins, zum Delegirtenstage, am Sonntag unter uns herzukommen!

Mit solidarischen Gruß und Handschlag
Carl Thieme, Vertrauensmann der Töpfer Berlins,
Berlin N., Ruppinerstr. 8.

Zur Aussperrung der Schreiner in Mainz. Die Situation hier am Ort ist, soweit sie den guten Geist der Aussperrten, sowie die Hartnäckigkeit der Fabrikanten betrifft, dieselbe wie vor drei Wochen, nur die Zahl der Streikenden ist auf 200 gestiegen. Die Herren geben sich redlich Mühe, den Angriff zu beschönigen, und behaupten, nur die Konkurrenz zwinge sie zu solchem Vorgehen (Verlängerung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde und 5 pSt. Lohnabzug). Daß dieser Grund nicht stichhaltig ist, ist längstens festgestellt, daß es aber in solchem Fall gerade der ohnedies gedrückte Arbeiter sein müßte, der das Defizit deckt, vermögen wir nicht einzusehen. Wir wissen, was auf dem Spiel steht; und wenn es uns gelingt, wie bisher, den Zugang fern zu halten, dann ist der Sieg unser, denn trotz aller Bemühungen ist es den Fabrikanten nicht gelungen, fremde Arbeitskräfte zu gewinnen, und sie sind ihrem Ziel auch nicht um Fingersbreite näher gekommen. Ihre Hoffnung, die Schreiner von Mainz würden in diesem Kampf insolge der schweren Opfer, welche die deutsche Arbeiterschaft in diesem Jahre zu bringen gezwungen war, allein stehen, ist kläglich gescheitert, und die Herren werden bei dieser Gelegenheit erfahren, was eine gute Organisation bedeutet. Wenn man in den Kampf zieht, rüßt man sich, wird man aber überfallen, wie es hier der Fall ist, dann verdoppelt man seine Kräfte, und die Sympathie, welche uns von allen Seiten entgegen gebracht wird, ermuntert uns, auszuhalten bis zum Neuzug. Darum, Arbeiter allerwärts, unterstützt uns, indem Ihr den Zugang fernhaltet. — Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Schreiner Mainz.

Nach amtlichen Erhebungen betrug die Gesamtzahl der verheiratheten Frauen, welche Mitte August 1890 im Deutschen Reich in gewerblichen Betrieben beschäftigt waren, etwa 130.000. Davon entfielen auf die Spinnerinnen etwa 18.200, auf die Fingeleisten etwa 8000, der Rest mit nahezu 104.000 auf die übrigen Fabriken und den diesen gleichgestellten gewerblichen Anlagen. Von den letzteren kamen auf Preußen nahezu 43.000, auf die übrigen Bundesstaaten etwa 61.000. Innerhalb Preußens waren die verheiratheten Frauen in Fabriken am zahlreichsten vertreten in den Regierungsbezirken Breslau und Posen mit je etwa 6000, Düsseldorf mit gegen 4000, Frankfurt a. O. mit 3700 und die Stadt Berlin 3500. Weniger als je 500 Frauen waren beschäftigt in den Regierungsbezirken der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen sowie in den Regierungsbezirken Ostpreußen, Ansbach, Bamberg, Coblenz, Trier und Saarlautern. Von den übrigen Gebieten des Deutschen Reichs beschäftigte die meisten verheiratheten Frauen (21.900) das Königreich Sachsen. Es folgt Bayern mit etwa 11.100, Baden mit 8000, Groß-Hohenzollern mit 5000, Württemberg mit 4800, sowie die thüringischen Staaten mit 3900. Von der letztgenannten Zeit entfallen auf Meuß a. und j. L. allein 3387.

Die Zahl der Bergarbeiter der Erde befreit sich auf rund 1 1/2 Millionen. Rechnet man zu diesen noch rund 4 Millionen Eisen- und sonstige Metallarbeiter, die von der Kohlenproduktion direkt abhängen, so ergibt sich daraus, von welchen verheerenden Folgen ein allgemeiner Bergarbeiter-Streik begleitet werden könnte. Es war daher mehr als eine Ehrensache, wenn Jules Guesde auf dem letzten Sozialistenkongress in Lille erklärte, daß mit einer großen Arbeitseinstellung der Bergleute die soziale Revolution beginnen werde. Denn nicht Gold und Silber sind die Träger unserer Kultur, sondern Kohle und Eisen. Ohne Eisen keine Werkzeuge und keine Maschinen, ohne Kohle kein Eisen und kein Dampf. Der millionenarme Riese „Dampf“ erlahmt sofort, wenn die Kohlenleute nicht die Hände rühren. Die größte Kohlenproduktion hat England aufzuweisen, dann folgen die Vereinigten Staaten, Deutschland, Belgien, Oesterreich, Frankreich und Rußland. Der Intenstität des Betriebes seiner Minen ungefähr entsprechend beschäftigt England die größte Anzahl Kohlenarbeiter, 835.000, die nordamerikanische Union rund 800.000, Deutschland 285.000, Belgien rund 100.000, Oesterreich ebenfalls rund 100.000, Frankreich 90.000, Rußland 44.000. In Deutschland ist das Hauptgebiet das Ruhrbecken mit über 100.000 Arbeitern, Ober- und Niederschlesien mit 49.000, das Saarbecken mit 38.000, das Königreich Sachsen mit 26.000 Kohlenarbeitern. Dazu kommen noch die kleineren Bezirke. Wie man sieht, sind es ganz gewaltige Arbeitermassen, mit denen im Falle eines „Weltausstandes“ zu rechnen wäre.

Veranstaltungen.

- Gauverein Berliner Goldhauer.** 1. Geschäftliches. 2. Beratung des neuen Stellenvermittlungsgesetzes (Vermittlung auf Wunsch). 3. Verschleudern.
- Naturhistorischer Verein.** Abends 8 1/2 Uhr, in Brauer's Königsplatz, Schönhauser-Allee 10-11. Vortrag des Herrn Jul. Kunze über die Heimathier in der Naturgeschichte.
- Eis- und Dichterkinder.** „Herrsch.“ Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Lutz, Herderstraße 44. Gäste willkommen. — „Omnia in unum.“ Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Steiner, Köpenickerstr. 22. Gäste willkommen. — „Kantionsverein.“ „Fassler.“ Abends 8 1/2 Uhr, Mariannenstraße 21 bei Töpfer. Gäste haben Zutritt. — „Proletariat.“ (Dantow). bei Herold, Schulstraße 25. — „Johannes Webber.“ Abends 8 1/2 Uhr im Lokale von Schöde, Urbanstraße 51. Männer und Frauen als Gäste willkommen. — „Hofenleider.“ Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Spohr, Rappanier Allee 25. Gäste willkommen.
- Gesang-, Turn- und gefellige Vereine.** Gesangverein „Anacron.“ Dienstag, Abends von 9-11 Uhr, bei Wehner, Annenstr. 10. — Männer-Gesangverein „Kunze.“ (Moabit). Abends 8 1/2 Uhr, bei Oettermund, Verlegerstraße 28. — Gesangverein „Bruderschaft.“ Straußbergerstraße 11, bei Wirt, Abends 8 1/2 Uhr. — Prolet-Theaterverein „Kecia.“ Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schumann, Rappanierstr. 44. Gäste willkommen. — Theaterklub „Gelmeling.“ Abends 8 1/2 Uhr in Danf's Restaurant, Tempelhofer Ufer 13, Ecke der Großbierenstraße. — Vergnügungs- und Theaterverein „Romso.“ Abends 8 1/2 Uhr bei Böger, Grüner Weg 29. Gäste willkommen. — Vergnügungs-Verein „Nordlicht.“ Abends 8 1/2-11 Uhr, bei O. Sperting, Götlicherstr. 27. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Vergnügungs-Verein „Räuber.“ Abends 8 1/2 Uhr bei Bernth, Verlegerstraße 17. Gäste willkommen. — Vergnügungs-Verein „Wapph.“ Abends 8 1/2 Uhr, bei Zimmermann, Brunnensstr. 11. Gäste willkommen. — Verein „Gymnast.“ 27er. Abends 8 1/2 Uhr, im Königshof-Kaffee, Polmakstr. 72. — „Mausklub.“ Gäste willkommen. — Vergnügungs-Verein „Wapph.“ Abends 8 1/2 Uhr, im Victoria-Kaffeehaus, Verlegerstraße 12. — Vergnügungs-Verein „Blad.“ Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Walt.“ Schönhauserstr. 1. Gäste willkommen.
- Arbeiter-Vergnügungs- und Gesangsvereine.** Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Walt.“ Schönhauserstr. 1. Gäste willkommen. — Gesangverein „Wapph.“ (Moabit). Abends 8 1/2 Uhr, bei Oettermund, Verlegerstraße 28. — Gesangverein „Bruderschaft.“ Straußbergerstraße 11, bei Wirt, Abends 8 1/2 Uhr. — Prolet-Theaterverein „Kecia.“ Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schumann, Rappanierstr. 44. Gäste willkommen. — Theaterklub „Gelmeling.“ Abends 8 1/2 Uhr in Danf's Restaurant, Tempelhofer Ufer 13, Ecke der Großbierenstraße. — Vergnügungs- und Theaterverein „Romso.“ Abends 8 1/2 Uhr bei Böger, Grüner Weg 29. Gäste willkommen. — Vergnügungs-Verein „Nordlicht.“ Abends 8 1/2-11 Uhr, bei O. Sperting, Götlicherstr. 27. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Vergnügungs-Verein „Räuber.“ Abends 8 1/2 Uhr bei Bernth, Verlegerstraße 17. Gäste willkommen. — Vergnügungs-Verein „Wapph.“ Abends 8 1/2 Uhr, bei Zimmermann, Brunnensstr. 11. Gäste willkommen. — Verein „Gymnast.“ 27er. Abends 8 1/2 Uhr, im Königshof-Kaffee, Polmakstr. 72. — „Mausklub.“ Gäste willkommen. — Vergnügungs-Verein „Wapph.“ Abends 8 1/2 Uhr, im Victoria-Kaffeehaus, Verlegerstraße 12. — Vergnügungs-Verein „Blad.“ Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Walt.“ Schönhauserstr. 1. Gäste willkommen.
- Arbeiter-Vergnügungs- und Gesangsvereine.** Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Walt.“ Schönhauserstr. 1. Gäste willkommen. — Gesangverein „Wapph.“ (Moabit). Abends 8 1/2 Uhr, bei Oettermund, Verlegerstraße 28. — Gesangverein „Bruderschaft.“ Straußbergerstraße 11, bei Wirt, Abends 8 1/2 Uhr. — Prolet-Theaterverein „Kecia.“ Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schumann, Rappanierstr. 44. Gäste willkommen. — Theaterklub „Gelmeling.“ Abends 8 1/2 Uhr in Danf's Restaurant, Tempelhofer Ufer 13, Ecke der Großbierenstraße. — Vergnügungs- und Theaterverein „Romso.“ Abends 8 1/2 Uhr bei Böger, Grüner Weg 29. Gäste willkommen. — Vergnügungs-Verein „Nordlicht.“ Abends 8 1/2-11 Uhr, bei O. Sperting, Götlicherstr. 27. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Vergnügungs-Verein „Räuber.“ Abends 8 1/2 Uhr bei Bernth, Verlegerstraße 17. Gäste willkommen. — Vergnügungs-Verein „Wapph.“ Abends 8 1/2 Uhr, bei Zimmermann, Brunnensstr. 11. Gäste willkommen. — Verein „Gymnast.“ 27er. Abends 8 1/2 Uhr, im Königshof-Kaffee, Polmakstr. 72. — „Mausklub.“ Gäste willkommen. — Vergnügungs-Verein „Wapph.“ Abends 8 1/2 Uhr, im Victoria-Kaffeehaus, Verlegerstraße 12. — Vergnügungs-Verein „Blad.“ Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Walt.“ Schönhauserstr. 1. Gäste willkommen.

Straußbergerstr. 2. — Männer-Gesangverein „Schiffhorn.“ Uebungsst. 23 bei Wiese, Moabit 9 Uhr. — Gesangverein „Wapph.“ in Friedrichshagen, Restaurant „Walt.“ Verlegerstraße, Abends 8 1/2 Uhr. — Gesangverein „Kunze.“ Köpenickerstr. 22 bei Müller. — „Prolet- Gesangverein.“ „Gymnast.“ bei Wirt, Straußbergerstr. 2.

Develchen.

Köln, 20. Januar. Aus Sofia wird der „Köln. Ztg.“ gemeldet: Die von russischen Blättern geläuterten Zweifel an der Angabe, daß der mehrerwähnte Kaluschkow, welcher als Mitschuldiger im Panha-Prozess vor Gericht gestellt und auf Verlangen Rußlands ausgeliefert wurde, zur nihilistischen Partei gehört, obgleich er ständige Beziehungen zum russischen Gesandten Sitkrow unterhielt, werden demnach durch Veröffentlichung der bei Kaluschkow vorgefundenen Briefe gestreut werden.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefe, die nicht beantwortet werden können, werden nicht ertheilt.

Erhalten von dem Verein: Lehrkurs für erste Hilfe bei Unglücksfällen 7,50 M. für Herrn Otto Jacoben, Tempelhoferstr. 9, Hof 3 Tr. Das Geld ist abgeliefert den 22. Januar 1891. J. M. Nautenberg, Drechsler.

G. M. Witsche. 31,20 M. laut Postschein für die ausgesperrten Arbeiter abgefordert. Vom Genossen Ruffow 15,50 M., Vohl 0,50 M., 8 Buchränder, Viertisch 2,40 M., von Weber 3 M., aus der Schneelampe durch Hartleb 10 M., 31,40 M., ab Porto 0,20 M., Summa 31,20 M.

J. Cuvrhrstr. Der Bericht ging uns von einem sonst zuverlässigen Reporter zu und war bereits abgesetzt, bevor wir Ihren Bericht erhielten. Ihr Bericht ist daraufhin vernichtet worden. Wir stellen Ihnen anheim, tatsächliche Irrthümer dem von uns veröffentlichten Bericht zu berichtigen.

100. Wir haben bis jetzt nichts erhalten.
N. S. 66. 1. Wir haben keinen Kalender von 1886 zur Hand und können daher Ihre Frage nicht beantworten. 2. Es bedürfen zur Vertheilung der Zustimmung Ihrer Mutter.

J. S. Balkisadenstraße. 1. Nur ein aktiver Soldat bedarf zur Vertheilung der Genehmigung der Militärbehörde. 2. Eine zweite derartige Klasse besteht nicht. 3. Das Naturalisationsgesuch eines Rußen hat zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg. Wir rathen Ihnen, gar nicht erst den Versuch zu machen.

F. R. Die Wittne hat, wenn nach dem Tode ihres Mannes Jemand stirbt, den ihr Mann an sich erbirt haben würde, auf diesen Nachlaß kein Recht.

Chrlsch. Sie müssen Ihren Klub, da derselbe als politischer Verein angesehen ist, der Polizei anmelden und ein Statut nebst Mitglieder-Verzeichniß einreichen.

G. W. 10. 1. Es giebt keine gesetzliche Bestimmung, wonach der Vormund des unehelichen Kindes oder dessen Mutter den Vater des Kindes von der erfolgten Geburt innerhalb einer bestimmten Frist benachrichtigen muß. 2. Wegen Schulden des Mannes dürfen die von der Frau in die Ehe eingebrachten Sachen nicht gepfändet werden. Geschicht dies doch, und giebt der Gläubiger, nachdem er hierzu aufgefordert und ihm das Eigentumsrecht der Frau durch eidesstattliche Versicherungen glaubhaft gemacht ist, die Pfandstücke nicht frei, so kann die Frau die Interventionsklage anstrengen.

W. B. Fordern Sie bei der nächsten Mietzahlung unter Vorlegung des zurückgelassenen Briefes mit Originalkupon den Betrag zu einer Erklärung auf, ob er sie zum 1. April ziehen lassen will. Bejaht er dies nicht, so klagen Sie beim Amtsgericht mit dem Antrage, Ihre Berechtigung, am 1. April zu ziehen, festzustellen.

S. E. 11. Wenn der Wirth nicht innerhalb 8 Tagen seit Empfang der verspäteten Kündigung gegen deren Gültigkeit protestirt hat, so ist dieselbe rechtsgiltig.

P. W. 48. Ihre Frage ist unklar. Wenn der Kläger in zweiter Instanz rechtskräftig abgewiesen ist, so muß er die sammtlichen Kosten tragen und die dem Gegner erwachsenen Kosten beider Instanzen auch dann erstatten, wenn ihm das Armenrecht bewilligt war.

S. S. Streiberstr. Der Prinzipal kann das einer Verkäuferin gegebene Weihnachtsgeschenk richtiger Ansicht nach nicht zurückfordern. Doch ist dies bei den Gerichten freitrag.

G. R. 4. 1. Ein rein geistlicher Verein braucht nicht polizeilich gemeldet zu werden. 2. Flotwell war Minister unter Friedrich Wilhelm IV.

P. Z. 10. 1. Wenn die Generalversammlung des Vereins Auskunft über den Inhalt der Vorstandssitzung verlangt, so ist der Vorstand solche zu geben verpflichtet, nur auch, falls dies verlangt wird, das betreffende Protokoll zur Kenntniß der Versammlung bringen. 2. Wir können darüber keine Auskunft geben.

Zwei Weibchen S. 1. Lohnarrest ist auf Grund eines Zahlungsbefehls nur zulässig, wenn erstere wegen einer Alimentenforderung der Ehefrau oder der ehelichen Kinder ausgedrückt ist. Dagegen kann Geld bei dem Schuldner jederzeit gepfändet werden, auch wenn dasselbe von der letzten Lohnzahlung herrührt. 2. Wenn einmal fruchtlos gepfändet ist, so kann der Gläubiger die Zwangsvollstreckung jederzeit wieder durch den Gerichtsvollzieher vornehmen lassen. 3. Es kommt ganz darauf an, um was für ein Seminar es sich handelt.

S. Z. Für die Frage, ob Jemand der einen oder anderen Klasse der Altersversicherung angehört, ist nicht sein wirklicher Arbeitsverdienst, sondern, wenn er einer Ortsklasse angehört, die Höhe des ordentlichen Tageslohnes entscheidend. Einer höheren Lohnklasse kann er nur mit Zustimmung des Arbeitgebers beitreten. In dieser Zustimmung kann der aber nicht gezwungen werden.

N. R. 15. Sie braucht keine Beiträge mehr zu zahlen.

N. B. Das Naturalisationsgesuch ist an das Polizeipräsidentium zu richten.

Pommerischer Wirth. Ihre Darstellung ist nicht ganz klar. Eine Wittve hat aber, wenn die Eltern ihres verstorbenen Mannes sterben, kein Erbrecht.

J. S. Wenn nichts Anderes ausgemacht ist, so kann die für gewerbliche Arbeiter bestehende Kündigung jederzeit, nicht nur an einem Lohnstage, erfolgen.

Z. W., Adalbertstr. Richtiger Ansicht nach kann das einer Verkäuferin gemachte Weihnachtsgeschenk überhaupt nicht zurückgefordert werden, doch ist das freitrag. Eventuell wäre die Rückforderung innerhalb 6 Monaten zulässig.

J. W. 1807. Sie werden die Alimente für das Kind und die Lauf- und Entbindungskosten zahlen müssen. Die Sie sich da zu verhalten haben, können wir Ihnen nicht sagen.

G. H. Yorlstr. Es hat auf die Rechte und Pflichten des Miethers keinen Einfluß, wenn das Haus den Eigenthümer wechselt. Insbesondere giebt das dem Miether kein Recht, außerhalb der Kontraktzeit zu kündigen.

Louisen-Ufer. Es kommt darauf an, ob Sie einer Krankenkasse und welcher angehören.

W. R. Kottstr. Da in Ihrem Miethkontrakte aller Wahrscheinlichkeit die Ausnahme von Altermietern ohne schriftliche Erlaubniß des Wirthes unterzagt ist, so kann dieser jeder Zeit verlangen, daß Sie den Altermiether ziehen lassen. Sollte der Wirth die Genehmigung zur Altermietung mündlich ertheilt, so muß, sobald der Wirth diese Erlaubniß zurücknimmt, der Miether dem Altermiether am folgenden 15. zum 1. nächsten Monats kündigen.

G. W., Köpenickerstr. Der Zeugeneid, einschließlich der religiösen Formel desselben, muß auch von demjenigen Zeugen geleistet werden, der an nichts glaubt, oder aus der Kirche ausgeschlossen ist.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 24. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: von Caprivi, von Gopler, Miquel, Herrfurth und Kommissionen.

In erster Beratung wird der Gesetzentwurf betreffend Abänderung der Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die Provinzen Preußen (Ost- und Westpreußen), Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesiens und Sachsen vom 10. September 1873 erledigt. Die zweite Beratung desselben wird im Plenum stattfinden.

Es folgt darauf die erste Lesung des Sperrgeldergesetzes.

Ministerpräsident v. Caprivi: Es wird dem hohen Hause erinnerlich sein, das im vorigen Jahre die Staatsregierung einen Gesetzentwurf über die Verwendung der sogenannten Sperrgelder eingebracht hat, bei dem sie in Uebereinstimmung mit früheren Erklärungen die Absicht verfolgte, einen Gegenstand der Beunruhigung und der Unzufriedenheit unter den Mitgliedern der katholischen Kirche zu beseitigen. Es wurde vorgeschlagen, das vom Staate angelegte Kapital mit 3 vom Hundert zu verzinsen und diese Rente den Bischöfen der katholischen Kirche zur Verwendung für kirchliche Zwecke zu überweisen. Das Gesetz kam nicht zu Stande im Wesentlichen, weil die Zustimmung des Zentrums zu der von der Regierung vorgeschlagenen Verwendungswiese nicht zu erlangen war. Fehlte aber diese Zustimmung, so war der Zweck, den die Staatsregierung verfolgte, verfehlt. Denn es blieb ein Objekt bestehen, was nach wie vor zu Angriffen gegen die Staatsregierung und zur Beunruhigung unserer katholischen Mitbürger gereichen konnte. Die Staatsregierung bedauerte diese Lage, sie mußte sich ihrerseits aber in dieselbe schicken und hatte kein Mittel, sie aus eigener Initiative zu ändern. Im November traten die katholischen Bischöfe in Köln zusammen und richteten zwei Eingaben an die Staatsregierung, die eine betreffend das Gesetz über die Volksschule, die andere betreffend die Sperrgelder. Auf die erste Eingabe und auf die darin niedergelegten Wünsche der Bischöfe konnte die Staatsregierung nicht eingehen. Tagesgen war es ja möglich, in eine Prüfung der zweiten Eingabe einzugehen und sich die Frage vorzulegen, wie weit kann man den Wünschen der Bischöfe, ohne das Staatsinteresse zu gefährden, nachkommen. Die Wünsche der Bischöfe gingen im Wesentlichen dahin, daß nicht eine Rente, sondern das Kapital der katholischen Kirche zurückgestellt werden möge, wogegen dann die Bischöfe die Verpflichtung übernahmen, diejenigen geschädigten Interessenten zu befriedigen, deren Befriedigung überhaupt möglich sein würde. Zu diesem Behufe schlugen sie weiter vor, in jeder Diözese eine Kommission zu ernennen, welche die Bischöfe zu unterstützen hätte. Sie waren weiter der Meinung, daß der verbleibende Rest des Geldes der katholischen Kirche zu überweisen und zu Diözesanzwecken zu verwenden sei. Die Staatsregierung hat geglaubt, hierauf ohne Schädigung der staatlichen Interessen eingehen zu können und ist der Meinung, daß durch den Vorschlag die katholische Kirche befriedigt wird. Sie ist weiter der Meinung, daß, wenn sie diesen Weg nicht selbst betreten konnte und wenn sie daran dadurch verhindert war, daß sie nicht geneigt war, das Obium auf sich zu nehmen, was entstehen konnte, — es ist ja darüber in der vorigen Sitzung viel gesprochen worden — wenn die Regierung den Versuch gemacht hätte, die Interessenten zu entschädigen, daß, wenn sie selbst dieses Obium nicht auf sich nehmen konnte, es dankenswerth wäre, wenn die Bischöfe den Versuch machen wollten, in dieser Weise den Ansprüchen der Interessenten gerecht zu werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch nach der anderen Seite dieses Gesetz befriedigen kann, insofern als diejenigen, welche im vorigen Jahre der Meinung waren, daß es nicht zulässig sei, der katholischen Kirche eine so große Summe als Kapital zuzuwenden, auch ihre Befriedigung finden werden; denn nach dem vorgeschlagenen Verfahren ist es nicht wahrscheinlich, daß ein großes Kapital zur Verwendung bleibt. Indem ich das hohe Haus bitte, in eine wohlwollende Beratung dieses Gesetzentwurfes einzutreten, will ich mir nur noch die Bemerkung gestatten, daß die Regierung gleichzeitig den Wunsch gehabt hat, die evangelischen Presbiterien nach Stollgebühren zu befriedigen. Das ist bis zur Stunde nicht möglich gewesen. Unter dem 21. Mai v. J. hat der evangelische Oberkirchenrath einen Vorschlag gemacht, der dahin geht: „Der Staat überweist jeder einzelnen Kirchengemeinde unmittelbar so viel als nöthig ist, um bei der Aufbringung der durch die Aufhebung der Stollgebühren erforderlich werdenden Entschädigungsrenten für die berechtigten geistlichen und anderen Stellen die Beiträge der Klassensteuerfreien und der zu den beiden untersten Klassensteuerebenen eingezahlten Gemeindeglieder, sowie die Mehrbelastung der übrigen Klassensteuerfreien und der Einkommensteuerpflichtigen über 4 v. H. an ihrer Personalsteuer zu decken.“ Die Staatsregierung hat diesen Vorschlag in der ersten Erwägung angenommen und ist auf dem Wege, ihn auszuführen. Es sind dazu aber statistische Recherchen seitens des Finanzministers erforderlich. Sie wissen, die Verhältnisse liegen anders in den alten Provinzen, anders in Rheinland und Westfalen, anders in den neuen Provinzen. Es ist nicht möglich, in der jetzigen Sitzung den Gesetzentwurf vorzulegen, um so weniger, als es notwendig sein wird, vor Ausführung dieses Vorschlages im Herbst dieses Jahres die Generalsynode zu hören und ein kirchliches Gesetz dem Staatsgesetz voranzugehen zu lassen. Ich habe in der Presse die Bemerkung gefunden, daß die Staatsregierung, indem sie dem hohen Hause die Annahme dieses Vorschlages empfiehlt, wahrscheinlich ein Handelsgeschäft mit einer Partei dieses Hauses abgeschlossen habe. Ich verwehre mich im Namen der Staatsregierung gegen eine solche Unterstellung; so lange ich die Ehre habe, an der Spitze des Staatsministeriums zu stehen, glaube ich versichern zu können, daß in Angelegenheiten des Staatswohls Handel nicht getrieben werden wird. (Beifall.) Es ist weder von mir, noch von dem Kultusminister seit dem Scheitern des letzten Sperrgeldergesetzes auch nur ein einziges Mal mit einem Mitgliede der beteiligten Partei des Hauses über Sperrgelder gesprochen worden. Ich schreibe mit der Bemerkung, daß es der Staatsregierung sehr wünschenswerth gewesen sein würde, dieses Gesetz im Herrenhause einbringen zu können, und zwar mit Rücksicht auf die geschäftliche Lage dieses hohen Hauses und auf den nach wie vor lebhaften Wunsch der Staatsregierung, alle Gesetze, die dem Hause zur Zeit vorliegen, noch in der gegenwärtigen Sitzung zur Verabschiedung zu bringen. Wir haben das nicht getan, weil wir uns für verpflichtet gehalten haben auf Grund des Artikels 63 der Verfassung, der das Einbringen von Finanzgesetzen in diesem Hause vorschreibt, das Gesetz hier vorzulegen. (Beifall.)

Abg. v. Cuny (natl.): Wir akzeptieren gern die Erklärung, daß mit Dingen des Staatswohls kein Handel getrieben werden soll; wir freuen uns auch, daß Wünsche der evangelischen Kirche befriedigt werden sollen. Allein das hat auf unsere Abstimmung über die gegenwärtige Vorlage keinen Einfluß. Was hat sich denn geändert seit der früheren Beratung? Wie kommt die Regierung jetzt dazu, das Kapital zurückzugeben, während sie früher nur die Zinsen zurückgeben wollte? Die Regierung hofft auf eine Befriedigung der Katholiken, aber schon erheben sich Stimmen in der katholischen Presse, welche diese Zurückzahlung lediglich als eine Pflicht des Staates bezeichnen und ihre weiteren

Forderungen in Bezug auf die Schule erheben. Ist dabei auf eine Befriedigung der Katholiken zu rechnen? Werden die Katholiken denn die Vorlage unverändert annehmen? Es soll doch in der Kommission, welche für jede Diözese eingesetzt wird, ein Organ für kirchliche Zwecke geschaffen werden vom Staate; dagegen haben die Katholiken sonst immer lebhaften Widerspruch erhoben. Werden Sie jetzt überhaupt einen anderen Standpunkt einnehmen? Der Friede, den die Staatsregierung erhofft, wird nicht erlangt; es wird die Erledigung einer Pflicht, wenn sie überhaupt besteht, auf die Bischöfe abgewälzt. Die Vorlage ist für uns nicht annehmbar und wir glauben auch nicht, daß durch eine kommissarische Beratung dieselbe verbessert werden kann. Früher war immer nur von den geschädigten Personen die Rede, aber ein Theil derjenigen Personen, welche Ansprüche auf Staatsmittel hatten, ist gar nicht geschädigt worden, weil sie von anderer Seite entschädigt worden sind. Die einzuführenden Kommissionen werden nicht die eigentlich Geschädigten befriedigen, sondern den Berechtigten die Gelder ansahen, wie es das Zentrum wohl will, wie wir es aber nicht wollen. Wir werden an dem Standpunkte festhalten, welchen wir mit der Regierung zusammen vor Jahresfrist festgehalten haben. (Beifall rechts und links.)

Minister v. Gopler: Der Vordredner hat, wie dies auch in der Presse geschehen ist, eine Reihe von Momenten nicht gewürdigt oder nicht würdigen wollen, welche beweisen, daß der Standpunkt der Staatsregierung seit der früheren Verhandlung gar nicht verändert worden ist. (Gelächter rechts und links.) Die Staatsregierung wollte der katholischen Kirche entgegenkommen, soweit es möglich war; damals wurden die Zinsen des vollen Kapitals gewährt; jetzt wird das Kapital mit einer schweren Bedingung zurückgewährt, mit einer Bedingung, welche von dem Kapital wenig übrig lassen wird, so daß die katholische Kirche nachher bedauern wird, das erste Anerbieten nicht angenommen zu haben. Das Zentrum verlangt die Auszahlung an die Empfangsberechtigten, also sowohl an die Geistlichen als an die Institute und an die Vereine, welche den Geistlichen zu Hilfe gekommen sind. Der preussische Staat ist nicht im Stande, diese Personen sämtlich zu befriedigen. Hätte der Staat sich darauf eingelassen, so hätten wir auf ein Jahrzehnt hinaus das schönste Material für einen Kulturkampf, die schönste Gelegenheit zu heftigen Demonstrationen gegen die Schändlichkeit des preussischen Staates. Das Zentrum wünscht, daß die Regierung mit den Bischöfen verhandeln sollte. Das wäre ausichtslos gewesen oder die Regierung hätte dafür, daß sie vielleicht dasselbe erreichte, was jetzt vorliegt, den Bischöfen Dank geschuldet. Deshalb blieb, trotz aller Versuche, die Sache ruhen, bis die Bischöfe mit ihrem Anerbieten an den Herrn Ministerpräsidenten herantraten. Durch dieses katholische Anerbieten zum Thun zu zwingen, ist bekanntlich ein gefährliches Unternehmen (Heiterkeit); deshalb ist es besser, die Anerbietung der Bischöfe anzunehmen. Es wäre sehr bedenklich, wenn das Haus beschließen sollte, die Geschädigten durch staatliche Behörden zu befriedigen. Es wird sich fast überall, selbst bei den Instituten immer um physische Personen handeln; denn die Staatszuschüsse werden ja meist zu Gehältern und sonstigen persönlichen Ausgaben verwendet. Die Auseinandersetzungen werden so schwieriger und unangenehmer Natur sein, daß die Staatsregierung gern dabei nicht betheiligte sein will. Man kann das Anerbieten der Bischöfe annehmen, denn sonst wird der Dorn tiefer ins Fleisch gedrückt, und es wird immer schwieriger, die Frage zu lösen. Darum muß eine verantwortungsvolle Staatsregierung die Unannehmlichkeit überwinden und sich über alle Angriffe hinwegsetzen in dem Bewußtsein der Pflichterfüllung. Ich hoffe, sie werden bei ruhiger Ueberlegung unsere Standpunkte verstehen lernen. Unter der Last der Verantwortung für die evangelische Kirche habe ich schwer zu leiden gehabt. Ich hoffe, daß jetzt eine Vereinbarung über die Stollgebühren mit der evangelischen Generalsynode herbeigeführt werden wird und wenn ich das nach zehnjähriger Thätigkeit erreichen sollte, so würde das wie ein verklärter Lichtschein auf meine Verwaltung fallen.

Abg. Reichensperger (Z.): Bei den früheren Verhandlungen ist die Sache so aufgefaßt worden, als wenn die gesperrten Gelder einfach zur Staatskasse vereinnahmt werden könnten. Diesen Grund hat die Staatsregierung nicht getheilt. Ich hoffe, daß die Bischöfe nur die wirklich Geschädigten entschädigen werden, nicht aber diejenigen, denen anderweitig geholfen wurde. Redner ist auf der Tribüne schwer verständlich. Er fährt aus, daß durch die Rückzahlung der einbehaltenen Gelder die Katholiken befriedigt werden könnten, sonst würde der Frieden mit der katholischen Kirche wie die sibirischen Wäcker immer theurer werden.

Abg. v. Cramer (natl.): Die Staatsregierung hat den Rückzug angetreten, das ist trotz aller spitzfindigen Bemerkungen des Herrn Kultusministers nicht zu leugnen. Man hat sich früher geweigert, das Kapital zurückzugeben und jetzt zahlt man es zurück. Ich verstehe das nicht. Um den Herrn Kultusminister, der mir in vielen Punkten sehr angenehm ist, handelt es sich dabei gar nicht; wir kämpfen nicht gegen Personen. Wir stehen auf demselben Standpunkte wie die Staatsregierung früher. Der Staat ist der im Kampfe Unterlegene, er bezahlt nach der verlorenen Schlacht die Kriegskosten. Welche Mitwirkung hat denn die Staatsregierung bei der Verteilung der Gelder? Ueber die Verwendung der eingezahlten Summen soll dem Kultusminister Mittheilung gemacht werden. Wenn diese Mittheilungen aber nicht gemacht werden? Oder wenn der Minister einen Brief erhält, daß die übriggebliebenen Gelder zur Schaffung eines Wahlfonds verwendet sind (Heiterkeit), um gute Wahlen für die katholische Kirche herbeizuführen? Im vorigen Jahre sah ich bei der Verhandlung der Vorlage in den Reihen des Zentrums so wilde Gesichter, jetzt glänzen die Gesichter von Befriedigung über den Sieg des Zentrums über den preussischen Staat. (Heiterkeit im Centrum.) Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und Freikonserwativen! Wenn die Stellung des Zentrums so gefäkr wird, so wird sich das überall nachher sichtbar machen; so beim Schulgesetz, beim Jesuitengesetz u. s. w. Immer wird die Regierung sagen: Das bewilligen wir nicht und nach Monaten wird es anders. Herr Wirthorst erkundigt dann immer neue Fragen, die erst in katholischen Versammlungen vorgebracht und schließlich in diesem Hause getragen werden. Spricht man doch jetzt schon davon, daß auch die Zinsen der 16 Millionen Mark gezahlt werden müßten. Daran kann der Herr Reichensperger denken, wie wenig Aussicht auf Befriedigung der Katholiken ist. Zwei große Parteien, die Nationalliberalen und die Freikonserwativen stehen der Vorlage absolut ablehnend gegenüber. Von den Konserwativen werden vielleicht einige Herren die Vorlage annehmen, um endlich einmal mit dieser Sache aufzuräumen. Einen solchen Standpunkt kann man ja verstehen bei Männern, welche auf den Namen des Ministers genählt sind. Die Anhänger der Konserwativen im Lande werden aber nicht für die Vorlage sein. Also die große Masse des Volkes ist gegen die Vorlage. Die Regierung stützt sich nur auf das Zentrum. (Zuruf: Deutschfreisinnigen!) Von denen spreche ich nicht; die kommen ja gar nicht in Betracht. (Heiterkeit.) Der Staat ist der Unterlegene, die Politik, welche die Liberalen und Konserwativen verfolgen, ist aufgegeben. Diese Frage ist mit den Stollgebühren in Verbindung gebracht worden. Diese sind kein Kaufgeld für eine solche Vorlage. Ich schreibe

mit dem Worte, das im evangelischen Bunde gefallen ist: Wir müssen dafür sorgen, daß diese Gelder nicht für die Propaganda verwandt werden. Wir streben nicht nach Geld und Gut, sondern nach der Reinheit des Glaubens und der freien Bewegung. (Beifall links und rechts.)

Abg. Dr. Wirthorst (Z.): Die Vorlage beseitigt den sehr wesentlichen Stein des Anstoßes, der bisher für uns vorhanden war. Es wird uns dadurch sehr viel leichter gemacht, die Regierung auf anderen Gebieten zu unterstützen. (Zuruf links: Handel!) Das Sie dabei an Handelsgeschäfte denken, ist begrifflich. Wir vertreten die Rechte unseres Volkes und werden es niemals aufgeben, diese Interessen zu vertreten. Das Geld gebührt uns, und es wird jetzt in richtigerer Weise angezahlt, als früher beabsichtigt wurde. Die Herren scheinen zu glauben, daß eine Bevorzugung der katholischen Kirche vorliegt. Wenn zwei Leute eine Forderung haben, so kann der Eine nicht böse sein, wenn der Andere seine Forderung erhält. Wir werden die evangelische Kirche in ihren berechtigten Forderungen unterstützen. Wir bekommen nur das, was wir zu fordern haben, wir bekommen keine Zinsen. Aber wenn Sie dieses Gesetz annehmen, wird der Sache ein für allemal ein Ende gemacht; es kommt nichts weiter von Forderungen danach. Einer kommissarischen Beratung will ich mich nicht widersetzen, ich hoffe aber, daß das nicht ein Mittel sein wird, der Vorlage Hindernisse zu bereiten. Das vorige Mal hat die Kommissionsverhandlung dazu geführt, eine Resolution im Interesse der katholischen Kirche zu stellen: Berechtigten Forderungen nach dieser Seite hin werde ich niemals bekämpfen, von der Erfüllung solcher Forderungen kann nicht abhängig gemacht werden, daß man uns zurückzahlt, was man niemals hätte nehmen sollen. Es ist auf unsere Haltung bei der Schulvorlage hingewiesen worden. Wir werden unsere Haltung dazu nicht ändern, selbst wenn dieserhalb die Sperrgeldervorlage scheitern sollte. Hier handelt es sich um Geld, dort handelt es sich um Erziehung der Jugend. Da werden wir niemals nachgeben. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Jellig: Mit dem Vordredner erkenne ich an, daß es erwünscht ist, diesen Rest des Kulturkampfes zu beseitigen und alle staatsverhaltenden Kräfte zu sammeln zum Kampfe gegen den Ansturz. Deshalb haben wir uns, obwohl wir der Ansicht waren, daß über die Sperrgelder für die Staatskasse verfügt werden könnte, bereit finden lassen, der katholischen Kirche bis zur äußersten Grenze entgegenzukommen. Die Staatsregierung hat ihren Standpunkt gegen die früheren Verhandlungen prinzipiell geändert; das ist eine Thatfache, über die ich weiter nicht sprechen will. Diese Aenderung kann den Gedanken erwecken, daß auch auf anderen Gebieten eine Aenderung unserer Staatspolitik eintreten wird. Wenn die Vorlage Gesetz wird, wird der Kampf um die Schule nur um so erbitterter werden. (Sehr richtig! rechts.) Innerhalb evangelischer Kreise ist dieses Vorgehen der Regierung ein Gegenstand der Beunruhigung geworden, weil die Wunden, welche der Kulturkampf der evangelischen Kirche geschlagen hat, nicht so schnell geheilt werden. Wie die Gelder verwandt werden, ob sie die Empfangsberechtigten erhalten, ob sie wieder in den Zentralfonds zurückfließen, ist gar nicht zu übersehen. Reichlich ist es zulässig, die Mittel für alle möglichen Zwecke zu verwenden, auch für die Propaganda. Was man bei den Katholiken an Beruhigung erzielt, wird man erkaufen durch dauernde Unzufriedenheit der evangelischen Bevölkerung. (Zustimmung rechts.) Ich kann deshalb in der Vorlage kein Mittel der Einigung der staatsverhaltenden Kräfte, sondern nur den Keim neuen Streites erkennen. Wir haben uns damals nach langer wohlüberlegter Beratung auf den Standpunkt der Staatsregierung gestellt; wenn wir denselben jetzt schon verlassen sollten, so müßten dafür schwerwiegende politische Gründe maßgebend sein. Aber was ist denn geschehen? Die Bischöfe haben die Auffassung des Zentrums sich angeeignet, die uns schon damals bekannt war. Da die Regierung die Unterstützung der Nationalliberalen und Freikonserwativen für die Durchführung gebraucht, sind wir geradezu bedrungen genöthigt, gegen die jetzige Vorlage zu stimmen. Ich sehe auch keine Möglichkeit, im Wege der kommissarischen Beratung eine Einigung herbeizuführen. Wir können die Sache im Plenum behandeln und im Plenum ablehnen. (Beifall bei den Freisinnigen und Nationalliberalen.)

Abg. Graf Limburg-Stürum (konf.): Die Auffassungen von nationalliberalen und freikonserwativer Seite machen es mir schwer, den abweichenden Standpunkt der großen Mehrheit meiner politischen Freunde zur Geltung zu bringen. Daß wir eine definitive Niederlage durch diese Vorlage erleiden, kann ich nicht zugeben. Eine reine Geldfrage kann doch nicht den Sieg in dem prinzipiellen Kampfe entscheiden. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind der Meinung, daß durch das Sperrgesetz die einbehaltenen Staatsgelder endgültig konfiskirt worden sind, daß ein Rechtstitel aus jener Zeit nicht mehr besteht, daß ein Rechtstitel erst durch diese Vorlage neu geschaffen würde. Damals verlangte man, daß das Kapital ausgezahlt werden sollte der katholischen Kirche; jetzt wird den Geschädigten ein Anspruch auf Erhaltung der einbehaltenen Gelder gegeben, so daß vom Kapital wenig übrig bleibt. Ein Theil meiner politischen Freunde sieht dem Gesetz prinzipiell entgegen; sie wollen den Versuch machen, in kommissarischer Beratung die Vorlage besser zu gestalten. Ich für meine Person könnte dem zustimmen; aber es wird eine genaue Definition aufgenommen werden müssen, an welche Personen das Geld gezahlt werden muß, und es müssen auch darüber Bestimmungen getroffen werden, wer das Geld auszahlen soll. Aus der Vergangenheit ziehe ich die Lehre, daß die katholischen Bischöfe die Gegner der protestantischen Religion bleiben werden; aber kleinlich und falsch sind sie in Geschäften nicht gewesen; sie haben jede Uebereinstimmung redlich gehalten. Man wird allerdings beim Vertragsabschluss vorsichtig sein müssen. Auf die Gefühle der Evangelischen wird Rücksicht genommen werden müssen. Die evangelische Kirche hat Jahre lang ihre Forderungen gestellt, und sie sind nicht erfüllt worden. Es wird schwer sein, für das Gesetz zu stimmen, wenn die Regelung der Stollgebühren nicht unbedingt sicher gestellt wird. Die Nothwendigkeit, diesen Streitpunkt aus der Welt zu schaffen, ist da; es ist überall erklärt worden, daß die Gelder für die katholische Kirche verwandt werden sollen, deshalb muß etwas geschehen. Die vorjährige Vorlage war mehr geeignet, die katholische Kirche zu stärken als die jetzige. Wir wollten aber damals wie heute nicht für eine Vorlage stimmen, gegen welche das Zentrum stimmte. Verweisen Sie die Vorlage nicht in die Kommission, so wird der größte Theil meiner politischen Freunde dagegen stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Stöcker (F.): Ich spreche für mich persönlich, aber ich glaube im Sinne und Geiste eines großen Theils meiner Gesinnungsgenossen. Diese Vorlage ist mir völlig unbegreiflich, so dürftig motivirt, wie es nur irgend sein kann. (Zuruf: Gar nicht!) Mit der Begründung des Ministerpräsidenten, daß die Bischöfe dieses wünschen, wieo man im Lande nicht einverstanden sein. (Zustimmung.) Am wenigsten begreife ich, daß der Kultusminister seinen Namen unter die Vorlage gesetzt hat, daß er erklärt, sein Standpunkt sei von dem früheren nicht wesentlich abweichend. Er hat im vorigen Jahre erklärt, daß er es für unmöglich halte, den Bischöfen das Geld mit einer Direktion zu übergeben. Er hat damals davon gesprochen, daß im Ministerium auch noch Männer seien, die auf Ehre halten. Was unter dem

Beide der Verhältnisse ein Minister kann, kann eine große Partei nicht mitmachen, ohne im Lande die Sympathien zu verlieren, auf die sie sich stützen muß. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Auch wenn uns in Aussicht gestellt wird, nun soll die Stolzgebührenfrage erledigt werden, wofür wir sehr dankbar sind, so können wir diese Vorlage doch nicht annehmen. Es liegt etwas Demütigendes darin, daß diese Frage als Vorspann benutzt wird für diese Vorlage. Vor sechs Monaten zu sagen: non possumus, heute zu sagen: possumus, einer Nacht, die an ihrem non possumus festhält, entgegen zu kommen, trotz aller Invektiven in den vorigen Jahren, das heißt den Satz zur Wahrheit machen: Man erreicht Alles, wenn man nur tüchtig opponiert. Auf die 16 Millionen kommt es uns nicht an, um Beruhigung zu schaffen. Die Geschädigten sollen entschädigt, die Institute bestrebt werden, aber von dem Rest soll nicht 1 Pfennig für die katholische Agitation verwendet werden. (Zustimmung rechts; Widerspruch im Zentrum.) Sie stehen hier der evangelischen Mehrheit gegenüber, und wenn man bedenkt, wie sehr die katholische Kirche in ihrer Macht verhärtet worden ist, so kann man nicht sagen, daß die letztere ihre Macht verwendet hat zur Herstellung des Friedens. Wenn die Gelder zurückgezahlt werden, werden seltsame Dinge passieren. Der Bischof Clemens ist Nachfolger des Erzbischofs Melchers geworden. Glauben Sie, daß Bischof Clemens die gesperrten Gelder für sich verwenden wird? Er wird durch die Zurückzahlung einen ganz netten Agitationsfonds erhalten. (Zustimmung rechts.) Solche Dinge müssen in der Kommission geprüft werden. Es werden sich dabei Verwendungen zweifeln finden, die uns Evangelischen nicht wehe thun. Denn können auch wir vielleicht das Gesetz annehmen, ohne daß uns Schmerzen dadurch bereitet werden. Für die evangelische Kirche kann die Stolzgebührenentscheidung keine neue Epoche herbeiführen. Wir brauchen die Befreiung von gewissen Zwangsbestimmungen aus der Zeit des Kulturkampfes, die volle Bewegungsfreiheit, wie die evangelische Kirche sie beanspruchen kann infolge ihrer unbedingten Treue zum Staat und zum Kaiser. Solange freilich die liberale Partei unsere Bestrebungen onklagt, als wollten wir Hierarchie, solange kann die Regierung der Kirche nicht entgegenkommen. Keine Partei läuft mehr auf dem Rücken der Regierung als die nationalliberale. Wir müssen uns Alles fauer verdienen. (Heiterkeit.) Ohne Bedingung ist dieses Gesetz nicht zu haben, darauf kann sich Herr Windthorst verlassen. Wenn er unsere Schulverhältnisse so darstellt, als ob katholische Kinder in Gefahr kämen, so sind solche Reden nicht am Platze, namentlich im Augenblicke, wo man sich die Hand reichen will. Die innere Spannung zwischen den beiden Konfessionen ist heute härter als je. (Widerspruch im Zentrum.) Lesen Sie, wie in katholischen Kreisen das Deutschland, die deutsche Literatur heruntergerissen wird. Trotzdem bieten wir über diesen Abgrund die Hand zum Frieden. Die Staatsregierung sollte daran denken, daß Preußen ein evangelischer Staat ist, die Vornauer der größten evangelischen Kirche der Welt. Diese Stellung verlieren wir, wenn wir so der katholischen Kirche nachgeben. (Beifall rechts.)

Abg. v. Jagdzewski (Pole) begrüßt die Vorlage mit Freuden und erklärt, daß die zurückgezählten Gelder nicht zur Agitation verwendet werden sollen.

Abg. Arendt (L.): Für die Herstellung des Friedens würde ich jedes Opfer zu bringen bereit sein; aber es ist zu befürchten, daß der Friede nicht gesichert wird durch diese Vorlage. Ich glaube auch nicht, daß durch eine Kommissionsberatung die Vorlage verbessert werden könnte; wie wollen sie a limine abweisen.

Abg. Ricker (Ost.) beantragt die kommissarische Veranlassung. Wenn Herr von Eynern meinte, auf die Freisinnigen komme es nicht an, so ist das nicht richtig; die Freisinnigen werden vielleicht den Ausschlag geben. Doch unsere Partei so klein ist, braucht Herr v. Eynern gar nicht zu erwähnen; er braucht nur an das andere Ende der Leipziger Straße gehen, wo seine Partei auf Grund der allgemeinen direkten Wahl sehr zusammengekrümpt ist. Heute wünscht Mancher, daß die bei der vorigen Beratung gefallenen Worte nicht gefallen wären. Die Mehrheit von damals trägt die Schuld dafür, daß diese Vorlage uns noch einmal beschäftigt. Die katholische Kirche hätte das Gesetz schließlich doch angenommen. Die Mehrheit hat damals eine neue Politik eingeführt, um das Zentrum in eine Zwangslage zu bringen, daß es gegen seine Ueberzeugung für das Gesetz stimmen sollte. Was sollte die Regierung dazu thun? Sollte sie die Vorlage noch einmal einbringen? Das Zentrum konnte doch seine Meinung ändern. Das Gesetz fordert ein Gesetz über die Verwendung der Sperrgelder. Früher haben alle Redner erklärt, sie würden für das Gesetz sein, wenn das Zentrum sich zufrieden erklärte. Heute ist das Zentrum zufrieden und die Herren stimmen gegen die Vorlage. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Dann hätten sie damals diese Worte nicht anführen sollen. Herrn Stöcker's Rede wird man nicht begreifen im Lande. Er will die Geschädigten alle befriedigen und den Rest für bestimmte kirchliche Zwecke verwenden; das ist ja die Vorlage der Regierung. Wozu die hohen Worte über solche Kleinigkeiten? Das Gesetz vom vorigen Jahre hätte vielmehr zur Stärkung der katholischen Kirche beigetragen, als das jetzige. Daß der Kultusminister seinen Standpunkt so sehr erheblich verändert hat, kann ich nicht zugeben. Unter dem Fürsten Bismarck sind die Minister oft genug von einem Standpunkte zum anderen übergesprungen. Der Unterschied ist nur der, daß Sie (rechts) früher immer mitgeprungen sind. (Heiterkeit.) Die Widerlage der Kulturkampf-Politik datiert nicht von diesem Gesetz, und es ist deshalb wunderbar, daß die Nationalliberalen den Kulturkampf jetzt aufgeben wollen. Dieser Geisteskampf wird weitergeführt werden, freilich nicht mit polizeilichen Mitteln. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Den wirklichen Geisteskampf haben Sie ja verlernt.

Darauf wird die Debatte geschlossen. Persönlich bemerkt

Abg. v. Eynern, daß er Herrn Ricker, der von den Nationalliberalen zu dem Freisinnigen gesprochen und heute als freiwilliger Regierungskommissar fungiert habe (Heiterkeit), nicht antworten werde. Das Schmunzeln des Abg. Windthorst während der Richter'schen Rede sei ihm Antwort genug. (Heiterkeit.)

Abg. Ricker: Dasselbe hat Herr v. Eynern schon 24 Mal gesagt; er sollte etwas Neues erfinden.

Abg. v. Eynern: Ich werde nächsten das Viertelhundert voll machen.

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Darauf erledigt das Haus noch ohne Debatte die Prüfung der Wahlen der Abg. von Koerber und von Puttamer-Ripian, welche für gültig erklärt werden.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Kleinere Vorlagen.

Gerichts-Beitrag.

Eine der „Edelsten“. — Die Gräfin Johanna von Damböki war vom Schöffengericht wegen Betruges zu einer Geldstrafe von 50 Mark event. zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt worden. Die dreißigjährige, aus dem Kreise Krakowen stammende Dame, sah an einem Augusttage des vorigen Jahres mit der Ringbahn nach Schmargendorf. Unterwegs entstand im Nebentoupee Arm und die Angeklagte sowie ein Teil der neben ihr Sitzenden erhoben sich von ihren Plätzen, um über die Scheidewand zu blicken, welche sie von den Streitenden trennte. Bei dieser Gelegenheit entfiel einer Dame, welche der Gräfin gegenüber saß, ihr Portemonnaie, ohne daß sie es bemerkte. Ein anderer Fahrgast, der Arbeiter Schmidt, fand das Portemonnaie, hob es auf und fragte, wer es verloren habe. „Es gehört mir,"

sagte sofort die Angeklagte, worauf ihr dasselbe auch ausgehändigt wurde. Da die rechtmäßige Eigentümerin noch den Streitenden ihre Aufmerksamkeit schenkte, so war ihr diese kleine Szene entgangen. Erst beim Aussteigen in Schmargendorf vermisste die Verliererin, Fräulein Thomas, ihr Portemonnaie, sie besagte laut ihren Verlust und nun theilte ihr der Finder mit, was sich kurz zuvor ereignet. Fräulein Thomas stellte die Angeklagte zur Rede. Diese läugnete sich darauf, daß Schmidt sich bereits entfernt hätte, sie leugnete, ein Portemonnaie erhalten zu haben und erbot sich zum Beweise, daß ein solches überhaupt nicht von ihr geführt werde. Sie rief selbst den Stationsvorsteher herbei und bot ihm, ihre Taschen zu durchsuchen. Da thätiglich ein Portemonnaie nicht bei ihr gefunden wurde, so legte man ihrer Entfernung kein Hinderniß in den Weg. Ein anderer Fahrgast hatte aber bemerkt, daß die Angeklagte vorher in die Tasche gefaßt und dann etwas in ihren Schirm hatte fallen lassen. Er theilte dem Fräulein Thomas seine Wahrnehmung mit, man eilte der Angeklagten, die sich bereits auf der Chaussee nach Schmargendorf befand nach und untersuchte ihren Schirm. Hier wurde das fünf Mark und einen Ring enthaltende Portemonnaie gefunden, worauf Gräfin Damböki in Begleitung eines Kriminalbeamten den Rückweg nach Berlin antreten mußte. Da die Angeklagte sich bei dem ersten Erkenntniß nicht beruhigte, so gelangte die Sache gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung. Die zweite Instanz wollte ebenfalls wie die erste den von der Angeklagten erhobenen Einwand, daß sie das Opfer eines unglücklichen Zufalls geworden sei, gelten lassen, das erste Erkenntniß wurde vielmehr bestätigt.

„Substitutions-Warder“ sind eine Spezialität auf dem Berliner Grundstücks-Markt, welche sich, wie die Mäden um die helle Lampenglocke, in der Grundbuchstube des Amtsgerichtsgebäudes in der Neuen Friederichstraße sammeln, sobald ein Substitutionstermin angeht. Wer auf dem Grundbuchamte zu thun hat, trifft dort vielfach dieselben Gestalten, welche bei Substitutionen als Vieter auftreten und dann plötzlich wieder von der Bildfläche verschwinden. Ihre Aufgabe ist damit erfüllt, denn man raunt sich in die Ohren, daß diese Substitutions-Warder ein recht einträgliches und sehr leichtes Geschäft machen, indem sie sich an die Nachschö der Substitutions-Interessenten hängen und gegen eine möglichst hohe Abfindungsumme sich bestimmen lassen, „nicht mit zu bieten“. Dadurch kommt das betreffende Konfession in die Lage, ein erkleckliches Sümmchen in die Tasche zu stecken und der Hypothekengläubiger, welcher sich nur „herausbieten“ will, wird unbedenklich losgelassen. Die Frage, ob es sich um ein solches Konfession bei fünf Angeklagten handelt, welche sich heute in Gemeinschaft mit zwei „Angeklagten“ vor der II. Strafkammer zu verantworten hatten, verurtheilte eine Erörterung von fast 5 Stunden. Angeklagt waren: Der Kaufmann Otto Adam, Steinbändler Eugen Jung in Charlottenburg, Kaufmann Wilhelm Hirschfeld, Hauseigentümer David Bachmann, Kaufmann Gustav Sobu, Rentier Adolf Richter und Kommissionshelfer Hermann Goldberg. — Die beiden ersten Angeklagten sollen die Mitbieter an einer Versteigerung (d. h. die übrigen 5 Angeklagten) durch Zahlung einer Geldsumme von 800 M. vom Mitbieten abgehalten haben und die übrigen sollen wieder durch die Drohung, mitbieten zu wollen, die beiden ersten Angeklagten zur Hergabe der 800 Mark bewogen haben. Das alte preussische Strafgesetzbuch hat in seinem § 270 solche Manipulationen verboten und das Reichsgericht hat in verschiedenen Erkenntnissen, die bis in die neueste Zeit hineinreichen, festgestellt, daß dieser § 270 des preussischen Strafgesetzbuches noch voll und ganz Gültigkeit hat. — In der Sache selbst handelte es sich um folgendes: Der Kaufmann Paul Blumenreich hatte in der Substation das Haus Münzstraße 17 gekauft, auf welchem u. A. Hypotheken für Adam und für Jung standen. Von diesem Grundstück war ein Trennstück abgetrennt worden, auf welchem eine Hypothek von 24 000 M. für Adam stand. Auf dem Hauptgrundstück hatte Herr Blumenreich einen Bau begonnen, welcher jedoch inhibirt wurde und nur fortgesetzt werden konnte, wenn das durch das Trennstück in Frage gestellte Zins- und Frensterecht in Wegfall kommt. Dieses Trennstück, welches zur Substation gelangte, brauchte der Magistrat zur Straße und die beiden ersten Angeklagten, als Hypothekengläubiger des Hauptgrundstücks, hatten, nach dem Ideengang der Anlage, ein lebhaftes Interesse daran, daß das Trennstück möglichst bald in den Besitz des Magistrats gelange und nicht durch andere Vieter Schwierigkeiten entstehen. Als am 18. Juni vorigen Jahres Substitutionstermin stattfand, waren die Angeklagten sämtlich zur Stelle. Adam soll nun die Lust zum Bieten schon dadurch unterbunden haben, daß er von Anfang an so that, als hätte er ein betreffendes Dokument in der Tasche, auf Grund dessen er den Anwesenden erklärte: „Meine Herren, bieten Sie nicht; Sie verlieren nur Geld, denn der Magistrat hat das Expropriationsverfahren eingeleitet.“ Geboten wurde denn auch in der That nicht weiter, vielmehr erstand Adam das Grundstück in der Substation, ohne eigenen Profit, sondern nur für den Werth seiner eigenen Hypothek nebst Zinsen und Kosten. Thatsache ist nun, daß der Angeklagte Jung den übrigen fünf Angeklagten 800 M. ausgezahlt hat, welche dieselben mit je 160 M. getheilt haben. Die Anklage behauptet, daß die betr. Angeklagten durch diese 800 M. vom Mitbieten abgehalten worden seien und durch die Drohung, mitbieten zu wollen, sowohl Adam als auch Jung angeklagt hätten, ihnen zu Willen zu sein. Adam behauptet, daß alle diese Operationen ohne jede Kenntniß seinerseits vor sich gegangen seien, Jung will die 800 M. im Auftrage Blumenreich's gezahlt haben und die fünf Angeklagten, welche behaupteten, daß die 800 M. nur das Äquivalent für Hypothekenvermittlung darstellten, bestritten entschieden, gewerblich Substitutionstermine zu besuchen. — Staatsanwalt Hinkel schränkte die Anklage gegen Adam auf „Beihilfe“ ein. Er hielt mit dem Reichsgericht die Gültigkeit des § 270 des preuss. Strafgesetzbuches für zweifellos und denselben in diesem Falle für durchaus anwendbar. Wenn es erwiesen wäre, daß die Angeklagten wirklich zu denjenigen Leuten gehören, welche gewerblich bei Substationen durch solche Drohungen ihr Schicksal ins Trockene bringen, so würde, wie der Staatsanwalt behauptete, die höchste zulässige Geldstrafe am Platze sein. Diesen Nachweis hielt der Staatsanwalt aber doch nicht für erbracht, glaubte aber im Uebrigen, daß in diesem Falle die Anklage höher zu bestrafen seien, als die Thäter selbst und beantragte demgemäß: gegen Adam 200 M. Geldbuße ev. 20 Tage Gefängnis, gegen Jung 300 M. ev. 30 Tage, und gegen jeden der übrigen Angeklagten 300 M. Geldbuße ev. 30 Tage Gefängnis. — Die Verteidiger, Rechtsanwälte Dr. Fr. Friedmann, Köller und Bronker, welche schon aus thätiglichen Gründen die Freisprechung beantragten, erörtern namentlich auch die juristische Doktorfrage, ob der § 270 noch zu Recht besteht. Sie bestritten dies, beriefen sich auf die Autorität des Obertribunals und verwiesen darauf, daß das Kammergericht auch jetzt noch in konstanter Praxis erklärt, daß es seinerseits trotz der entgegengeetzten Entscheidungen des Reichsgerichts bei seiner Anschauung verharret, daß der § 270 des preussischen Strafgesetzbuches nicht mehr zu Recht besteht. — Der Reichshof schloß sich in prinzipieller Beziehung der Ansicht des Reichsgerichts an, hielt den § 270 noch als zu Recht bestehend und verurtheilte Adam und Jung zu je 300 M. Geldbuße, die übrigen Angeklagten zu je 400 M. Geldbuße, event. für je 10 M. einen Tag Gefängnis.

Der ehemalige Bureau-Vorsteher Otto Emil Krickheit stand gestern unter der Anklage der Unterschlagung in 55 Fällen und der Verletzung des Briefgeheimnisses in 5 Fällen vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat zwei erhebliche Vorstrafen wegen Eigenthumsvergehen erlitten und trotzdem das Glück gehabt, im Jahre 1887 vom Rechtsanwalt Heymann als Bureau-Vorsteher angenommen zu werden. Der Letztere ist für sein

Vertrauen mit dem schärfsten Umdant gelohnt worden. Der Angeklagte soll die eingegangenen Beträge nicht vorchriftsmäßig gebucht, sondern von denselben eine Gesamtsumme von 1765 Mark unterschlagen und für sich verbrannt haben. Um eine Entdeckung der Veruntreuung zu verhüten, soll der Angeklagte dann fünf für seinen Chef bestimmte Briefe für sich behalten und vernichtet haben. Der Angeklagte, der früher gefähig gewesen ist, machte im Verhandlungstermin Bielefeld. Er behauptete, daß er keinen Pfennig für sich verbrannt, sondern die fehlenden Gelder im Interesse des Rechtsanwalts für Post-, Bureauaterialien u. s. w. verwendet habe. Rechtsanwal Heymann wies mit Leichtigkeit nach, daß diese Angaben des Angeklagten auf Unwahrheit beruhten. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und dreijährigem Exerzium.

Versammlungen.

In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis, die am 20. Januar stattfand, sprach Stadtv. Bogtberg mit lebhaftem Beifall über die Arbeiter-Bildungsschule. Er empfahl in warmen Worten jedem Genossen und jeder Genossin, sich dem neuen Verein anzuschließen. Das junge Unternehmen gleiche einem Schiffelein, das an vielen Klippen vorbeigelenkt werden muß. Den Ruhm werde man vielleicht nicht sofort, sicher aber in 5-6 Jahren sehen. In einer Pause ließen sich Mitglieder in den Wahlverein und in die Arbeiter-Bildungsschule anschließen.

Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und verpflichtet sich, in demselben Sinne zu wirken.“ Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Die Zahlstellen des Wahlvereins vertheilten sich bei: Ludwig Bick, Moabit, Birkenstr. 24; Franz Kleinert, Fenn- und Müllerstraßen-Ecke; Jul. Otto, Panfir. 52; Enad, Trennenstr. 38; Emil Schmidt, Tresekom- u. Diedenhofenstraßen-Ecke; Oskar Kleinau, Gartenstr. 171.

Eine Versammlung der freien Vereinigung der Gewerbetreibenden fand am Montag, den 19. d. Mts., im geschäftlichen Theil nach Kollege Jach bekannt, daß die Freie Vereinigung immer in jeder Versammlung Vertreter anstellen sollte zu haben ist. Kollege Jach berichtete über die Kassenergebnisse der Vergütungskasse und über den Konten: Ausgabe 420 M., Einnahme ungefähr 430 M.; hierin wird ein Antrag angenommen, daß die Mitglieder, welche bis zur nächsten Versammlung nicht abgerechnet haben, öffentlich genannt werden. Zum Abschluß wird beschlossen, das Vergütungskomitee aufzulösen. Der Kassierer der Unterstützungskasse theilt hierauf mit, daß sich seine neue Wohnung Grünauerstraße 1 befindet. Beim Bericht der Kommission geschritten wird, macht der Kassierer auf Aufforderung bekannt, daß die Beiträge erfreulicher Weise sehr gut eintausen; bezeugend hierauf zieht Kollege Jach seinen Antrag auf wöchentliche Zahlung zurück. — Kollege Urbach nimmt das Wort Namens der Kommission. Es trat in den Verhandlungen verschiedene Ansichten zu Tage, die wichtigste davon war, die Unterstützungskasse zu zentralisieren, jedoch ist diese Anregung aus verschiedenen Gründen zu verworfen. Wir haben ca. 8000 Kollegen in Deutschland, von diesen sind 600 organisiert, der sechste Theil würde sich höchstens einer solchen Kasse anschließen. Redner empfiehlt jedoch den Kollegen sich größeren bestehenden Kassen anzuschließen. Um den Kollegen die Zahlungen zu unserer jetzigen Kasse zu erleichtern würde es gut sein, sie wöchentlich zu entrichten. Ein Referendums wäre nicht möglich, da wir immer noch Lage der Kasse unterstützen. Der Erlaß von Mitgliedsbeiträgen ist überhaupt aufzuheben. — Hieran schließt sich eine äußerst rege Debatte, schließlich wird der Antrag auf wöchentliche Zahlung mit großer Majorität abgelehnt. Ein Antrag Kröbel, daß Anträge auf Statuten-Änderungen 14 Tage vorher bekannt gemacht werden, wird angenommen. Als Referenten werden gewählt die Kollegen Hälbig, Kröbel und Michau. Zum Schluß wird auf die öffentliche Versammlung am Montag, den 26. Januar, bei Schmidts, Alte Jakobstr. 32, aufmerksam gemacht.

Eine öffentliche Antifreiverammlung tagte am Montag, den 19. d. Mts. Den Vorsitz führte Herr Brunsch. Herr Brunsch sprach über das Thema: „Haben die Getreidebesitzer die indirekten Steuern überhaupt die Lebensmittel vertheuert?“ Der Redner entwarf unter dem Beifalle der Versammlung ein Bild der Wirkungen der indirekten Steuern. Redner weist durch Zahlen nach, in welchem ungeheuren Maße gerade die nothwendigsten Lebensmittel des arbeitenden Volkes durch die indirekten Steuern theurer geworden sind. In der Diskussion sprachen die Herren Hedde und Gleim im Sinne des Referenten. Nach dem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche im Weddingpark tagende Antifreiverammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklärt, daß durch die Getreidebesitzer und sonstige Böse auf Lebensmittel, welche zum größten Theil von der arbeitenden Bevölkerung verbrannt werden, die Preise ganz kolossal in die Höhe gestiegen sind und daß die Arbeiterklasse in erster Linie schwer dadurch getroffen ist. Die Versammlung beschließt in eine rege Agitation für Abschaffung der indirekten Steuern einzutreten. Ferner ist die Versammlung der Ansicht, daß, wenn die Herren von Kardorff und Genossen meinen, daß die Getreidebesitzer nicht das Brot vertheuert hätten, sie mindestens damit eine grobe Unwissenheit verrathen haben. — Ferner beschließt die Versammlung dafür Sorge tragen zu wollen, daß, soweit die Kollegen noch nicht organisiert sind, sie es möglichst bald thun und sich der freien Vereinigung der Antifreier anschließen, da es nur durch eine kräftige Organisation möglich ist, andere Verhältnisse herbeizuführen. Im Verschiedenen sprachen die Herren Hedde, Gleim, Brunsch und Prohner. Es wurde betont, nur die Arbeiterblätter „Vorwärts“ und „Berliner Volks-Zeitung“ zu halten und dieselben eifrig zu lesen. Im weiteren wurde noch dringend seitens des Vertrauensmannes die Weiterung zum Generalfonds des Antifreier den Anwesenden empfohlen. Als Legitimation erhält Jeder eine grüne Karte und zahlt dann wöchentlich 10 Pf. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der im Fuhrwesen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Montag, den 12. d. M., unter dem Vorsitz des Herrn Schuis. Herr Schuis sprach über die Lage der im Fuhrwesen beschäftigten Arbeiter mit besonderer Berücksichtigung der Leichenkutscherei und wie verbessern wir dieselbe? Er sagte etwa folgendes: Bei den Arbeitern im Fuhrwesen, speziell den Leichenkutschern, herrschen Verhältnisse, die sich mit dem Gesetze nicht in Einklang bringen lassen. So heißt es z. B. wenn ein Wagen bestellt wird, der Wagen kostet so und soviel und für den Kutscher Trinkgeld 1.50 M. mehr oder weniger. Nun gibt es aber Geschäfte, wo man den Kutscher pro Woche 12 M. Lohn gibt; natürlich muß der Kutscher sich von diesem Lohn das Fuhrzeug für die Wagen beschaffen, von dem Trinkgeld erhält er aber nichts. In manchen Geschäften erhält der Kutscher pro Monat 30 M., was sich das Fuhrzeug ebenfalls beschaffen und bekommt die Hälfte des Trinkgeldes. Mit einem Worte, der Betrag wird nicht nur an dem Kutscher, sondern auch an dem Publikum veräußert. Man muß man sich zunächst fragen, ob es möglich ist, mit einem Lohn

Bei der Besonnenheit der Rixdorfer Arbeiter wurden ernsthaftige Störungen vermieden. Beschwerde ist eingereicht.

Schöneberg. Am 18. d. M. fand in der Schlossbrauerei die Mitgliederversammlung der freien Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Schöneberg und Umgegend statt.

In Schöneberg tagte am Montag, den 19. Januar, der Verein zur Hebung der materiellen und geistigen Lage der Arbeiter Schönebergs.

Dr. Lichtenfeld-Lautman. Auf Mittwoch, den 21. Jan., hatten einige der hiesigen Genossen eine öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung: Gründung eines Volksbildungvereins nach dem Grundwortschlaf anberaunt.

In Friedrichshagen fand am letzten Sonnabend eine stark besuchte öffentliche Volksversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Paul Singer war am Erscheinen verhindert.

Friedrichshagen. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein beschloß in seiner Generalversammlung, sich ferner Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichshagen und Umgegend zu nennen.

Alt-Landsberg. Am Sonntag, den 18. Januar, sprach hier der Reichstags-Abgeordnete Fr. Kunert unter lebhaftem Beifall.

Röbenitz, den 22. Januar. In der am 20. Januar d. J. stattgefundenen Versammlung des Arbeitervereins für Röbenitz und Umgegend referierte Dr. Lütgenau.

ehrerne Lohngesetz, das in seiner bisherigen Fassung die industrielle Reservearmee unberücksichtigt lasse. Auch auf dem Lande werde bald ein Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden sein.

Briefkasten der Redaktion. G. W. Wenden Sie sich an eine Buchhandlung.

6. Ziehung der 4. Klasse 183. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with 2 columns: Winning numbers and their corresponding prizes. Includes sub-headers for 'Ziehung am 26. Januar 1891, Nachmittags' and 'Kur die Gewinne über 210 Mark über den betreffenden Nummern in Barrenteile beizugeben'.

6. Ziehung der 4. Klasse 183. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with 2 columns: Winning numbers and their corresponding prizes. Includes sub-headers for 'Ziehung am 26. Januar 1891, Nachmittags' and 'Kur die Gewinne über 210 Mark über den betreffenden Nummern in Barrenteile beizugeben'.

6. Ziehung der 4. Klasse 183. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with 2 columns: Winning numbers and their corresponding prizes. Includes sub-headers for 'Ziehung am 26. Januar 1891, Nachmittags' and 'Kur die Gewinne über 210 Mark über den betreffenden Nummern in Barrenteile beizugeben'.

6. Ziehung der 4. Klasse 183. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with 2 columns: Winning numbers and their corresponding prizes. Includes sub-headers for 'Ziehung am 26. Januar 1891, Nachmittags' and 'Kur die Gewinne über 210 Mark über den betreffenden Nummern in Barrenteile beizugeben'.